



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Care-zentriertes Wirtschaften: Eine Möglichkeit in Österreich?

verfasst von | submitted by
Lucie Slapakova BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Karin Schönpflug

Abstract (Deutsch)

Die zahlreichen Krisen im Finanz-, Gesundheits-, Care-, Energie- und Wohnsektor bei kontinuierlicher Ausbeutung der natürlichen Umwelt setzen den menschlichen Wohlstand im 21. Jahrhundert aufs Spiel. Die Kritik am Kapitalismus als Verursacher dieser multiplen Krisen wächst und der Ruf nach nachhaltigen und geschlechtergerechten Alternativen wird lauter. Vor allem feministische Aktivist:innen fordern ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das anstatt von Profitinteressen die (Re)Produktion des Lebens und die tatsächliche Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung priorisiert. Eingebettet in Ansätze feministischer Ökonomie und das Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens werden in dieser Masterarbeit Handlungsschritte untersucht, die die gesellschaftliche Bedeutung von Sorgetätigkeiten im Kontext des österreichischen Care-Regimes aufwerten und die nachhaltige (Re)Produktion des Lebens als Teil einer solidarischen Gesellschaft anvisieren. Fünf qualitative Expert:inneninterviews werden geführt und im Rahmen der (konstruktivistischen) Grounded Theory analysiert, um die Möglichkeiten und konkreten Umsetzungsstrategien einer solchen care-zentrierten Wirtschaft und speziell das Instrument der Care-Abgabe in Österreich zu beleuchten. Die Untersuchung zeigt, dass trotz einer aktuell rückwärtsgewandten Richtung eine sozial-ökonomisch-ökologische Transformation durch Vergesellschaftungs- und Demokratisierungsprozesse, neue Kategorien der Sichtbarmachung wirtschaftlicher Leistung, eine Enthierarchisierung der Wirtschaftswissenschaften, eine solidarische Einnahmen- und Ausgabenpolitik, eine breite Mobilisierung der Zivilgesellschaft, eine Solidarisierung des Care-Regimes und eine Neubestimmung der Arbeitsdefinition, -bedeutung und -gestaltung durchaus zu erreichen ist. Die Care-Abgabe bleibt als Transformationsstrategie wenig relevant.

Keywords: Care-Arbeit, Care-zentriertes Wirtschaften, Feministische Ökonomie, Geschlechtergerechtigkeit

Abstract (English)

The numerous crises in the financial, (health-)care, energy and housing sectors, coupled with the ongoing exploitation of the natural environment, are jeopardising human prosperity in the 21st century. Criticism of capitalism as the cause of these multiple crises is growing and the call for sustainable and gender-equitable alternatives is getting louder. Feminist activists in particular are calling for an economic and social system that prioritises the (re)production of life and the actual satisfaction of human needs instead of profit interests. Embedded in approaches of feminist economics and the concept of *Vorsorgendes Wirtschaften*, this master's thesis examines steps for action that valorise the social significance of care activities in the context of the Austrian care regime and aim for the sustainable (re)production of life as part of a society based on solidarity. Five qualitative expert interviews are conducted and analysed within the framework of (constructivist) grounded theory in order to shed light on the possibilities and concrete implementation strategies of such a care-centred economy and specifically the instrument of the care levy in Austria. The study shows that, despite the current regressive direction, a socio-economic-ecological transformation can certainly be achieved through commonisation and democratisation processes, new categories of rendering economic performance visible, a de-hierarchisation of economics, a solidarity-based income and expenditure policy, a widespread mobilisation of civil society, a solidarisation of the care regime and a revision of the definition, meaning and design of work. The care levy remains of little relevance as a transformation strategy.

Keywords: Care work, care-centred economy, feminist economics, gender equality

Danksagung

Hiermit möchte ich mich bei allen Menschen bedanken, die mich beim Prozess der Masterarbeit begleitet und unterstützt haben.

Ein großes Dankeschön geht an meine tollen Freund:innen, die stressige Schreibphasen weniger anstrengend und durch gemeinsame Bibliothek Sessions sogar unterhaltsam gemacht haben.

Danke auch an meine Eltern, die mich während des Studiums stets unterstützt und sehr vertrauensvoll und geduldig auf meinen Abschluss gewartet haben. Ein spezieller Dank geht an meine Mama für die ganzjährige und tagtägliche Fürsorgearbeit in unserer Familie, für die sie nicht die Anerkennung bekommt, die sie verdient.

Vielen Dank an meine Betreuerin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Karin Schönpflug für die angenehme Betreuung, wissenschaftliche Unterstützung und das hilfreiche Feedback.

Ein großer Dank gilt meinen Interviewpartner:innen Dr.ⁱⁿ Elisabeth Klatzer, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Katharina Mader, Dipl. Vw.ⁱⁿ Jana Schultheiß, MMag.^a Heidemarie Staflinger, Mag. Hannes Hippacher und Mag. Dr. Helmut Naumann, die sich die Zeit für meine Forschung genommen und diese damit überhaupt ermöglicht haben.

Nichtzuletzt möchte ich mich bei allen (bezahlten, unter- und unbezahlten) Care-Arbeiter:innen da draußen bedanken, die sich trotz mangelnder Anerkennung und Wertschätzung um uns alle und den Fortbestand unserer Gesellschaft kümmern.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	7
2. Theoretischer Rahmen und Forschungsstand.....	11
2.1 Zum Konzept von Care.....	11
2.1.1 Care und Ungleichheit.....	14
2.2 Organisation von Care in Österreich.....	17
2.2.1 Wohlfahrtsstaatliche Ausrichtung.....	18
2.2.2 Familiäre/Informelle Organisation von Care.....	20
2.2.3 Institutionelle/Formelle Organisation von Care.....	24
2.2.4 Ein Wandel des Wohlfahrtsstaates - aber in welche Richtung?.....	26
2.3 Feministische Ökonomik und die Care-Ökonomie.....	30
2.4 Alternative, care-zentrierte Wirtschaftsmodelle.....	34
2.4.1 Vorsorgendes Wirtschaften.....	38
2.4.2 Die Care-Abgabe.....	43
3. Methodische Herangehensweise.....	50
3.1 Zugang und Vorgehen.....	50
3.2 Methodisches Vorgehen & Forschungsfeld.....	51
3.2.1 Expert:inneninterviews.....	51
3.2.2 Forschungsfeld.....	53
3.2.3 Interviewleitfaden.....	55
3.3 Methodologie/Materialanalyse.....	56
3.4 Positionalität und (ethische) Herausforderungen.....	59
3.5 Standardisierung und Kontrolle.....	61
3.6 Generalisierungsziele.....	62
4. Diskussion der Ergebnisse der Expertinneninterviews.....	63
4.1 Wirtschaftliche Strukturen.....	65
4.1.1 Die Bedürfnisse aller statt der Profitgier eines Einzelnen.....	65
4.1.2 Wahren Wohlstand sichtbar machen.....	68
4.2 Politische Handlungsspielräume.....	74
4.2.1 Care-zentrierte Regierungspolitik.....	75
4.2.2 Zivilgesellschaftlicher Bewegungsaufbau.....	85

4.3 Solidarisierung des Care-Regimes.....	88
4.3.1 Verteilung innerhalb der Familie.....	89
4.3.2 Verschiebung ins Öffentliche.....	92
4.3.3 Commonisation of care - abseits von Staat, Markt und Familie.....	95
4.4 Arbeit neu denken.....	99
4.4.1 Arbeitsdefinition erweitern.....	99
4.4.2 Gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit.....	100
4.4.3 Erwerbsarbeitszeitverkürzung.....	103
4.5 Wirtschaftswissenschaften enthierarchisieren.....	106
5. Fazit - den Weg zum care-zentrierten Wirtschaften ebnen.....	109
Literaturverzeichnis.....	113
Anhang.....	139

1. Einleitung

Das 21. Jahrhundert ist geprägt von zahlreichen Krisen, die den menschlichen Wohlstand aufs Spiel setzen: Finanzkrise(n), Klimakrise, Care-Krise, Coronakrise, Energiekrise, Wohnungskrise. Die Kritik am Kapitalismus als Stifter dieser multiplen Krisen wächst und die Suche nach alternativen, nachhaltigen Wirtschaftsmodellen gedeiht (Benería et al. 2016, Meier-Gräwe et al. 2023, Winker 2021). Gefordert wird ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das anstatt von Profitinteressen und Ausbeutung von Mensch und Natur an der (Re)Produktion des Lebens und der tatsächlichen Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung orientiert ist (Biesecker & Hofmeister 2015, Power 2004, Praetorius 2015, Saave 2023). Feminist:innen haben bereits früh Zusammenhänge zwischen der Ausbeutung von Frauen, der Natur und dem Globalen Süden erkannt (Klatzer et al. 2023) und verorten den Ursprung in der ökonomischen Trennungsstruktur zwischen vermeintlich produktiven und reproduktiven (Care-)Arbeiten, die mit ungleicher Bewertung und Anerkennung einhergehen (Biesecker & Hofmeister 2010). Die wirtschaftliche Abwertung, Nicht-Anerkennung aber gleichzeitige Aneignung von reproduktiven Arbeiten durch die gewinn-orientierte Marktökonomie schadet sowohl Menschen als auch der ökologischen Umwelt, da die Reproduktion des Lebens dadurch in der Theorie und Praxis als ökonomisch irrelevant gebrandmarkt wird und ihr essentielle Ressourcen entzogen werden (Biesecker & Hofmeister 2015). Für die Entwicklung einer Wirtschaft, die sich um den Fortbestand einer Gesellschaft sorgt anstatt ihre Lebensgrundlage durch wachstumgetriebenes Handeln zerstört, liegt die Aufgabe darin, die ökonomische Spaltung zu überwinden im Sinne einer sozial-ökonomisch-ökologischen Transformation, die Care in den Mittelpunkt stellt (Biesecker & Hofmeister 2010, 2015, Winker 2015, 2021).

Vor allem feministische Ökonom:innen und Aktivist:innen fordern eine Neuorganisation der Wirtschaft, da Frauen aufgrund ihrer sozialen Rolle für den Großteil der lebenserhaltenden und -erneuernden Care-Arbeit verantwortlich gemacht werden und hohe psychische, physische, emotionale, soziale und ökonomische Kosten dafür tragen (Benería et al. 2016, Dowling 2021a, Folbre 2018, Riegraf 2014). Die Organisation von Care ist vor allem in Österreich sehr frauenzentriert, das Wohlfahrtsregime baut auf unbezahlter Sorgearbeit innerhalb der Familie als Stabilitätsfaktor auf (Pfau-Effinger 2005a, Riegraf 2014). Der Mangel an öffentlichen Angeboten und die mangelnde Bereitschaft der Männer, Care-Tätigkeiten zu übernehmen, führen zu Mehrfachbelastungen, Problemen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Benachteiligungen am Erwerbsarbeitsplatz, mangelnder

sozialer Absicherung und Altersarmut für Frauen (Wrohlich 2021). Auch in bezahlten Arbeitsverhältnissen werden die mehrheitlich weiblichen und migrantischen Care-Arbeiter:innen durch prekäre Arbeitsbedingungen, niedrige Entlohnung und unzureichende Ressourcen regelrecht ausgebeutet (Dowling 2019a). Die Krisenhaftigkeit des unterfinanzierten Care-Sektor mit starkem Personalmangel wurde zuletzt während der Covid-19-Pandemie besonders deutlich, doch auch trotz der hervorgehobenen ‘Systemrelevanz’ haben es die Verbesserung der Arbeitsrealitäten von Care-Arbeitenden und ein bedürfnisorientierter Ausbau der Versorgung nicht auf die politische Prioritätenliste geschafft (Saave 2023).

Angesichts der multidimensionalen Krisen werden in dieser Arbeit Möglichkeiten und Strategien untersucht, die die gesellschaftliche Bedeutung von Care aufwerten und die nachhaltige (Re)Produktion von Leben (Biesecker & Hofmeister 2010) als Teil einer Neugestaltung von Wirtschaft auf der Grundlage des Konzepts Vorsorgendes Wirtschaften (Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013) in den Mittelpunkt stellen. Das Forschungsinteresse liegt im Potential und den spezifischen Umsetzungsmöglichkeiten einer care-zentrierten Wirtschaftsweise in Österreich, um den Abstraktionsgrad der theoretischen Modelle zu durchbrechen und konkrete, länderspezifische Schritte in Richtung einer vorsorgenden Gesellschaft zu finden. Als eine dieser Strategien wird das wirtschaftspolitische Instrument der Care-Abgabe (Saave-Harnack 2019, Saave 2023) in seiner Rolle für eine care-zentrierte Transformation der Wirtschaft analysiert. Die Care-Abgabe zielt auf eine Umverteilung finanzieller Ressourcen, indem Unternehmen mit hoher Produktivität besteuert und die Gelder in den Care-Sektor umgeleitet werden. Da eine care-zentrierte Ökonomie gleichzeitig Fragen nach der Organisation von Care aufwirft, soll die Entwicklung eines Care-Regimes mitdiskutiert werden, das die aktuellen Missstände in der Versorgung beendet und den Übergang zum care-orientierten Wirtschaften ermöglicht.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich die folgende Forschungsfrage mit begleitenden untergeordneten Forschungsfragen:

FF1: Was sind Möglichkeiten und Umsetzungsstrategien eines care-zentrierten Wirtschaftens in Österreich?

UF1: Wo liegen Chancen und Herausforderungen einer Umsetzung von care-zentriertem Wirtschaften in Österreich?

UF2: Welche Rolle kann die Einführung einer Care-Abgabe bei der Umsetzung von care-zentriertem Wirtschaften in Österreich spielen?

UF3: Wie kann die Organisation von Care in Österreich gestaltet werden, um care-zentriertes Wirtschaften zu begünstigen?

Die Forschungsarbeit gliedert sich wie folgt: Zur Einführung in das Thema werden das theoretische Konzept von Care sowie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse rund um ihre Gestaltung vorgestellt. In der Folge wird die Organisation von Care in Österreich im Rahmen des österreichischen Wohlfahrtsstaatsregimes beleuchtet und ihre aktuelle Ausrichtung in familialen und institutionellen Kontexten untersucht. Nachdem die Sorgearbeit als zentrales Anliegen feministischer Ökonomie geschildert wird, wird die Theorie der Care-Ökonomie als wichtiges Fundament für die darauf aufbauende Auseinandersetzung mit alternativen, care-zentrierten Wirtschaftsmodellen illustriert. Hier gelangen das Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens und der Care-Abgabe ins Zentrum der theoretischen Erörterung.

Im anschließenden Methodenteil werden die methodologische und methodische Herangehensweise zusammen mit (potentiellen) Herausforderungen diskutiert. Um die Forschungsfragen zu beantworten werden fünf qualitative Expert:inneninterviews geführt, welche anschließend im Rahmen der (konstruktivistischen) Grounded Theory (Glaser & Strauss 1967, Corbin & Strauss 1990, Charmaz 2014) analysiert und mithilfe der Analysesoftware MAXQDA (Rädiker & Kuckartz 2019) ausgewertet.

Die Ergebnisse der Forschung werden im Diskussionsteil präsentiert und im Zusammenhang mit relevanten Theorien und Literatur diskutiert.

Der Start des Schreibprozesses dieser Forschungsarbeit wird von zwei wichtigen Aktionstagen begleitet, die die Notwendigkeit für wissenschaftliche und aktivistische Auseinandersetzung mit dem vorgestellten Thema unterstreichen: Erstens vom Equal Care Day am 29. Februar, der durch die Festlegung auf einen nur alle 4 Jahre wiederkehrenden Schalttag auf die Unsichtbarkeit, mangelnde Wertschätzung und ungerechte Verteilung von Care-Arbeit aufmerksam macht (FEM.A o.D.), und zweitens vom internationalen feministischen Kampftag am 8. März, der auf die wichtigen Kämpfe, Fortschritte und anhaltende Versäumnisse in der Geschlechtergleichstellung hindeutet (Gago et al. 2018).

Als Frau, Feministin und Studentin der Internationalen Entwicklung will ich mit dieser Arbeit einen Beitrag zur Geschlechtergleichstellung leisten, indem Strategien der Aufwertung und Umverteilung von Care im Rahmen eines care-zentrierten Wirtschaftssystems gesucht und analysiert werden. Die internationale Entwicklungsforschung kann von der kapitalismus- und wachstumskritischen Ausrichtung dieser Forschungsarbeit profitieren, da diverse Ausbeutungsverhältnisse im Kontext der Care-, Finanz- und Klimakrise untersucht und geschlechter- und klimagerechte Bewältigungsansätze vorgestellt werden. Care ist ein äußerst intersektionales Phänomen und die Organisation rund um Care verlangt nicht zuletzt aufgrund der engen Verknüpfung mit Migration, Entwicklung und Wirtschaftswachstum wissenschaftliche Aufmerksamkeit (Lutz & Palenga-Möllnbeck 2014, Withers & Hill 2023, Büchs 2021). Im Vordergrund der Prioritäten steht allenfalls die Präsentation konkreter Handlungsschritte, die die diversen aber dennoch ähnlichen Lebensrealitäten von Frauen in Österreich verbessern und ein greifbares Gesellschaftsbild entwerfen sollen, in dem für alle tatsächlich gesorgt wird.

2. Theoretischer Rahmen und Forschungsstand

2.1 Zum Konzept von Care

Um in die Thematik der Care-Ökonomie und care-zentrierte Wirtschaftsmodelle einzutauchen, muss zuerst auf Care selbst und die intersektionalen Eigenschaften eingegangen werden.

Care wird auf verschiedenen disziplinären Ebenen diskutiert und in diversen Wissenschaftskontexten unterschiedlich konzipiert. Diese wissenschaftliche Diskrepanz zeigt sich in der Vielfältigkeit des Care-Begriffes und seiner Definitionsbreite. Ins Deutsche wird Care meist mit Sorge oder Fürsorge übersetzt, was für das Bemühen um das Wohlergehen von jemandem oder etwas steht (Duden o.D.). Während manche Definitionen breit gefasst werden und sich auf alle Aktivitäten beziehen, die für den Erhalt und kontinuierlichen Wiederaufbau unserer (gesellschaftlichen sowie natürlichen) Welt notwendig sind, damit wir so gut wie möglich darin leben können (Fisher & Tronto 1990), exkludieren andere Konzepte die Natur und beziehen den Begriff Care gezielt auf die Sorge für und Versorgung von allen Menschen einer Gesellschaft (Donath 2000). In der vorliegenden Arbeit bezieht sich das Verständnis von Care als Tätigkeit auf Care als Arbeit, also auf das sich Kümern um die emotionalen und physischen Bedürfnisse anderer, bzw. der eigenen Bedürfnisse bei Self-Care (Dowling 2021b). Es geht um das Vor- und Versorgen und alltägliche, körperliche und wiederkehrende Betreuen anderer Menschen inklusive der damit einhergehenden Organisation, Verantwortung und dem notwendigen Wissen (Saave 2023). Konkreter kann Care auch als die lebenserhaltende Reproduktion in Form von Putzen, Waschen, Kochen und Erziehen, Pflegen, Betreuen und sich Kümern um Kinder, alte und kranke Menschen oder Personen mit Behinderung oder anderen betreuungsbedürftigen Personen verstanden werden (Apitzsch & Schmidbaur 2010, Rippatha & Woltran 2014).

Neben der physischen Unterstützung spielen emotionale Komponenten von Care eine wichtige Rolle. Begriffe wie Abhängigkeit, Verantwortung oder altruistische Motivation werden oft mit Care in Verbindung gebracht (Madörin 2010) und beschreiben die Beziehung zwischen den Care-Gebenden und Care-Empfangenden. In der feministischen Care-Debatte ist die Hervorhebung der altruistischen Motivation jedoch umstritten. Joan Tronto und Berenice Fisher (1990) differenzieren zwischen *caring about* (Wahrnehmung des Problems), *caring for* (Überlegungen zur Lösung des Problems), *care-giving* (aktive Fürsorgeleistung) und *care-receiving* (Reaktion der Empfänger:innen) und argumentieren für jeweils

unterschiedliche normative Komponenten und Konnotationen dieser Kategorien. *Caring about* erfordert Achtsamkeit, *caring for* erfordert Verantwortung, *care-giving* erfordert Kompetenz und *care-receiving* erfordert Reaktionsfähigkeit (Tronto 1993). Dabei ist wichtig zu betonen, dass die Beziehung zwischen Care-Gebenden und Care-Empfangenden nicht als einseitige, hierarchisch-ausgerichtete Dienstleistung der Sorgenden für die Sorgebedürftigen verstanden werden soll, sondern die Care-Beziehung durchaus reziprok ist, da die Empfänger:innen ihre Sorgeleistung aktiv mitgestalten können und die Care-Gebenden ebenfalls Care benötigen (Dowling 2021b). In dieser Ausrichtung der Care-Debatte werden das Spannungsverhältnis von Abhängigkeit und Unabhängigkeit und die asymmetrischen Handlungsformen hervorgehoben. Ziel ist dabei die „Re-Etablierung von notwendiger (im Gegensatz zu unnötiger) Abhängigkeit als eine auf einem Kontinuum anzusiedelnde, menschliche Normalsituation und von Unabhängigkeit als Fiktion, die auf männlich hegemonialen Geschlechterbildern aufbaut“ (Brückner 2010: 50, Fraser & Gordon 1994).

Emma Dowling verortet drei zentrale Dimension von Care (2021b):

1. Die soziale Dimension, in der soziale Reproduktion durch Care-Beziehungen in Freund:innen-, Familien- und Gemeinschaftsnetzwerken stattfindet, die unseren Alltag prägen und auf die wir uns verlassen, um unser Leben zu erhalten.
2. Die physische und psychische Dimension, worin der Bedarf an Care aus einer physischen oder mentalen Kondition oder eines Lebensabschnitts resultiert. Dieser Bedarf muss gedeckt werden, damit die sorgebedürftige Person ein gutes Leben führen kann.
3. Die ethische Dimension, wo Care an eine affektive Veranlagung oder ein moralisches Gebot geknüpft wird.

Grundsätzlich wird Care hochgradig funktions- und arbeitsteilig organisiert. Care-Arbeit wird in privatwirtschaftlichen, gemeinnützigen bzw. -wirtschaftlichen und staatlichen Settings, im Privathaushalt oder in sozialen Netzen geleistet, und das immer auf Basis von bezahlter oder unbezahlter Arbeit (Aulenbacher 2018). Care transzendiert somit die Trennung zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen (Brückner 2021) und ist von kontinuierlich auszuhandelnden Verlagerungsprozessen im Care-Diamanten (Haushaltssektor, Staat/öffentlicher Sektor, Markt/For-Profit-Sektor, Non-Profit-Sektor) betroffen¹ (Razavi 2007).

¹ Luise Gubitzer (2017) ergänzt das Konzept des Care-Diamanten um einen fünften, illegal-kriminellen Sektor im Bezug auf Zwangsarbeit, der jedoch auch als alle anderen Sektoren übergreifend verstanden werden kann (Dengler & Lang 2022).

Um zu verstehen, wie Care in politische und ökonomische Strukturen der Gesellschaft eingebettet ist, wird oft der Begriff der sozialen Reproduktion herangezogen. Obwohl Care und soziale Reproduktion oft als Synonyme verwendet werden, geht es bei dem Konzept der sozialen Reproduktion vielmehr um die institutionalisierte Trennung der produktiven und reproduktiven Tätigkeiten und ihrer Gestaltung in einer kapitalistischen Gesellschaft² (Dowling 2021b). Reproduktionsarbeit ist Arbeit, die notwendig ist, um die tägliche Erhaltung und die laufende Reproduktion der Arbeitskräfte sowie der ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen zu gewährleisten (Madörin 2019) und wird als Pendant zur Lohnarbeit verstanden (Winker 2015). Der Begriff wurde von sozialistischen Feminist:innen im Zuge der zweiten Frauenbewegung geprägt, um die unbezahlte und nicht anerkannte (Haus-)Arbeit von Frauen in Marxistische Wirtschaftstheorien einzubetten und dadurch ihre Rolle und Beziehung zur Produktion sichtbar zu machen und aufzuwerten (Dowling 2016, Duffy 2005). Dabei geht es primär um die Dekonstruktion der sozialen Rolle und Idee von Frauen als von Natur aus sorgende Hausfrauen, die die unbezahlte Reproduktionsarbeit aus reiner Zuneigung oder moralischer Verantwortung leisten (Dowling 2016).

Care-Arbeit ist Reproduktionsarbeit, doch es gibt analytische Grenzziehungen. Wo sich die Analyse sozialer Reproduktion primär der Form und Funktion der Arbeit widmet, die für die Reproduktion von Arbeitskraft und dadurch Produktion von Wert essentiell ist, geht es bei der Analyse von Care um den affektiven und ethischen Beziehungsaspekt und den Arbeitsinhalt der Care-Arbeit in Form von Unterstützung und Assistenz im Laufe des menschlichen Lebens (Dowling 2021b, Winker 2015). Der Verweis auf den Arbeitsinhalt von Sorgetätigkeiten ist bei Care essentiell, da er “in der Diskussion grundlegender menschlicher Bedürfnisse und des Entwurfs einer Gesellschaft, die an diesen Bedürfnissen orientiert ist, einen zentralen Stellenwert” (Winker 2015: 17) hat.

Die Diskussion um den Begriff und Inklusion verschiedener Tätigkeiten ist also zentral, um daraus ein Leitmotiv für politisches Handeln und eine Gesellschaft, die Care wertschätzt, ableiten zu können. Rianne Mahon und Fiona Robinson (2011) verweisen darauf, dass ein reiner Fokus auf Care als ethisch-motivierte Bedürfnisbefriedigung anderer das Konzept meist an direkte Versorgung und Pflege knüpft und andere, nicht-relationale Aspekte sozialer Reproduktion, wie Essen vorbereiten, einkaufen oder putzen, ausschließt. Mignon Duffy (2005) zeigt deshalb die Wichtigkeit des konzeptionellen Inhalts auf, indem sie argumentiert,

² Wie im Verlauf der Arbeit erläutert wird, ist diese Trennung nicht eindeutig und durchaus kritisch zu betrachten, da auch reproduktive Arbeit im Kern produktiv ist (Biesecker & Hofmeister 2010, 2015). Mehr dazu in Kapitel 2.4.

dass ein enger analytischer Schwerpunkt auf direkte zwischenmenschliche Care-Tätigkeiten die Erfahrungen weißer Frauen privilegiert und gleichzeitig die Erfahrungen der Menschen aus Niedriglohnsektoren, also vor allem die der Schwarzen Frauen oder Frauen aus niedrigen Einkommensschichten, verschleiert. Ein breit gefasster Care-Begriff, der Care sowohl als eine ethische Grundlage für moralische Gefühle der Verantwortung für die Bedürfnisbefriedigung anderer als auch weitere Aktivitäten sozialer Reproduktion versteht, kann somit helfen, diverse Erfahrungen in der Care-Arbeit miteinzubeziehen und dadurch patriarchale und neo-koloniale Strukturen in ihrer Organisation zu verorten (Mahon & Robinson 2011).

2.1.1 Care und Ungleichheit

Das Thema Care und Sorge wird in feministischen Forschungen bereits seit Jahrzehnten aufgegriffen und analysiert. Care ist nämlich unumgänglich - für sich und andere zu sorgen ist in jeder Gesellschaft immer und alltäglich eine menschliche Notwendigkeit. (Für-)Sorge bzw. Care ist für alle Menschen, und somit für die Gesellschaft und all ihre Funktionen, essentiell. Die Bedingungen, unter denen Care erfolgt, sind jedoch immer schon prekär und verweisen auf gesellschaftliche Kämpfe darum, wer für wen sorgen kann, soll oder muss. Care ist ein sehr intersektionales Phänomen und kann im Austausch ökonomischer, politologischer, soziologischer oder philosophischer Kritikperspektiven in Hinsicht auf Herrschaftsdynamiken diskutiert werden (Aulenbacher & Dammayr 2014a).

Für Feminist:innen ist das Thema besonders relevant, da die Verantwortung für Care historisch stark geschlechterdifferenziert verteilt wurde, und heute noch wird. Care-Arbeit wird weiblich gelesen, was gravierende Konsequenzen für Geschlechtergleichstellung nach sich zieht. Die (unsichtbare) unbezahlte Arbeit von Frauen für das Wohlergehen der Gesellschaft war ein zentraler Aspekt der zweiten Frauenrechtsbewegung in den 1970ern, welcher die Auseinandersetzung um Sozialpolitik zur sozialen und ökonomischen Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben deutlich prägten (Madörin 2010). Trotz einiger Fortschritte führt die Übernahme von Care-Arbeit nach wie vor zu weitläufigen Einschränkungen im sozialen Leben, Beruf sowie sozialstaatlichen Absicherungen (Riegraf 2014). Nancy Folbre (2018) spricht von einer *care penalty* und beschreibt dadurch die Einbußen in sozialer und ökonomischer Hinsicht, die Frauen aufgrund ihrer zugeschriebenen Rolle als Sorgende tragen müssen. Diese äußert sich unterschiedlich, etwa als Erfahrungs-, Zeit- oder Geldverluste, und führt schlussendlich zur aktiven Benachteiligung am Arbeitsmarkt (Folbre 2018) und einer Doppel- oder Dreifachbelastung (Benería et al. 2016,

Dowling 2021a). Aufgrund der Vereinbarkeitsprobleme von Sorge- und Erwerbsarbeit sind Frauen häufig in atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie der Teilzeitarbeit zu finden, was wiederum zu Benachteiligungen in Form von geringen Löhnen, schlechten Karrierechancen, mangelnder sozialer Absicherung und schließlich Altersarmut führt (Wrohlich 2021). So zeigt etwa der Gender Lifetime Earnings Gap, dass Frauen in Deutschland im Erwerbsverlauf durchschnittlich 49,8 % weniger Einkommen angesammelt haben als Männer, wobei ein Viertel dieses Unterschieds statistisch nicht erklärt werden kann (BMFSFJ 2016). Männer werden in der Care-Debatte in der Regel wenig bis gar nicht inkludiert (Brückner 2010) und das Problem der Vereinbarkeit zwischen Care und Lohnarbeit wird weiterhin als ein Frauenproblem abgestempelt (Mairhuber 2014).

Eine adäquate staatliche Infrastruktur für die Deckung der Care-Bedürfnisse bleibt eine Utopie. Trotz demografischen Wandels, Anstiegs der Frauenerwerbsquote und veränderter privater Lebensformen seit den 1970er Jahren wird Verantwortung für Care weiterhin Frauen zugesprochen (Winker 2015), was durch den nicht-bedarfsgerechten Ausbau, wenn nicht sogar Abbau von sozialstaatlichen Dienstleistungen zu Überlastung und Zeitdruck sowohl in familialen als auch in beruflichen Care-Settings führt (Brückner 2010). Dank einer Mischung aus kultureller Unsichtbarkeit, Nicht-Anerkennung und Abwertung von Care-Arbeit und einer immer stärkeren neoliberalen Ausrichtung der Wohlfahrtsstaatspolitik, Sparmaßnahmen und Betonung auf individuelle Verantwortung werden die Arbeitsbedingungen für Care-Arbeiter:innen immer prekärer, was die Qualitätssicherung der Leistungen deutlich erschwert (Dowling 2021a). Öffentliche Güter und Dienstleistungen helfen grundsätzlich, die Belastung der unbezahlten Care-Arbeit zu senken - werden diese Güter und Dienstleistungen durch Sparmaßnahmen des öffentlichen Sektors gekürzt, wirkt sich das überdurchschnittlich negativ auf Frauen als Care-Gebende und Care-Empfangende aus (Gubitzer & Mader 2011, Schmitt et al. 2018). Die Lücke zwischen dem wachsenden Bedarf an Care und den zurückbleibenden, dafür zur Verfügung gestellten Ressourcen resultieren in einer regelrechten globalen Care-Krise. Soziologin Emma Dowling (2021a) befasst sich in ihrem Buch mit der vielschichtigen Krise der Versorgung und ihren Ursprüngen und macht darauf aufmerksam, wie Care-Arbeit zunehmend nach Marktlogiken gesteuert, profitorientiert gestaltet und kommodifiziert wird, worunter die Qualität von Sorgearbeit deutlich leidet.

Ineinander verwickelte Trends der Globalisierung (u.a. mit der Vernetzung und Verlagerung von Kapital in Weltregionen mit billiger Arbeitskraft und niedriger Regulierung) und

Finanzialisierung (Profitgenerierung durch z.B. Miete und Zinsen anstelle von Produktion) haben gleichzeitig zur Folge, dass sich die Kräfte des Kapitals immer weniger an der Reproduktion einer bestimmten nationalen Arbeitskraft interessieren und die Bedarfslücke durch Migrant:innen gedeckt werden muss (Dowling 2021a). In Zeiten von gestiegener Frauenerwerbsarbeitsquote in westlichen Ländern und einer gesunkenen Verfügbarkeit von Frauen für familiäre Care-Arbeit findet die Verteilung der Care-Verantwortung jedoch nicht zwischen den Geschlechtern statt, sondern primär zwischen unterschiedlichen Gruppen von Frauen und verschränkt somit die Dimensionen von Geschlecht, Klasse, Herkunft und *Race* (Rerrich 2010). Die Organisation von Care-Arbeit verlässt in bürgerlich-spätkapitalistischen Gesellschaften nationalstaatliche Grenzen (Aulenbacher & Dammayr 2014a, Dowling 2021a) und die Verantwortung für Care von erwerbstätigen Frauen wird im Zuge der Kommerzialisierung von Care an (zum Großteil weibliche) Migrant:innen übergeben (Hochschild 2000). Der Care-Defizit in westlichen Industrieländern sowie den Mittel- und Oberschichthaushalten Asiens, des Mittleren Ostens wie auch Mittel- und Lateinamerikas wird zunehmend durch einen Import der Care-Arbeitskraft aus strukturschwachen und ökonomisch armen Ländern gedeckt (Lutz 2015).

Diese Externalisierung³ resultiert in globalen Fürsorge-/Versorgungsketten und einem *care drain* in Herkunftsländern der Migrant:innen (Hochschild 2000, Dullnig & Müller-Schöffmann 2016, Dowling 2021a). Das Konzept der *global care chains* beschreibt dabei die Kette an Beziehungen im global emergierten Care-Arbeitsmarkt, der einerseits zum Versorgungsgewinn in Familien der Zielländer durch flexible und kostengünstige Arbeiter:innengruppen (*care gain*) führt und andererseits in einem Versorgungsabzug der migrierenden Frauen und einer Versorgungslücke in ihren Familien im Herkunftsland resultiert (Lutz 2015). Während die kaufkräftigen Familien der Mittel- und Oberschicht von den Care-Arbeitenden geschaffenen emotionalen Mehrwert⁴ profitieren, müssen die Familienangehörigen den emotionalen und sozialen Preis für die Migration der Care-Arbeiter:innen bezahlen (Hochschild 2000, 2003, 2014). Das Argument einer Win-Win-Situation durch die Reduktion des Care-Defizits im Zielland und der wirtschaftlichen Aufwärtsmobilität der Migrant:innen und ihrer Angehörigen durch

³ Externalisierung beschreibt die Verlagerung von Kosten/Lasten/Aufwand auf andere Personen, Regionen oder Kostenträger:innen (Meier-Gräwe et al. 2023).

⁴ Arlie Hochschild (2000, 2014) verwendet den Begriff des emotionalen Mehrwerts (*emotional surplus value*) im Kontext von globalen Fürsorgeketten um zu beschreiben, wie Emotionen in der Care-Arbeit als eine Art Kapital fungieren, das von migrantischen Care-Arbeiter:innen generiert wird. Hochschild argumentiert, dass Care-Arbeiter:innen nicht nur körperliche Arbeit leisten, sondern auch emotionale Arbeit, die für die Care-Empfänger:innen – oft aus kaufkräftigen Familien – von großem emotionalem Wert ist.

Rücküberweisungen wird somit aufgrund der nicht einkalkulierten hohen sozialen und emotionalen Kosten von feministischen Autor:innen und Care-Aktivist:innen abgelehnt (Hochschild 2003, 2014, Lutz 2015).

Während feministische ökonomische Ansätze zu Care (*chains*) vor allem Haushalte und Märkte in den Fokus nehmen (siehe Kapitel 2.3), sieht feministische Ökonomin und Anthropologin Drucilla Barker (2012) dadurch die heteronormativen, rassifizierten und feminisierten Konnotationen zu Care-Arbeit unangefochten bestehen. Barker erkennt Heteronormativität als ein konstitutives Element in der Normalisierung des *male breadwinner/female caretaker* Modells und der gleichzeitigen Abwertung und Naturalisierung von (als weiblich geltender) Care-Arbeit, während von Care-Arbeiter:innen erfahrener struktureller Rassismus und andere systematische Diskriminierungen im familialen Gesellschaftsmodell keine Anerkennung finden. Um Care-Arbeit auch abseits der heterosexuellen Matrix zu untersuchen und andere Familien- und Care-Konstellationen zu entwerfen, spricht sie sich für eine Analyse von Care-Arbeit als Schauplätze der Biopolitik im Rahmen der queeren/globalen Politischen Ökonomie aus. In diesem Kontext argumentiert Barker, dass die Abwertung von Care-bezogener Arbeit auf der Abwertung von Weiblichkeit basiert und somit nicht nur Frauen, sondern auch sexuell, kulturell, rassistisch und ökonomisch ausgegrenzte Männer und Migrant:innen, deren Differenz durch ihre Körper, Nationalitäten, Religionen und Armut markiert wird, weiter entwertet werden (Barker 2012, Peterson 2003).

Zusammenfassend kann klargestellt werden, dass Migration, Entwicklung und Care eng miteinander verknüpfte politisch-wirtschaftliche Prozesse sind (Withers & Hill 2023) und Care intersektional in Hinsicht auf Geschlecht, Klasse, *Race* und Herkunft im Kontext von Migrations- und Wohlfahrtsstaatsregimen zu analysieren ist, um gerechte Lösungsansätze für die Care-Krise zu finden (Lutz & Palenga-Möllnbeck 2014).

2.2 Organisation von Care in Österreich

Um im Laufe dieser Arbeit adäquate Lösungsansätze für mehr Gerechtigkeit in der (bezahlten sowie unbezahlten) Care-Arbeit in Österreich zu finden, ist es zuerst notwendig, das Care-Regime in Österreich zu beleuchten, um Verbesserungspotentiale festzustellen. Deshalb wird im Folgenden zuerst die Wohlfahrtsstaatsstruktur erklärt und die informelle und formelle Organisation von Care in Österreich mit einem Fokus auf Kinderbetreuung und Pflege als

zwei wesentliche Felder der Care-Arbeit erläutert. Daran anschließend wird die Wohlfahrtsstaatsstruktur samt Care-Regime in ihrer Wandelbarkeit sowie aktuellen Trends analysiert.

2.2.1 Wohlfahrtsstaatliche Ausrichtung

Für die kontextspezifische Untersuchung der Lage der Care-Arbeit in Österreich wird Gøsta Esping-Andersens (1990) Theorie zu Wohlfahrtsstaaten als Basis herangezogen, die die Aufgabenteilung zwischen Staat, Markt und Familie in Bezug auf Wohlfahrtsproduktion untersucht. Darin werden anhand modern-industrieller Wohlfahrtsstaaten drei Regimetypen konkretisiert: das liberale Regime, das die Aufgabe primär beim Markt verortet; das konservativ-korporatistische, darunter auch Österreich, mit starkem Fokus auf die Familie; und das sozialdemokratische Regime, das vor allem den Staat für die Wohlfahrt verantwortlich sieht (Esping-Andersen 1990). Diese drei Regimetypen unterscheiden sich in zwei wesentlichen Dimensionen: erstens in Hinsicht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt von Menschen vom Arbeitsmarkt abzukoppeln (Dekommodifizierung); und zweitens im Ausmaß und der Strukturierung von sozialer Ungleichheit (Stratifizierung) (Esping-Andersen 1990, Appelt 2014). Basierend auf feministischer Kritik am Androzentrismus und der Geschlechterblindheit in Esping-Andersens Theorie, genauer bezogen auf die geringere Kommodifizierung der Arbeitskraft von Frauen als jene von Männern und die daraus resultierende geringere Möglichkeit der Inanspruchnahme von dekommodifizierenden Leistungen (Orloff 1996), wurde die Theorie später um die Dimension Defamilialisierung ergänzt (Esping-Andersen 1999) und beschreibt die Tendenzen des Wohlfahrtsstaates, die Betreuungsfunktion der Familie zu stärken oder zu schwächen (Appelt 2014).

Österreich wird in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung bei den konservativ-korporatistischen Regimen verortet (Bettio & Plantenga 2004, Appelt & Fleischer 2014, Pfau-Effinger 2005a). Generell sind konservative Wohlfahrtsstaaten von drei zentralen Elementen geprägt (Esping-Andersen 1990, 1999; Pfau-Effinger 2005a):

1. Die soziale Sicherung, gekennzeichnet durch einen mittleren Grad der Dekommodifizierung, beruht auf dem Prinzip der Sozialversicherung, die Erwerbsarbeit als zentrale Grundlage voraussetzt.
2. Bestehende Hierarchien sozialer Ungleichheit werden politisch auf Basis der Statussicherung auch in Situationen von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder des Ruhestandes zu erhalten versucht.

3. Die Familie wird als Ort der Wohlfahrtsproduktion gegenüber den öffentlichen Angeboten in den Vordergrund gestellt.

Soziologin Birgit Pfau-Effinger (2005a) macht darauf aufmerksam, dass sich Wohlfahrtsstaaten in ihrer politischen Ausrichtung bezüglich der Dekommodifizierung in Zeiten von Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit von den Politiken gegenüber den Geschlechterstrukturen unterscheiden können und spricht sich dafür aus, Wohlfahrtsstaaten anhand von zwei Dimensionen zu analysieren: Erstens in Hinsicht auf die Politik gegenüber der Erwerbsarbeit (Wohlfahrtsregime) und zweitens hinsichtlich der Politiken gegenüber den Geschlechterbeziehungen, den Familien und Care (Geschlechterpolitik). Sie argumentiert, dass „weder wohlfahrtsstaatliche Geschlechter-Politiken noch das Handeln kollektiver Akteure oder die soziale Praxis individueller Akteure in Bezug auf die Geschlechterbeziehungen kontingent ist“ (Pfau-Effinger 2005a: 3) - vielmehr basiert das Handeln auf tiefgreifenden kulturellen Leitbildern, die sie als Geschlechterkultur und als zentralen Aspekt eines Care-Regimes bezeichnet. Diese Geschlechterkultur beeinflusst wiederum die Geschlechterarrangements bzw. die Aushandlungsprozesse zwischen den Geschlechtern für die Verantwortung von Familie und Beruf (Pfau-Effinger 2005a). Die Geschlechterkultur und Geschlechterarrangements müssen nicht notwendigerweise kohärent sein. Gleichzeitig widerspricht der Staat bei der Förderung von informeller familiärer Sorgearbeit nicht automatisch den Ideen der Geschlechtergleichheit (Pfau-Effinger 2005b).

Das österreichische Care-Regime basiert auf einer Mischung aus familialisierenden und defamilialisierenden Regulierungen. (Unbezahlt geleistete) Care-Arbeit innerhalb der Familie bildet grundsätzlich eine tragende Stabilitätssäule des österreichischen Wohlfahrtsstaates (Riegraf 2014). Die geschlechtsspezifische und -hierarchische Arbeitsteilung ist in Österreich sowohl im familiären Bereich als auch auf dem Arbeitsmarkt stark präsent. Verbunden mit der Tatsache, dass in Österreich ein überwiegend traditionalistisches Geschlechterverhältnis herrscht, bedeutet dies in Bezug auf Care-Arbeit, dass die Verantwortung und Ressource für Care (vor allem bei Kinder- und Altenbetreuung) sowohl in formellen als auch informellen Settings hauptsächlich bei Frauen liegt. Die Geschlechterhierarchie sowie der hierarchische Ausschluss nicht-österreichischer Bevölkerung ist als Klassenkompromiss in den österreichischen Neokorporatismus eingeschrieben und wird politisch vor allem bei der Auseinandersetzung um formelle versus institutionelle Care sichtbar (Appelt & Fleischer 2014).

2.2.2 Familiäre/Informelle Organisation von Care

Die Organisation von Care im informellen Rahmen ist stark mit der kulturellen und politischen Geschichte eines Landes verbunden (Bettio & Plantenga 2004). Obwohl sich Europa inklusive Österreich seit den 1990er-Jahren vom traditionellen Male Earner und Female Carer Modell abwendet und ein Citizen Worker Modell im Sinne der Defamilisierung (d.h. Schwächung der familiären Verpflichtungen) anstrebt (Österle et al. 2010), nehmen Frauen zwar vermehrt am österreichischen Arbeitsmarkt teil, erledigen im Privaten jedoch nach wie vor den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit. 78,7 % der Frauen im Alter von 25 bis 49 Jahren waren im Jahr 2021 aktiv erwerbstätig (ohne Elternkarenz) (Statistik Austria 2023a) und verwenden dennoch fast 60% ihrer Gesamtarbeitszeit für unbezahlte Hausarbeit, Kinderbetreuung, die Pflege von Kranken oder Gebrechlichen oder ehrenamtliche Mitarbeit. Männer hingegen wenden nur rund ein Drittel ihrer Gesamtarbeitszeit für gleiche Tätigkeiten auf (Statistik Austria 2023d).

Die (Un-)Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigt sich sehr geschlechtsspezifisch in der Teilzeitquote: Männer mit Betreuungspflichten waren im Jahr 2022 zu 93,8% und Frauen zu 70,5% aktiv erwerbstätig. Vor allem Frauen mit Kindern unter 15 Jahren sind teilzeitbeschäftigt (73,8%), um Betreuungsaufgaben und Lohnarbeit zu vereinbaren, während die Teilzeitquote der Männer mit Kindern unter 15 Jahren nur 7,9% beträgt. Der Vergleich zur Teilzeitquote von Frauen (28,1%) und Männern (13,0%) derselben Altersgruppe von 25-49 Jährigen, die keine Kinder haben/betreuen, zeigt die einschränkenden Konsequenzen von Mutter- bzw. Elternschaft auf Erwerbsbeteiligung (Statistik Austria 2023a). Da in Österreich viele Sozialleistungen an Erwerbsarbeit gebunden sind, bedeutet das, dass Frauen aufgrund des geringeren Status auf dem Arbeitsmarkt auch sozialrechtlich in vielen Bereichen (wie z.B. der Arbeitslosen- und Pensionsversicherung) schlechter abgesichert sind (Appelt & Fleischert 2014).

Die finanziellen Leistungen des Sozialstaates bezüglich der Pflege und Betreuung sind in Österreich allerdings erwerbsunabhängig. Die staatliche Regulierung familialer Care-Arbeit zeigt sich in einer Mischung aus Sachleistungen, finanziellen Transfers und Steuerbegünstigungen (Appelt & Fleischer 2014). Die zwei wichtigsten Stützen familialer Care-Arbeit sind das Pflege- und das Kinderbetreuungsgeld (Appelt 2014), welche die Pflege und Betreuung von Familienangehörigen und Kindern finanziell erleichtern sollen.

Das Kinderbetreuungsgeld gliedert sich in zwei Systeme: Das pauschale Kinderbetreuungsgeld wird unabhängig von einer Erwerbstätigkeit vor Geburt des Kindes ausbezahlt, das zweite, erwerbseinkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld, orientiert sich an der Erwerbstätigkeit vor der Geburt eines Kindes. Eltern können je nach ihrer finanziellen Lage und Möglichkeit selbst zwischen den zwei Möglichkeiten wählen (BKA 2024). Die Österreichische Regierung versucht seit einigen Jahren, mehr Väter in die Kinderbetreuung einzubauen (etwa durch den Familienzeitbonus, Papamonat und Partnerschaftsbonus) (BKA 2024). Trotz des rechtlichen Anspruchs der Väter auf einen Monat Karenzzeit bleibt Elternkarenz in Österreich überwiegend Frauensache: Bei nicht einmal 20% der Paare in Österreich geht der Vater in Karenz und bezieht Kinderbetreuungsgeld (Riesenfelder & Danzer 2021). 2023 wurde unter der ÖVP-Grüne-Regierung eine neue Regelung durchgesetzt, welche die bis dahin 24 Monate lange Karenz um zwei Monate kürzt, wenn sich Eltern die Karenzzeit nicht für mindestens 2 Monate aufteilen. Zwei der 24 Monate sollen hauptsächlich für Väter reserviert werden – wer dies nicht tut, verliert zwar Zeit, jedoch kein Geld, denn die 24 Monate werden trotzdem ausbezahlt. Das Modell wurde dafür kritisiert, keine wirkliche Entlastung für Frauen bei der Übernahme von Care-Arbeit zu bieten, da der Anreiz nicht groß genug sei (Schmidt 2023).

Erna Appelt argumentiert dennoch, dass die individuellen Rechte von Betreuungspersonen in Österreich z.B. durch die Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten von höchstens vier Jahren pro Kind als Pensionszeiten gestärkt wurden und spricht von einer Bewegung hin zum „optionalen (schichtspezifischen) Familialismus“ (2014: 110).

Ähnliche Tendenzen zeigen sich bei der Pflege. Sowie bei der Kinderbetreuung ist auch bei der Pflege eine Semi-Formalisierung von informeller bzw. familialer Care-Arbeit zu bemerken, die die Erbringung von Betreuung und Pflege in familiären oder anderen informellen Kontexten durch Geldleistungen oder Knüpfung an gewisse sozialstaatliche Absicherungsmechanismen fördert (Österle 2014). Österreich bietet keinen rechtlichen Anspruch auf Betreuung, doch es besteht ein Recht auf monetäres staatliches Unterstützungsgeld für Pflege. Seit 1993 können pflegebedürftige Menschen ein steuerfinanziertes, nicht an Erwerbstätigkeit oder Versicherungszahlungen gebundenes Pflegegeld auf 7 Stufen beantragen, was die notwendige Betreuung und Pflege innerhalb der Familie erleichtert und die soziale Absicherung pflegebedürftiger Personen verbessert. Im Jahr 2023 gab es in Österreich 476 228 Pflegegeldbezieher:innen, die durchschnittlich €535

pro Monat erhielten (Statistik Austria 2024b). Das Pflegegeld deckt nur teilweise den Bedarf an sozialen Dienstleistungen und ermöglicht keinesfalls eine vollständige Unabhängigkeit von informeller Pflege (Österle et al. 2010, Österle 2014). Dies resultiert darin, dass in Österreich ungefähr 80% der pflegebedürftigen Personen durch Angehörige im Familienkreis betreut werden (müssen) (Nagl-Cupal et al. 2018). Neben dem Pflegegeld gibt es die Pflege- und Familienhospizkarenz als Unterstützungsformen für Arbeitnehmer:innen, damit sie ihre Arbeitszeit reduzieren oder eine Auszeit nehmen können, um sich um ein schwer krankes Familienmitglied zu kümmern (BMSGPK 2022).

Die Betreuung durch Angehörige wird in Österreich bevorzugt und manifestiert sich wie bei der Kinderbetreuung in starken Geschlechtsunterschieden. 73% der pflegenden Angehörigen sind dabei weiblich, 27% männlich (Nagl-Cupal et al. 2018). Auch diese geschlechtsspezifische Aufteilung hat Auswirkungen auf die soziale Absicherung der informell Pflegenden. So bleiben etwa sozialrechtliche Ansprüche überwiegend an der Arbeitsmarktbeteiligung oder am Status als Kind oder Ehegatte bzw. -gattin verhaftet. Frauen müssen im Privaten erneut die Kosten für Care tragen, indem informelle Arbeit nicht gleichwertig zur Erwerbsarbeit anerkannt wird und der Wohlfahrtsstaat es versäumt, ein umfassendes Angebot an sozialen Dienstleistungen zu schaffen. Österreich schafft es also nicht, durch die Einführung des Pflegegeldes die Doppelbelastung aus Erwerbs- und Betreuungsarbeit von Frauen zu bekämpfen, sondern verstärkt eher klassenspezifische Geschlechterungleichheit durch familialistische Maßnahmen (Österle et al. 2010). Darüber hinaus erfahren Frauen aufgrund ihrer Pflegeverpflichtung teils sehr starke körperliche, psychische und zeitliche Belastungen (Nagl-Cupal et al. 2018).

Aus ökonomischer Sicht werden pflegebedürftige Personen durch das Pflegegeld handlungsfähiger, indem ihre Kaufkraft erhöht wird. Gleichzeitig führt jedoch mangelnde Bereitstellung finanzieller Ressourcen und beschränkte Verfügbarkeit alternativer Pflegeangebote (wie im folgenden Unterkapitel erläutert) zur Verfestigung von informellen Pflegearrangements und zur (Rück-)Verlagerung in die Familie auf Schultern von Frauen, und verstärkt auch von Migrant:innen (Österle et al. 2010).

Seit den letzten drei Jahrzehnten wird Care-Arbeit in familiär-konservativen Care-Regimen verstärkt an Migrant:innen als Pflegenden übergeben und als Live-in Betreuung vermarktet (Shire 2015). Vor allem in der Live-in/24-Stunden Betreuung stellen Migrant:innen eine

‘kostengünstige’ Alternative dar, unter teils sehr prekären informellen als auch formellen Arbeitsverhältnissen. In Österreich gibt es dafür keine spezifischen Qualifikationsnachweise zu erbringen, und die Prekarität zeigt sich im überwiegenden Ausmaß an selbstständiger Beschäftigung, die die legale Basis für das typische Arrangement des zwei- bis vierwöchigen Aufenthalts und anschließenden Wechsel zweier 24-Stunden Betreuer:innen erst ermöglicht (Österle 2014). Selbstständig Beschäftigte sind in Österreich unselbstständig Beschäftigten nicht gleichgestellt, denn trotz weitgehender sozialversicherungsrechtlicher Absicherung gibt es für sie keine Regulierung bezüglich der Höchstarbeits- und Ruhezeiten sowie keine Mindestlöhne und bezahlte Urlaube (Haidinger 2016). Die Legalisierung der 24-Stunden Betreuung hat diese im Wohlfahrtsstaat verfestigt und zum festen Bestandteil häuslicher Betreuung und Pflege gemacht. Von Befürworter:innen wird sie als kostengünstige und oft einzige familial und wohlfahrtsstaatlich leistbare Lösung gepriesen, von Kritiker:innen wird auf die rassistisch-motivierte Ausbeutung von Migrant:innen aufgrund ihrer mangelnden Verhandlungsmacht zugunsten des eigenen Sozialstaates hingewiesen, wobei notwendige strukturelle Veränderungen gezielt ausgeblendet werden (Aulenbacher et al. 2021). Eine Erhebung der Interessengemeinschaft der 24h-Betreuer_innen in Österreich (IG24) und der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) (2024) zeigt die belastenden Rahmenbedingungen der 24-Stunden Betreuer:innen: Abhängigkeit von Vermittlungsagenturen, fehlende Informationen zum Arbeitsplatz vor Arbeitsantritt, tägliche Belastung und Gefühle von Ausbeutung, regelmäßige Gewalterfahrung, geringes Einkommen und unzureichende soziale Absicherung sind dabei keine Einzelfälle, sondern die Regel. Eine ähnliche Situation zeigt sich bei der Anstellung von Au-Pairs, wo ebenfalls regelmäßig ausbeuterische Beziehungen im Haushalt entstehen (Appelt & Fleischer 2014). Das österreichische Care-System ist somit in hohem Maße von migrantischen Pflegekräften abhängig (Falkenbach 2019) und prägt soziale Ungleichheiten nicht nur entlang der Strukturkomponente Geschlecht, sondern auch Herkunft, *Race* und Klasse (Appelt 2014).

Die Autorinnen Erna Appelt und Eva Fleischer argumentieren, dass in Österreich die familiäre Sorgearbeit unter verändernden politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen “nur über einen Mix von kommodifizierenden und de-kommodifizierenden Maßnahmen sowie eine weitere (Teil-)Institutionalisierung aufrechterhalten” (Appelt & Fleischer 2014: 397) wird und stellen in Folge fest, dass Österreich eine ambivalente, teils widersprüchliche Politik verfolgt und nur teilweise von einer Modernisierung⁵ des Sorge Regimes gesprochen werden kann.

⁵ Appelt und Fleischer (2014) verstehen unter Modernisierung die „zunehmende soziale und wirtschaftliche Ausdifferenzierung einer Gesellschaft, die sich auf personaler Ebene als Zunahme individueller

2.2.3 Institutionelle/Formelle Organisation von Care

Die Organisation institutioneller Care-Arbeit ist in Österreich nach wie vor von politischen Aushandlungsprozessen geprägt. Die Bereitstellung und Struktur öffentlicher Sachleistungen haben großen Einfluss auf die tatsächlichen Wahlmöglichkeiten und Handlungsoptionen von Care-Empfangenden und Care-Gebenden. Neben der Frage, welche Einrichtungen es überhaupt gibt, ist auch die Frage nach den Kosten, der Finanzierung und der Trägerschaft essentiell, um das Angebot überhaupt in Anspruch nehmen und dadurch Beruf und Familie (vor allem für Frauen) vereinbaren zu können (Appelt & Fleischer 2014). Aufgrund der gesellschaftlichen Rollenzuschreibung, des geschlechtsspezifischen Berufsbildes und der vergleichsweise niedrigen Entlohnung von bezahlter Care-Arbeit im Kinderbetreuungssektor sind für die institutionelle Kinderbetreuung in Österreich fast ausschließlich Frauen zuständig (Appelt 2014).

Die institutionelle Kinderbetreuung umfasst in Österreich im Jahr 2023 ein Angebot aus 2650 Kinderkrippen und Kleinkinderbetreuungseinrichtungen, 4602 Kindergärten, 898 Horten und 1567 altersgemischte Betreuungseinrichtungen, welches von fast der Hälfte der Eltern in Österreich genutzt wird. Die Anzahl der Krippen und Kleinkinderbetreuungseinrichtungen hat im Fünfjahresvergleich um fast 25% zugenommen, während jene der Kindergärten fast unverändert blieb. Fast drei Viertel der Kindergärten werden öffentlich durch staatliche Subventionierung finanziert, während bei Krippen und Kleinkinderbetreuungseinrichtungen und altersgemischten Betreuungseinrichtungen die Mehrheit in privater Trägerschaft sind (Statistik Austria 2023c). Das Gratiskindergartenjahr, das 2009 eingeführt wurde, ist mit einer Pflicht zum (halbtägigen) Kindergartenbesuch im letzten Jahr vor dem Schuleintritt verbunden. Abseits dieser Pflicht zum Kindergartenbesuch für Fünf- bzw. Sechsjährige gibt es in Österreich aber kein Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz (Appelt & Fleischer 2014).

In Österreich gibt es im internationalen Vergleich im Bereich der Kinderbetreuung erheblichen Nachholbedarf. Auch trotz der Steigerung vor allem im Krippenbereich liegt Österreich noch weit unter dem EU-Durchschnitt. Laut Statistik Austria lag die Betreuungsquote von unter-dreijährigen Kindern im Jahr 2022/23 österreichweit bei 29,9%, jene der drei- bis fünfjährigen Kinder bei 94,4% (Statistik Austria 2024a). Die Regierung verfehlt somit die neuen (als auch alten) Barcelona-Ziele des EU Rats, welche darauf

Wahlmöglichkeiten, auf wirtschaftlicher Ebene als Wachstum des Dienstleistungssektors, vor allem im Segment der persönlichen Dienste, auf politisch-institutioneller Ebene als (technokratische) Rationalisierung darstellen lässt" (ebd: 397f).

abzielen, Hemmnisse für eine höhere Frauenerwerbsarbeitsbeteiligung zu beseitigen (Appelt & Fleischer 2014) und deshalb bis 2030 eine frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung von 45% (davor 33%) der unter-dreijährigen Kinder fordern (APA 2023). Auch bezüglich der Öffnungszeiten gibt es großen Verbesserungsbedarf, hier unterscheidet sich das Angebot an Nachmittags- oder Ferienbetreuung erheblich zwischen den Bundesländern (Appelt & Fleischer 2014).

Ähnlich ist Österreich auch bezüglich institutioneller Pflege und Betreuung von care-bedürftigen Menschen weit von der Bedarfsdeckung entfernt und zwingt Angehörige zur Füllung dieser Lücke (Appelt 2014, Appelt & Fleischer 2014). Ein Recht auf Betreuung gibt es in Österreich nicht, nur das Recht auf Pflegegeld. Neben den typischen Betreuungsangeboten wie stationärer und ambulanter Betreuung oder mobilen Betreuungs- und Pflegedienste entstehen seit mehreren Jahren alternative Betreuungsformen, die sich an die Lebensrealität alter Menschen anpassen, in Form von betreutem Wohnen oder Generationenhäuser. Grundsätzlich gibt es starke regionale Unterschiede bezüglich der Quantität und Qualität des Altenpflege- und Betreuungsangebots. Tagesstrukturen oder ambulante Dienste müssen in der Regel selbst finanziert werden (zusätzliche Subventionierungen werden uneinheitlich geregelt), und es herrscht ein großer Mangel an Heimplätzen (Appelt & Fleischer 2014). Zusätzlich sind die Betreuungszeiten der mobilen Dienste zu kurz und nicht an die tatsächlichen Bedürfnisse der Bedürftigen angepasst. Des Weiteren sind die Kurzzeitpflege in Pflegeheimen und innovative Wohnformen schwach ausgebaut und die Tagesbetreuung oft nicht leistbar. Auch hier zeigt sich, dass die österreichische Regierung trotz demografischer Alterung und veränderter Krankheitsbilder durch enge Kostenvorgaben und ausschließlicher Orientierung an einer Mindestbetreuung zur Care-Krise beiträgt (Appelt 2014, Appelt & Fleischer 2014).

Nicht hilfreich sind dabei die schlechten Arbeitsbedingungen und Entlohnung sowie die mangelnde Wertschätzung des Pflegeberufes, die sich in einem Personalmangel manifestieren, und das nicht nur seit der Corona-Pandemie. Österreich steht somit vor großen Herausforderungen, denn rund ein Drittel der (zu 85% weiblichen) Pfleger:innen ist heute über 50 Jahre alt und somit in 10 Jahren wahrscheinlich in Pension. Zusammen mit einem sinkenden Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung, einem 45%igen Anstieg der über 85-jährigen Bevölkerung bis 2030, einer Prognose für den Rückgang informeller Pflege und daraus resultierendem Ausbau mobiler Pflege und Betreuung zu Hause bedeutet das, dass bis

2030 rund 75700 weitere Personen in den Pflegeberuf einsteigen müssen, um den Pflege- und Betreuungsbedarf der Bevölkerung zu decken. Durch einen zusätzlichen Rückgang von Absolvent:innen der Pflegeausbildungsinstitutionen kann spätestens ab 2024 nicht mehr von einer Deckung durch Absolvent:innen ausgegangen werden (BMASGK 2019). Seit mehreren Jahren präsentiert das Bundesministerium für Arbeit jährlich eine Liste mit sogenannten Mangelberufen, wo auch einige Berufe aus dem Care-Bereich zu finden sind. Als Staatsangehörige eines Drittstaates können Migrant:innen einen Aufenthalt als Fachkraft für 24 Monate erleichtert beantragen, wenn sie bestimmte Voraussetzungen für die Anstellung in einem Mangelberuf erfüllen (ÖIF 2022). Rund 10% aller Migrant:innen arbeiteten 2022 in der Gesundheits- und Sozialbranche, wobei Migrantinnen rund ein Viertel der Erwerbstätigen in diesem Sektor ausmachten (Statistik Austria 2023b). Statt eines bedarfsgerechten Ausbaus eines flexiblen Pflegeangebotes und adäquater Entlohnung werden die Kosten für Care somit erneut externalisiert und Migrant:innen für die Pflege und Versorgung unter harten und oft prekären Arbeitsbedingungen verantwortlich gemacht.

2.2.4 Ein Wandel des Wohlfahrtsstaates - aber in welche Richtung?

Kulturelle⁶ Werte und Leitbilder, darunter Einstellungen zu Care, gelten als ein relevanter Teil der Wohlfahrtsstaatsstruktur bzw. Wohlfahrtskultur, die „die ideationale Umgebung, auf die sich die relevanten sozialen Akteure, die Institutionen des Wohlfahrtsstaates und konkrete Politiken beziehen“ (Pfau-Effinger 2009: 6) festlegt und die Legitimierungsbasis wohlfahrtsstaatlicher (Geschlechter-)Politiken (Pfau-Effinger 2019) definiert. Die Wohlfahrtstaatskultur eines Staates wird grundsätzlich als potentiell widersprüchlich, als Gegenstand von Konflikten und Aushandlungsprozessen und als veränderbar verstanden (Pfau-Effinger 2009). Dieser Aspekt der Wandelbarkeit ist in dieser Arbeit besonders relevant, da es sich bei der Umsetzung von care-zentrierten Wirtschaftsmodellen um auszuhandelnde Veränderungen auf wohlfahrtsstaatlicher Ebene handelt und die Möglichkeiten dafür analysiert werden müssen⁷.

Die Wechselbeziehung folgender Ebenen gibt Aufschluss über den Einfluss der Wohlfahrtskultur auf den Wandel wohlfahrtsstaatlicher Geschlechter- bzw. Care-Politiken:

⁶ Kultur wird hier verstanden als „kollektive Sinnkonstruktionen, auf deren Grundlage Menschen die Realität definieren“ (Neidhard et al. 1986: 11, zit. nach Pfau-Effinger 2009).

⁷ Dabei liegt der Fokus vor allem auf wohlfahrtsstaatlichen Geschlechterpolitiken, wobei Politiken hinsichtlich der Erwerbsarbeit im care-zentrierten Wirtschaften ebenso eine wichtige Rolle spielen, da es simultan um eine Aushandlung und Neudefinierung der Rolle von Erwerbsarbeit geht.

1. die Ebene der kulturellen Werte und Leitbilder, die den wohlfahrtsstaatlichen Politiken zugrunde liegen und zu deren Legitimation dienen; 2. die Ebene der kulturellen Leitbilder und Werte der Bevölkerung bezüglich des Wohlfahrtsstaates; und 3. die Ebene der Diskurse sozialer Akteur:innen. Ein kultureller Wandel kann wohlfahrtsstaatliche Politiken beeinflussen, indem er entweder vom Wertewandel in den politischen Eliten (top-down) oder vom Wertewandel in der Bevölkerung (bottom-up) ausgeht (Pfau-Effinger 2009).

Birgit Pfau-Effinger (2009) stellt fest, dass bei einem Wertewandel der politischen Eliten die Unterstützung derjenigen, die in machtvollen Positionen sind, sowie die Zustimmung größerer Gruppen von Wähler:innen ausschlaggebend für den Erfolg der neuen Politikentwicklung und -legitimation wären. Außerdem ist für die Nachhaltigkeit des Wandels von Bedeutung, inwieweit der Politikwandel mit den dominierenden Einstellungen der Bevölkerung übereinstimmt, denn eine große Diskrepanz führt zur Unzufriedenheit der Wähler:innenschaft. Wenn der Wertewandel von der Bevölkerung ausgeht, ist für einen erfolgreichen Politikwandel die Initiative relevanter Akteur:innengruppen notwendig, nämlich die der primären Akteur:innen (d.h. größeren Bevölkerungsgruppen, die sich in einer ähnlichen sozialen Situation befinden aber sich weder strategisch noch kollektiv organisieren), der kollektiven Akteur:innen wie Parteien, Gewerkschaften oder Verbände, oder zuletzt der sozialen Bewegungen. Der Umfang der Ressourcenmobilisierung ist dabei ausschlaggebend, ob öffentliche Diskurse zu einem erfolgreichen Wandel der Wohlfahrtsstaatspolitiken führen. Grundsätzlich kann es bei beiden Verlaufsformen zu Blockierung und Widerspruch des Wandels und somit zur Unstimmigkeit der kulturellen Grundlagen kommen (Pfau-Effinger 2009).

Neben kulturellen Leitbildern haben auch sozio-ökonomische und politische Faktoren Einfluss auf die Veränderung nationaler Care- bzw. Wohlfahrtsregime. Die kulturellen Einstellungen entwickeln sich nämlich immer im Kontext von strukturellen Möglichkeiten, die wiederum das Resultat politischer Entscheidungen sind (Pfau-Effinger 2009). Die Ebene der Geschlechterordnung, die sich in den Institutionen des Wohlfahrtsstaates materialisiert sowie die Ebene, die sich auf Aushandlungsprozesse von beteiligten Akteur:innen bezieht, sind neben der kulturellen Wertebasis in den Politiken, in der Bevölkerung sowie in den Diskursen sozialer Akteur:innen gleichermaßen relevant (Appelt & Fleischer 2014).

Die Politikwissenschaftlerinnen Erna Appelt und Eva Fleischer (2014) analysieren in ihrem Beitrag die Dimensionen gesellschaftlichen und politischen Wandels in Österreich, die zu

einer Veränderung des Wohlfahrtsstaates führten. Von gesellschaftlicher Veränderung geprägt wurde die Wohlfahrtsstaatsstruktur Österreichs in den letzten Jahren vor allem durch die demografische Alterung, zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen, steigende räumliche sowie berufliche Mobilität, neue Lebens- und Familienformen und ein kultureller Einstellungswandel zu Care in Richtung Modernisierung bzw. Individualisierung bei gleichzeitig überwiegender konservativer Einstellung (vor allem in Bezug auf familiäre Care-Arbeit) (Appelt & Fleischer 2014).

Die Politikwissenschaftler Emmerich Tálos und Herbert Obinger (2020) beschreiben neben den gesellschaftlichen Veränderungen auch den wirtschaftlichen Wandel, der die Soziallandschaft Österreichs der letzten drei Dekaden prägte. Schon seit Jahren sinkt das Wirtschaftswachstum, unter anderem durch den Aufstieg des Dienstleistungssektors. Auch bei der Prognose der Europäischen Kommission liegt Österreich unter den Letzten der EU Staaten (Europäische Kommission 2024). Die politische Reaktion auf das abflachende Wachstum wurde und wird in Liberalisierungsmaßnahmen verortet, die den Sozialstaat in vielen Bereichen beeinträchtigen, indem sie die Schaffung effizienter Märkte den Zielen der Verteilungsgerechtigkeit und sozialer Integration überordnen. Außerdem wirkt die folglich etablierte Austeritäts- bzw. Sparpolitik durch den Fokus auf Ausgabenreduktion sozialstaatsschädigend, da der Wohlfahrtsstaat eines der größten staatlichen Ausgabenresorts darstellt. Die Regierungspolitik versucht, das Wirtschaftswachstum, das auch eine Voraussetzung für die Stabilität und die Expansion des Wohlfahrtsstaates ist, durch eine Sparpolitik zu fördern, die wiederum Ressourcen aus dem Wohlfahrtsstaat abzieht (Armingeon 2019). Neben einer kontinuierlichen Zunahme der Staatsverschuldung seit den 1980er-Jahren wirkt sich auch die wirtschaftliche Globalisierung auf den Wohlfahrtsstaat aus, auch wenn mit umstrittenen Folgen⁸. Unumstritten ist jedoch die wichtige Rolle der Innenpolitik bei der Bewältigung der exogenen Herausforderungen, wobei die Reaktion auf diese immer aus politischen Diskursen und Vermittlungsprozessen, den Akteur:innen- und Machtkonstellationen und institutionellen Rahmenbedingungen resultiert (Tálos & Obinger 2020).

⁸ Während von Vertreter:innen der Kompensationsthese angenommen wird, dass „in offenen Volkswirtschaften die damit einhergehende höhere außenwirtschaftliche Verwundbarkeit durch einen großen öffentlichen (Sozial-)Sektor kompensiert werden muss“, besagt die jüngere Effizienzthese, dass „Globalisierung über einen zunehmenden Regulierungs- und Steuerwettbewerb zu Einschnitten in das soziale Netz führt“ (Tálos & Obinger 2020: 54).

Appelt und Fleischer vermerken in diesem Zusammenhang in Österreich eine Entwicklung hin zum ‘aktivierenden Wohlfahrtsstaat’, der staatlich-bürokratische Prinzipien immer stärker durch marktwirtschaftliche Leitungslogik ersetzt (Appelt & Fleischer 2014). Der aktivierende Wohlfahrtsstaat setzt statt auf Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit durch staatliche Interventionen, also die ursprünglichen Motive der Wohlfahrtsstaaten der Nachkriegszeit, nun vielmehr auf marktvermittelte neoliberale Leistungsgerechtigkeit (Riegraf 2014). Die Antwort auf die steigende Care-Krise wird unter Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente in der Ökonomisierung, d.h. Privatisierung, Deregulierung und Vermarktlichung von Care-Leistungen verortet (Auth 2016, Dowling 2021b), welche die Qualitätsgewährleistung von Care-Arbeit deutlich erschweren.

Trotz punktueller Erweiterungen des Wohlfahrtsangebotes sind in Österreich Leistungskürzungen und ein erschwerter Leistungszugang seit den 1990er-Jahren zu beobachten. Diese restriktive Entwicklung wurde vor allem durch die Regierungskonstellation ÖVP-FPÖ durch die Ausschaltung der Sozialpartnerschaft als wichtiger politischer Mitgestalterin beschleunigt und folgt mit einem Mix aus neoliberaler und konservativer Ausrichtung dem neuen EU-Mainstream (Tálos & Fink 2001, Tálos & Obinger 2020). Wie bereits erwähnt trifft die Kürzung öffentlicher Güter und Dienstleistungen Frauen überdurchschnittlich negativ, da sie auf diese Unterstützung zur Abfederung ihrer Doppelbelastung als Erwerbs- und unbezahlt Care-Arbeitende angewiesen sind (Gubitzer & Mader 2011).

Zusammenfassend lässt sich sagen: Care-Regime lassen sich von wechselwirkenden kulturellen, sozio-ökonomischen und politischen Einflussfaktoren bestimmen und werden gleichzeitig von ihrer Entwicklungsgeschichte bzw. Pfadabhängigkeit geprägt und geleitet (Appelt & Fleischer 2014, Pfau-Effinger 2009). Alle drei Ebenen sind wichtig mitzudenken, um das Potential eines Wandels weg vom aktuellen Trend der Sparpolitik und dem Festhalten an familialistischen Ideen hin zu einem (bedarfs-)gerechten Care-Regime durch care-zentriertes Wirtschaften in Österreich bestimmen und bewerten zu können. Zentral dabei ist, dass allein eine Verschiebung von unbezahlten Tätigkeiten in die monetarisierte Wirtschaft und Kompensation durch Staatsausgaben Frauen von unbezahlter Arbeit nicht entlasten wird - vielmehr geht es um die Aushandlung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie der gerechten Verteilung von unbezahlter und bezahlter (Care-) Arbeit zwischen den Geschlechtern oder der staatlichen Übernahme von Sozialleistungen (Madörin 2010). Wie ein

solches anzustrebendes Care-Regime genau aussehen mag, wird im Ergebnis- und Diskussionsteil der Arbeit behandelt.

2.3 Feministische Ökonomik und die Care-Ökonomie

Im folgenden Kapitel wird der wirtschaftliche Aspekt von Care aus Sicht der feministischen Wirtschaftswissenschaft sowie die Care-Ökonomie näher beleuchtet, die als Grundlage für die darauffolgende Analyse von care-zentriertem Wirtschaften dienen sollen.

Feministische Ökonomie zielt grundsätzlich auf gendersensible Wirtschaftsforschung und Politikanalyse ab. Es werden Grundannahmen der dominierenden androzentrischen Neoklassik und der neoliberalen Agenda beleuchtet, hinterfragt und kritisiert (Van Staveren 2010). Da die traditionelle Wirtschaftswissenschaft gegenüber dem Geschlechterverhältnis ignorant war und ist (Haidinger & Knittler 2016), macht sich die Feministische Ökonomik zur Aufgabe, das strategische Schweigen über die Macht- und Ausbeutungsstrukturen in von Frauen dominierten Bereichen zu brechen und genau diese ausgeschlossenen Perspektiven der Ökonomie zu beleuchten. So soll der unbezahlte Sektor der Ökonomie, egal ob als Haus- oder Subsistenzarbeit, als wesentlicher Wertschöpfungsprozess sichtbar und anerkannt werden; die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt analysiert werden; und die weitläufige Ignoranz von Geschlechterverhältnissen in ökonomischen Prozessen, sei es in der Produktion, Konsumtion, Verteilung oder Reproduktion, entlarvt werden (Haidinger & Knittler 2016).

Feministische Ökonom:innen bedienen sich verschiedener theoretischer Ansätze, sie sind beispielsweise Neoklassiker:innen, Sozio-Ökonom:innen, institutionelle Ökonom:innen, Post-/Keynesianer:innen oder Marxist:innen. Genauso divers sind die angewandten Methodologien und Forschungsmethoden. Die Beziehung zwischen Geschlecht und Wirtschaft steht dabei im Fokus (Van Staveren 2010), dies kann aus einem gleichheits- oder differenzfeministischen, einem marxistischem Blickwinkel oder einer Perspektive der Queer Theory analysiert werden (Haidinger & Knittler 2016). Gleichzeitig werden von manchen Feminist:innen die Kategorien *Race*, Herkunft oder Klasse miteinbezogen und dekonstruiert (Saave-Harnack 2019).

Die thematische Ausrichtung Feministischer Ökonomie ist vielfältig und beinhaltet eine grundlegende Kritik der dominanten Wirtschaftstheorien und deren Inklusion um das Geschlechterverhältnis, eine Analyse und Kritik wirtschaftlicher Verhältnisse und nicht

zuletzt auch an eine grundlegende Kritik am Kapitalismus selbst. Konkrete Themenfelder, die besonders für die vorliegende Arbeit relevant sind, beinhalten unter anderem die Bewertung bezahlter und unbezahlter Arbeit, (vergleichende) Wohlfahrtsstaatsanalysen und das Gender Budgeting (ein Analyseinstrument zur gendergerechten Evaluierung von öffentlichen Budgetprozessen) (Haidinger & Knittler 2016). Manche feministische Wirtschaftswissenschaftler:innen fordern unter Berücksichtigung wachsender sozialer Missstände eine komplette Neudefinition von Wirtschaft, die andere Transaktionsarten neben Tausch inklusive unbezahlter Arbeit und Care-Arbeit beinhaltet und diese ins Zentrum rückt (Meier-Gräwe et al. 2023, Power 2004, Schmitt et al. 2018, Kapitel 2.4).

Um die Formen und Strukturen von Sorgearbeit ökonomisch untersuchen zu können, entstand im Rahmen der Feministischen Ökonomik der Begriff der Care-Ökonomie, der die Probleme in der bezahlten und unbezahlten Care-Arbeit theoretisch reflektiert (Folbre 2006, Himmelweit 2007, Meichenitsch 2014). In feministischen Arbeiten zur Care-Ökonomie geht es grundsätzlich darum, (unbezahlte) Reproduktionsarbeit als eine Notwendigkeit für Produktionsarbeit zu unterstreichen und als eine endogene Kategorie im Wirtschaftsprozess sichtbar zu machen, wie dies auch von sozialistischen Feminist:innen der zweiten Frauenbewegung gefordert wurde (Dowling 2016, Duffy 2005, siehe auch Kapitel 2.1). Während der marxistisch-feministische Reproduktionsbegriff auf die Notwendigkeit der Reproduktion von Arbeitskräften für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft fokussiert, bezieht sich der Begriff der Care-Ökonomie jedoch auf die gesellschaftliche Organisation materieller Bedingungen, deren Herstellung für ein gutes Leben notwendig ist. Care-Arbeit umfasst also Haus- und Reproduktionsarbeit und fokussiert sich auf das Tätigkeitsfeld, dessen Ausgestaltung und die Relevanz dieser Tätigkeiten für das (bestehende) ökonomische System (Haidinger & Knittler 2016).

Die Care-Ökonomie behandelt „sehr heterogene Produktions- und Reproduktionsverhältnisse, in denen Care-Arbeit geleistet wird“ (Madörin 2019: 95) und strebt eine „Erweiterung respektive Neuformulierung der Wohlfahrtsökonomie“ (ebd: 95) an, weshalb die Theorie der Care-Ökonomie für die vorliegende Arbeit wichtig ist. In traditionellen wirtschaftswissenschaftlichen Theorien wird Care-Arbeit nämlich völlig ausgeblendet bzw. unhinterfragt vorausgesetzt und externalisiert, d.h. als von der Marktökonomie abgespalten betrachtet, abgewertet aber gleichzeitig angeeignet (Saave-Harnack 2019). Care-Arbeit ist für die Organisation materiellen Lebens jedoch zentral, wobei ihre Bereitstellung für die

Aushandlung und Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse ausschlaggebend ist (Blecker & Braunstein 2022).

Uta Meier-Gräwe et al. (2023) argumentieren, dass mit einem industriegesellschaftlichen Produktivitätsverständnis die Gratisarbeit von Frauen und die unterdurchschnittliche Entlohnung typischer 'Frauenberufe' legitimiert werden. Feministische Ökonominen versuchen demnach, den Dualismus zwischen dem Ökonomischen und 'der anderen Ökonomie' (Donath 2000) zu durchbrechen und auf das „Nebeneinander und die Verflochtenheit der bezahlten und unbezahlten Arbeit und die damit verbundenen Arbeitsverhältnisse und generell Produktionsverhältnisse als Gesamtes“ hinzudeuten (Madörin 2010: 83f).

Der Kampf um soziale und wirtschaftliche Anerkennung von Care-Arbeit findet heute noch statt. Care braucht Ressourcen, sonst leidet die Qualität der Arbeit. Die Beziehung, die zwischen zwei oder mehreren Menschen stattfindet, steht bei Care-Arbeit im Zentrum des Arbeitsprozesses und damit auch des "Arbeitsproduktes" (Aigner 2014). In kapitalistischen Gesellschaften unterliegen reproduktive Tätigkeiten anderen Regeln als denen, die die Produktion und Zirkulation von Ware steuern (Donath 2000, Apitzsch & Schmidbaur 2010). Aufgrund der besonderen Merkmale der Care-Arbeit entsteht eine Dynamik, die die feministische Ökonomin Mascha Madörin (2011: 57) als „auseinanderdriftende Produktivitäten“ bezeichnet: Im Gegensatz zu einem Verarbeitungsbetrieb kann die Arbeit im (bezahlten oder unbezahlten) Care-Bereich nur sehr begrenzt produktiver gestaltet werden, da die Dienstleistungen nicht beliebig zeit- oder kosteneffizienter gemacht werden können, um den Anforderungen an Care gerecht zu werden. Care setzt nämlich Zeit für notwendige Gespräche und Interaktionen voraus und basiert nach Madörin somit auf Subjekt-Subjekt-Beziehungen, und nicht Subjekt-Objekt-Beziehungen wie bei anderen Dienstleistungen oder der Güterproduktion. Für diese Art von Arbeit ist neben fachlicher Kompetenz auch Beziehungskompetenz und Kommunikation relevant, die Teil der Leistung und Teil der Qualität der Leistung sind (Madörin 2010).⁹

⁹ Hier soll erneut auf die vielfältige Auffassung von Care und der Kritik eines zu engen Care-Begriffes, der nicht-relationale Aspekte sozialer Reproduktion, wie Essen vorbereiten, einkaufen oder putzen, und somit die Erfahrungen bestimmter Gruppen von Frauen ausschließt (Duffy 2005), hingedeutet werden.

William Baumol (1967) spricht in diesem Zusammenhang von einer ‘Kostenkrankheit’ personennaher Dienstleistungen im Vergleich zu anderen produzierenden Wirtschaftszweigen, wo die Arbeitszeit für gewisse Tätigkeiten dank technischen Fortschritts ständig verkürzt und die Arbeitsproduktivität erhöht werden (Donath 2000). Arbeit in der Care-Ökonomie kann jedoch vergleichsweise weniger Wertschöpfung¹⁰ generieren und ist somit im Vergleich zur Industriearbeit teuer. Die notwendigen Care-Leistungen können aus sozialpolitischen und menschenrechtlichen Gründen aber nicht einfach abgeschafft werden, sodass die Löhne in diesem Sektor durch gleichzeitig niedrige Wertschöpfung hohe Kosten verursachen (Madörin 2010). Wenn Care-Arbeit und die Preise dafür teuer sind, können es sich immer weniger Menschen leisten, diese vom Markt zu beziehen (Himmelweit 2007). Die Senkung der Kosten im Sozial- oder Gesundheitssektor realisiert sich immer wieder in der Verkürzung des Zeitaufwandes für notwendige Beziehungsarbeit und somit einer Intensivierung und Qualitätsminderung der Care-Arbeit, oder in einer (hierarchischen) Arbeitsteilung, die eine Reduktion der Löhne von Care-Arbeiter:innen ermöglicht (Madörin 2010). Tove Soiland et al. diagnostizieren die Situation als einen “barbarischen Ressourcenentzug” (Soiland et al. 2013: 100), der sowohl private Haushalte als auch bezahlte Berufe durch Arbeits- und Leistungsverdichtung betrifft, was sich während der Covid Pandemie klarer als je zuvor bestätigte (Meier-Gräwe et al. 2023).

Klar ist: Care-Arbeit ist mit dem jetzigen wirtschaftlichen Dogma der Rentabilisierung nicht vereinbar, ohne dass sich dies negativ auf die Qualität der Arbeit auswirkt, was sowohl Care-Gebende als auch Care-Empfangende trifft. In einer Gesellschaft, die auf wirtschaftliche Gewinnmaximierung durch Zeit- und Kosteneffizienz setzt und reproduktive Arbeiten trivialisiert und nicht wertschätzt, resultiert dies in der heutigen Care-Krise. Feministische Ökonom:innen sehen die Care-Krise unter anderem als ein Resultat genau der Unterfinanzierung, Ausbeutung und Abwertung bzw. Nicht-Anerkennung von Reproduktionsarbeit als sozial, wirtschaftlich und politisch wertvoller Leistung (Dowling 2021a, Meier-Gräwe et al. 2023). Die steigende Erwerbsarbeitsquote von Frauen, Austeritätspolitik und Rezessionen als Folge misskalkulierter ökonomischer Krisen und zeitgleicher Demographiewechsel mit höherer Lebenserwartung und sinkender Geburtenrate führen zur Prekarisierung von Care-Arbeit und erschweren qualitative Sorgearbeit. Durch die kapitalistische Marktlogik und neoliberale Leitparadigmen der Politik wie Individualismus und Streben nach Profitabilität wird Care zunehmend kommodifiziert und die Orientierung

¹⁰ Aus der Sicht der neoklassischen Markttheorie (Madörin 2010)

am sozialen Wohl und lokalen gemeinschaftsorientierten Lösungen schwindet (Dowling 2021a).

Die Porträtierung von Arbeitsbelastung und Erschöpfung von Care-Arbeiter:innen als individuelle Probleme oder als Folgen persönlicher Karriereentscheidungen und Präferenzen, wie dies aus der Perspektive der Neoklassik oft geschieht, wird aus Sicht der Feministischen Ökonomie somit strikt abgelehnt mit dem Verweis auf diskriminierende Strukturen. Vielmehr geht es eben darum, aufzuzeigen, dass die Organisation von Care-Arbeit ein Resultat gesellschaftlich-ökonomischer Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns ist (Saave-Harnack 2019).

Im nächsten Kapitel sollen nun genau diese gesellschaftlich-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen diskutiert werden, die den Ansprüchen an Care gerecht werden. Sie realisieren sich in sozial-ökonomischen Konditionen, die Care ins Zentrum rücken und damit ihren wichtigen Stellenwert für den Erhalt jedes Menschen sowie der Natur anerkennen.

2.4 Alternative, care-zentrierte Wirtschaftsmodelle

Da sich die Rahmenbedingungen um Care-Arbeit, wie in den vorherigen Kapiteln ausführlich erläutert, schon seit Jahren permanent verschlechtern und Ungleichheit auf zahlreichen Ebenen (re-)produzieren, wird die Suche nach Lösungsansätzen, die Sorgearbeit aufwerten und ins Zentrum der Prioritätensetzung rücken, immer dringlicher. Überall auf der Welt entstehen zivilgesellschaftliche Initiativen und theoretische Ansätze, die die Anerkennung der Reproduktionsarbeit von Mensch und Natur und damit eine Neuausrichtung der Gesellschaft und dadurch auch der Wirtschaft fordern (Meier-Gräwe et al. 2023).

Care-Aktivist:innen basieren ihre Forderungen auf der Kritik des von der Neoklassik entworfenen Leitbildes eines autonomen, rational handelnden Homo oeconomicus, welches aufgrund der Fürsorgeabhängigkeit jedes Menschen nicht realitätsferner sein könnte. Somit wird auch das neoliberale Leitparadigma des autonomen Individuums verworfen (Schmitt et al. 2018), verbreitet und (re-)produziert durch die männerdominierten Wirtschaftsinstitutionen. So hat etwa Marilyn Waring bereits 1988 in ihrem Buch “If Women Counted” die dominierende Konzeption von wirtschaftlicher Aktivität anhand des System of National Accounts (SNA) als Ausdruck patriarchaler Macht definiert, die Umweltzerstörung, Militarismus und Kolonialisierung vorantreibt und wertschätzt, während sie

Umweltressourcen, Frieden und soziale Reproduktion als wertlos betrachtet. Dadurch hat Waring Anstöße für ein neues Verständnis von Wirtschaft eingeleitet, die anstelle von Gewinnmaximierung und Ausbeutung an Fürsorge, Solidarität, Menschenwürde und einem guten Leben für alle orientiert ist (Waring 1988).

Uta Meier-Gräwe et al. (2023) machen an dieser Stelle deutlich, dass es historisch gesehen nichts Neues sei, Wirtschaft als Fürsorge zu verstehen. Der griechische Begriff für Ökonomie, die *oikonomia*, beschreibt nämlich wörtlich die Lehre vom guten Haushalten. Haushalte haben demnach schon immer die Aufgabe, die essentiellen Bedürfnisse aller Haushaltsangehörigen zu befriedigen, also: sich zu sorgen. „Weltwirtschaft wäre demnach die Kunst, den Großhaushalt Welt so zu organisieren, dass alle bekommen, was sie zum Leben brauchen, ohne dass dadurch der Haushalt selbst beschädigt wird, in dem auch zukünftige Generationen noch ein gutes Leben führen wollen“ (Meier-Gräwe et al. 2023: 14f). Diese Leitidee scheiterte aber bereits im 4. Jahrhundert v. Chr. an der etablierten patriarchalen Ideologie der griechischen Antike, die Frauen und Sklav:innen in abhängigen Haushalten (*oikoi*) für die Bedürfnisbefriedigung und Nachwuchs verantwortlich machten, während Aristoteles mit Gleichgesinnten die Organisation des Gemeinwesens in der *polis* den Männern überließ, was zu einer ideologischen Trennung dieser Sphären führte. Die hierarchische Geschlechtertrennung der Arbeit wirkt bis ins heutige 21. Jahrhundert, wobei sich das Verständnis der Ökonomie inzwischen gewandelt hat und Wirtschaften mit der männlich-konnotierten Praxis des profitorientierten Tausches gleichgesetzt wird (Meier-Gräwe et al. 2023, Praetorius 2015).

Diese Orientierung der Weltwirtschaft am profitorientierten Tausch wird ebenso verworfen wie die thematisch-gleiche Ausrichtung der orthodoxen Wirtschaftslehre. Wirtschaftswissenschaften porträtieren wirtschaftliches Handeln nämlich standardweise als eine autarke Sphäre, die von männlich gelesenen, rational handelnden Individuen und ohne jeglichen nicht-ökonomischen Einfluss geleitet wird. Verpflichtungen zu Care-Arbeit, Geschlechterhierarchien oder Diskrepanzen zum Homo oeconomicus ganz im Sinne des Menschseins werden regelrecht ignoriert, weshalb die Rufe nach einer Ausrichtung der Wirtschaft als einer Praxis der Bedürfnisbefriedigung aller in der Gegenwart unter Berücksichtigung der Bedürfnisse zukünftiger Generationen immer lauter und dringlicher werden (Meier-Gräwe et al. 2023). Wirtschaften soll demnach auf Care als Norm basieren. Das heißt, es sollen nicht nur die Arbeitsprozesse bezahlter sowie unbezahlter Care-Arbeit in

der Wertrechnung berücksichtigt werden, sondern die Logik von Care soll grundsätzlich ins Zentrum wirtschaftlicher Aktivität rücken (Gubitzer & Mader 2011, Schmitt et al. 2018).

Ein solcher Wandel beinhaltet die Reorientierung an der ursprünglichen Bedeutung des *oikonomia* Begriffes und die Inklusion von Care-Tätigkeiten, die im heutigen ökonomischen Mainstream keinen Platz finden. Das Kriterium für die Miteinberechnung ökonomischer Aktivität ist nämlich seit langem nicht mehr die Bedürfnisbefriedigung, sondern der Fluss von Geld (Praetorius 2015). Nach Adam Smith, dem ‘Vater’ des Wirtschaftsliberalismus, versuchen nämlich Individuen, geleitet vom Eigeninteresse, natürlicher- bzw. notwendigerweise ihr Kapital möglichst vorteilhaft einzusetzen, anstatt benevolent und gemeinschaftlich zu agieren. Somit setzen Kapitaleigentümer die Ressourcen für die Bedürfnisbefriedigung nicht schlicht im Interesse der Bedürfnisbefriedigung ein, sondern vielmehr wegen der höheren Gewinne, die sich aus dieser Art der Kapitalanlage ergeben, wenn die Menschen im Stande sind, Marktpreise für Waren und Dienstleistungen zu zahlen (Smith 1776).

Im care-zentrierten Wirtschaften geht es somit um eine kulturelle Transformation im Sinne einer Umstrukturierung der Prioritäten und der Wirtschaft weg von Prinzipien der Dominanz hin zur tatsächlichen Bedürfnisbefriedigung. Ina Praetorius erklärt:

„[R]e-organizing economics on the basis of the expanded concept of care means doing justice again to the established criterion according to which only what satisfies human needs is regarded as economic activity. Monetized and marketized exchange is not excluded by this; however, it no longer forms the core of economic activity. It is linked back to the subordinate function of distributing surpluses which was rightly ascribed to it in the Aristotelian construction of the world; now, they must be measured by the standard of whether they actually achieve what they purport to achieve.” (Praetorius 2015: 51f)

Eine Umstrukturierung des ökonomischen Leitbildes mit Care im Zentrum würde laut Ina Praetorius zu einer „multidimensional *relaxation*” (Praetorius 2015: 52, Hervorhebung im Original) führen: Menschengruppen, die als Teil der Natur gesehen wurden und jahrtausende lang die unbezahlte und unsichtbare Arbeit für den Fortbestand der Gesellschaft und

Wirtschaft erledigten, würden als relevante Spieler:innen der Ökonomie im Sinne ihrer Menschenwürde explizit anerkannt und die Aufmerksamkeit und finanzielle Ressourcen würden dorthin geleitet, wo menschliche Bedürfnisse im Sinne eines guten Lebens für alle (zukünftigen) Generationen befriedigt werden. Gleichzeitig kommen gesellschaftlich relevante Fragen auf, die bearbeitet werden müssen: Warum ist der Glaube verankert, es brauche finanzielle Anstöße, um zu arbeiten, wenn alle Menschen auf Basis der Arbeit leben, die von Menschen geleistet wird, die keinerlei solche Anstöße haben? Inwiefern erfüllen überfinanzierte Wirtschaftssektoren der Werbe-, Waffen-, Flug- oder Autoindustrie das neu-alte Kriterium vom Wirtschaften, nämlich der Bedürfnisbefriedigung? Was ist überhaupt Arbeit? Was zählt als Leistungserbringung? Welche Aktivitäten braucht eine Gesellschaft, und welche sind überflüssig? Welche Aktivitäten und Produkte sind sinnvoll zu monetarisieren und über Märkte zu vermitteln, und welche benötigen eine andere Art der Organisation? (Praetorius 2015)

Die Antworten zu diesen Fragen müssen unvermeidlich demokratisch diskutiert und ausgehandelt werden. Es ist jedoch klar, dass eine Transformation der Wirtschaft gleichzeitig eine Transformation der gesellschaftlichen Normen und Strukturen voraussetzt. Wenn die Befriedigung der Bedürfnisse, d.h. Care-Arbeit, statt Wirtschaftswachstum im Mittelpunkt steht, wird es inakzeptabel, die Kosten für Wachstum inner- und außerhalb der Staatsgrenzen zu externalisieren. Care-zentriertes Wirtschaften setzt deshalb voraus, dass die Bedingungen um Care so organisiert werden, dass sich alle Menschen an der Fürsorge und sozialen Reproduktion für die Weiterentwicklung und Fortbestand der Gesellschaft beteiligen. Dies bedeutet eine Umstrukturierung staatlicher Institutionen, nationaler Wohlfahrtssysteme sowie der jeweiligen Geschlechterarrangements. Gleichzeitig wird durch die Fokusverlagerung die Bedeutung von Erwerbsarbeit neu definiert (Gottschild 2019), wenn Erwerbsarbeit als Motor des angestrebten Wirtschaftswachstums in der Weise, wie wir sie heute kennen, überflüssig wird, und sie stattdessen als Quelle von Zufriedenheit, Gesundheit und Glück konzeptualisiert wird. Hier sei die Idee angemerkt, Arbeit und Lohn voneinander ganz zu entkoppeln, um ihre Beziehung neu zu definieren, und stattdessen ein Grundeinkommen zu etablieren, das Menschen ermöglicht, erfüllenden Tätigkeiten nachzugehen (Ax 2013). Mit Care und einer Orientierung am guten Leben im Mittelpunkt des Wirtschaftens werden Umverteilung und Solidarität zentral.

Zahlreiche feministische Autor:innen haben bereits Konzepte rund um care-zentriertes Wirtschaften vorgestellt, die sich in konkreten Handlungsanweisungen unterscheiden. Viele

der Forderungen überschneiden sich mit (feministischen) Degrowth-Ansätzen, da auch diese ein konzeptuelles Umdenken im Hinblick auf die Aufgabe und Organisation der Wirtschaft abseits der Akkumulation fordern und „die kollaborativen und relationalen Aktivitäten der Lebenserhaltung, sowohl auf materieller und symbolischer Ebene, menschliche sowie nicht-menschliche Lebensformen und ihre Interdependenz ins Zentrum sozialer Organisation stellen“ (Dengler & Lang 2022: 5, *eigene Übersetzung aus dem Englischen*). Im deutschsprachigen Raum wurden feministisch-theoretische Ansätze mit begleitenden Initiativen für eine ver- und vorsorgende Wirtschaft herausgearbeitet, die bislang jedoch in nationalen und internationalen Debatten wenig Aufmerksamkeit genießen. Um somit die Beiträge feministischer Autor:innen aus dem DACH-Raum zur Debatte um care-zentriertes Wirtschaften hervorzuheben und in ihrer Sichtbarkeit zu stärken, wird im Folgenden auf das Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens als normative Beurteilungsgrundlage einer neuen Wirtschaftsausrichtung eingegangen, nicht zuletzt aufgrund der starken Betonung der Verbindung zwischen der Care und der Klimakrise (Biesecker 2011, Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013). Darauf aufbauend wird das wirtschaftspolitische Instrument der Care-Abgabe (Saave-Harnack 2019, Saave 2023) als eine mögliche umsetzbare Alternative in Österreich vorgestellt, um eine spezifische Handlungslösung zu definieren und den hohen Abstraktionsgrad der vorgestellten Theorien zu durchbrechen.

2.4.1 Vorsorgendes Wirtschaften

Das Konzept Vorsorgendes Wirtschaften besteht seit Beginn der 1990er Jahre und wurde im deutschsprachigen Raum als Kritik an der damaligen Nachhaltigkeitsdebatte entworfen (Biesecker & Gottschild 2013). Das Modell des Vorsorgenden Wirtschaftens beschäftigt sich nicht nur mit menschlicher Care-Arbeit, sondern erkennt im heutigen Status Quo eine generelle Krise des Reproduktiven: Es gibt sowohl auf Seiten der sozialen Reproduktion im Care-Bereich als auch in der natürlichen Reproduktionssphäre, der Natur/Umwelt¹¹, starke Krisensymptome, die gemeinsam bekämpft werden sollen (Biesecker 2011, Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013). Der Ansatz baut auf der Kritik feministisch-ökologischer Ökonom:innen (va. Waring 1988) auf, die das Verständnis von Ökonomie als autonomer Marktökonomie, die von ihren ökologischen und sozialen Grundlagen getrennt konzeptualisiert wird, ablehnen. Die Maxime der Maßlosigkeit und Sorglosigkeit gegenüber

¹¹ Umwelt und Natur beziehen sich hier auf ein „Ökosystem-Konzept, das den Menschen – und das ganze Wirtschafts- und Gesellschaftssystem – einerseits als eingebettet in das ökologische System und andererseits als Handelnden in diesem System begreift“ (Knobloch 2013: 21). Die Mensch-Natur-Beziehung steht im Vordergrund, wobei Natur relational begriffen wird. Das Netzwerk verortet sich somit im Denken der Ökologischen Ökonomie (Hofmeister et al. 2019).

dem Erhalt produktiver Grundlagen des Wirtschaftens (Biesecker 2011) der vorherrschenden ökonomischen Rationalität im Sinne der Profitmaximierung werden strikt verworfen. Die Ursache der Krise(n) des Reproduktiven wird in der strukturellen Trennung und Externalisierung des Reproduktiven vom Produktiven verortet, die in der Mehrheit ökonomischer Theorien und Praktiken vorzufinden sind (Biesecker 2011, Saave-Harnack 2019). Adelheid Biesecker et al. betonen: „Vorsorgendes Wirtschaften zielt auf die Wertschätzung und auf eine politisch ökonomische Inwertsetzung dieser bisher abgespaltenen Prozesse“ (2019: 120). Vorsorge bzw. Care gilt dabei als eine sozial-ökologische Handlungsrationale (Biesecker et al. 2019). Das feministisch-ökologische Netzwerk fordert somit eine nachhaltige Ökonomie, die die ‘andere Ökonomie’ (Donath 2000), hier die hauptsächlich von Frauen und Natur geleistete Care-Arbeit, in den wirtschaftlichen Fokus integriert. Die Kritik wendet sich gegen die gesellschaftlich-etablierten, hierarchischen Natur- sowie Geschlechterverhältnisse und betont die Notwendigkeit, geschlechtsspezifische Wertungen im wirtschaftlichen Denken und Handeln zu beleuchten und zu dekonstruieren (Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013, Knobloch 2013).

Der erste Schritt in Richtung einer Vorsorgenden Wirtschaft besteht darin, Produktivität neu zu definieren. Eine Integration reproduktiver Bereiche als nicht abzuwertende Bausteine in die Einheit und Analyse produktiver Prozesse ist notwendig um darauf zu verweisen, dass „nicht nur an Märkten, sondern vielfältig jenseits von Märkten gewirtschaftet wird“ (Biesecker et al. 2019: 124). Die Vermittlungskategorie (Re)Produktivität wurde entwickelt, um zu verdeutlichen, dass in jedem Produktionsprozess bereits wiederherstellende und erneuernde Leistungen von sozialer und natürlicher Reproduktion inbegriffen sind (Biesecker et al. 2019) und die Trennung der Sphären daher eine künstliche ist (Saave-Harnack 2019). (Re)Produktivität bezieht sich auf die „prozessuale, nicht durch Abwertungen getrennte Einheit aller produktiven Prozesse in Natur und Gesellschaft, bei gleichzeitiger Unterschiedenheit“ (Biesecker & Hofmeister 2006: 19, zit. nach Biesecker et al. 2019: 124). Der Ansatz stellt sich somit gegen die Naturvergessenheit und Geschlechterblindheit der herkömmlichen Ökonomiemodelle und konzeptualisiert stattdessen die als bislang ökonomisch-wahrgenommenen, männlich-konnotierten Funktionen der Produktion und Konsumtion als in Naturprozesse eingebettet, wobei gleichzeitig die natürliche Produktion und Reduktion und die unbezahlte, sozial weiblich konnotierte Arbeit in den Wirtschaftsprozess inkludiert werden. Wenn Produktivität als die Fähigkeit lebendiger Wesen (menschlich sowie nicht menschlich) verstanden wird, Neues hervorzubringen bzw.

herzustellen, dann wird klar, dass „in jedem Produktionsprozess Leistungen von Wiederherstellung und Erneuerung durch soziale oder natürliche Reproduktion bereits inbegriffen sind“ (Saave-Harnack 2019: 375, Biesecker & Hofmeister 2013). Die Kategorie (Re)Produktivität vermittelt somit zwischen (menschlicher) Arbeits- und Naturproduktivität und zeigt auf den Zusammenhang der in der Mainstream-Ökonomie getrennten und geschlechtsspezifischen Sphären (Biesecker et al. 2019). Die Produktivitäten der Natur und sozial weiblich-gesehener Arbeit werden im Vorsorgenden Wirtschaften mitbewertet, was der Ausblendung und Trivialisierung dieser essentiellen Arbeiten entgegenwirken soll (Saave-Harnack 2019).

Trotz dieser Neukonzeptualisierung von (Re)Produktivität wird kritisiert, dass das Verhältnis zwischen politischem und ökonomischem Handeln sowie das Verhältnis der reproduktiven und produktiven Ökonomie im Konzept nicht eindeutig ausgeführt ist (Saave-Harnack 2019). Das Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften hat zwar drei Handlungsprinzipien für eine neu-ausgerichtete Wirtschaft entwickelt, die jedoch eher allgemein bleiben: Vorsorge, Kooperation und die Orientierung am für das Gute Leben Notwendigen (Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013). Diese Prinzipien richten sich gezielt gegen die Paradigmen der neoklassischen Mainstream-Ökonomik der eigenen Nutzenmaximierung, Rationalität und Individualität, die sich im Leitbild des Homo oeconomicus manifestieren. Dieses Handlungsmodell der Mainstream-Ökonomie greift nämlich überall dort zu kurz, wo es um zwischenmenschliche Beziehungen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft geht (Knobloch 2013). Vielmehr werden Menschen im Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens als sozial eingebettet verstanden, wobei die sozialen Beziehungen ihr wirtschaftliches Handeln prägen (Biesecker et al. 2019). Die Annahme, Ökonomie sei geschlechtsneutral oder wertfrei, wird somit verworfen (Knobloch 2013).

Das Prinzip der Vorsorge beschreibt die Vorsicht, Rücksicht und Nachsicht gegenüber anderen Menschen, sich selbst und der Natur, also die langfristige Erhaltung sozialer und physischer Beziehungen (Biesecker 2019). Vorsorge orientiert sich an der Zukunft, entsteht aber in der Gegenwart. Das heißt, dass ein Wirtschaften angestrebt wird, das „in der Gegenwart auf die (Wieder-)Herstellung der sozial-ökologischen Voraussetzungen für das Wirtschaften zukünftiger Generationen“ setzt, „deren Bedürfnisse in gleichem Umfang und gleicher Qualität berücksichtigt werden sollen, wie die der gegenwärtig in allen Teilen der Erde

lebenden Menschen” (Biesecker et al. 2019: 121f). Das zentrale Prinzip der gegenwärtigen Ökonomie der Kostenexternalisierung durch Verursacher:innen auf die Allgemeinheit, auf andere (Welt-)Regionen oder auf nachfolgende Generationen für den eigenen Wohlstand und innere Stabilität dank innergesellschaftlicher Konfliktminimierung wird somit strikt abgelehnt (Gottschild 2019, Massarrat 2006).

Das Handlungsprinzip Kooperation beschreibt einen Verständigungsprozess, in dem gemeinsam Gestaltungsmöglichkeiten für lebensfreundliches Wirtschaften für Mensch und Natur sowohl im Haushalt als auch am Markt ausgehandelt werden. Kooperation ist prozess-, nicht nur zielorientiert. Dies beinhaltet die Übernahme der Verantwortung für die Folgen gegenwärtigen Wirtschaftens und betont die Kooperation verschiedener Akteur:innen, inklusive der Natur (Biesecker et al. 2019, Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013). Das Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften erkennt an, dass „schon die gegenwärtig genutzten Naturressourcen und -prozesse Resultat sozial-ökologischer Vermittlungsprozesse sind” (Biesecker et al. 2019: 122), d.h. Natur wird vermittlungstheoretisch betrachtet.

Das dritte Maxime der Orientierung am für das gute Leben Notwendigen zielt auf ein Wirtschaften, das auf ein lebensfreundliches und gerechtes Leben statt auf marktvermitteltes Wachstum ausgerichtet ist (Biesecker et al. 2019). Der Handlungsansatz kann mithilfe des Capability- bzw. Befähigungsansatzes von Amartya Sen und Martha Nussbaum (Nussbaum 2011, Sen 2001) konzeptualisiert werden, in dem ein gutes Leben darüber bestimmt wird, welche Verwirklichungschancen bzw. Möglichkeiten zur Entfaltung Menschen durch die Gesellschaft erhalten. Martha Nussbaum (2011) hat dazu zehn zentrale, kulturübergreifende normative Capabilities erfasst: (lebenswertes) Leben, körperliche Integrität, Gefühlserfahrungen, kognitive Fähigkeiten, Vertrauen, Vorstellung des Guten, Sozialität, ökologische Verbundenheit, Freizeitgestaltung und (starke) Vereinzelung/Autonomie (Nussbaum 2011). Das erstrebenswerte, gute Leben basiert auf Anerkennung, Sicherheit, Freiheit und Selbstständigkeit. Die Politik soll daran anknüpfen und die Bedingungen für die Entwicklung der genannten Fähigkeiten schaffen. Auch hier liegt der Fokus auf das Werden in Prozessen anstatt nur auf der Erhaltung dessen, was in der Gegenwart als gutes Leben verstanden wird (Biesecker et al. 2019).

Die Ökonomiekritik des Vorsorgenden Wirtschaftens ist feministisch in dem Sinne, dass die Handlungsprinzipien als primäre Erfahrung und Praxis von Frauen verstanden werden (Saave-Harnack 2019), wobei Essentialismus abgelehnt und vielmehr auf die Sozialisation

und Erfahrung von Frauen verwiesen wird. Obwohl es teilweise unklar bleibt, welche genauen politischen Handlungsanweisungen sich aus den ökonomischen Prinzipien des Vorsorgenden Wirtschaftens ableiten lassen (Hofmeister 2013, zit. nach Saave-Harnack 2019), können auf die Care-Ökonomie folgende Transformationsmöglichkeiten angewandt werden: gleiche und gleichwertige Beteiligung von allen Geschlechtern in allen Arbeitsbereichen, Umverteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern, radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, Gestaltung aller Arbeitsbereiche und -produkte nach sozial-ökologischen Kriterien, Aufwertung der Care-Arbeit durch unterstützende Sozialinfrastruktur sowie ein Grundeinkommen und gutes Leben sichernde Löhne (Biesecker & Gottschild 2013). Der Transformationsprozess kann z.B. auf solidarische Care-Arbeit in Familien und Nachbarschaft, neue kooperative Netze der Versorgung, kooperative Wohnprojekte oder Frauennetzwerke sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden ausgerichtet werden (Biesecker 2011).

Obwohl diese Forderungen durchaus konkreter erscheinen als das theoretische Modell der (Re)Produktivität, folgen sie keiner expliziten Agenda oder Systematik. Der theoretische Abstraktionsgrad bleibt somit hoch und es werden lediglich Anhaltspunkte für eine neue Rahmenordnung präsentiert, die demokratisch, diskursiv, kooperativ und partizipativ ausgehandelt werden muss (Saave-Harnack 2019, Biesecker & Hofmeister 2013). Klar ist, dass sich politische Maßnahmen und Instrumente an der Überwindung der ökonomischen Trennungsstruktur zwischen dem vermeintlich Produktiven und Reproduktiven orientieren müssen. Somit muss die von der Natur und Frauen geleistete reproduktive Arbeit sichtbar und nicht länger ohne Wertschätzung oder Kompensation verwertet werden, wobei die Bereiche der natürlichen und care-orientierten Reproduktion auch getrennt bearbeitet werden dürfen (Saave-Harnack 2019, Biesecker 1997).

Die feministische Ökonomin Anna Saave-Harnack (2019) hat basierend darauf drei Qualitätsansprüche an care-politische Instrumente auf der theoretischen Grundlage des Vorsorgenden Wirtschaftens konkretisiert:

1. Daseinsvorsorge soll solidarisch und kooperativ gestaltet werden
2. Maßnahmen richten sich an das Ganze der Ökonomie und der Arbeit, somit auch an die bisher als reproduktiv gesehenen Bereiche
3. Unbezahlte und bezahlte Care-Arbeit sollen neu bewertet und kompensiert werden.

2.4.2 Die Care-Abgabe

Um den hohen Abstraktionsgrad bisheriger care-zentrierter Wirtschaftsmodelle, darunter auch des Vorsorgenden Wirtschaftens, zu durchbrechen, hat Anna Saave(-Harnack) in Folge die Care-Abgabe als ein potentiell politisch-wirtschaftliches Instrument herausgearbeitet (Saave-Harnack 2019, Saave 2023). Die wissenschaftlich bisher kaum thematisierte Idee basiert ursprünglich auf einem Lösungsvorschlag der feministischen Philosophin Tove Soiland, die in einem Interview ähnlich zur Ökoabgabe eine Care-Abgabe fordert (Aigner 2014). Die Care-Abgabe zielt auf die Verbesserung der gesellschaftlichen Finanzierung der privaten, freiwilligen und bezahlten Care-Arbeit ab, um damit die Probleme der Unterbezahlung des Care-Sektors und weitere Symptome der Care-Krise (etwa Überlastung, Zeitmangel und Qualitätsverlust) zu bekämpfen. Das Instrument orientiert sich an der Ökologischen Steuerreform (ÖSR) in Deutschland und setzt damit auf staatliche Umverteilung der gesamtgesellschaftlichen finanziellen Ressourcen. Dabei sollen Profite, die in wirtschaftsstarken Sektoren mit hoher Produktivität entstehen, vom Staat umverteilt und in den Care-Sektor umgeleitet werden, der von vergleichsweise geringer Produktivität geprägt ist (Saave-Harnack 2019, Saave 2023, Madörin 2011). Tove Soiland erklärt:

„Man könnte – ähnlich wie CO₂-Abgaben – Care-Abgaben oder eine Care-Steuer für diese wirtschaftsstarken Sektoren einführen. Wenn man davon ausgeht, dass ein IT-Fachmann auch Care-Dienstleistungen braucht, die er aber meistens unter ihrem Preis bezieht, weil er sie nämlich in einem Sektor ersteht, der prekariert ist, könnte man sagen, dass die IT-Branche Care-Abgaben (ähnlich wie Ökoabgaben) leisten muss, die dann der Staat verwendet, um diesen Care-Sektor zu finanzieren. Wenn man Ökoabgaben machen kann, kann man auch Care-Abgaben machen.“ (Aigner 2014, o.S.)

Mit diesem Vorschlag wird dem Problem der Kostenkrankheit reproduktiver Care-Arbeiten (Baumol 1967, Donath 2000) durch auseinanderdriftende Produktivitäten (Madörin 2011) entgegengewirkt und gleichzeitig auf die Zentralität von Care-Arbeiten für die Gesellschaft verwiesen. Die Notwendigkeit der Umverteilung ergibt sich aus der Überzeugung, dass die Organisation der Care-Arbeit eine kollektive Aufgabe sein muss, da alle Menschen immer und überall care-bedürftig sind und es ohne Reproduktion keine Produktion geben kann (Dowling 2021b, 2016). Durch die Umverteilung finanzieller Ressourcen in den Care-Sektor wird die Notwendigkeit des Sorgens hervorgehoben, was Care aus dem Bereich des Unsichtbaren herausholen soll - egal, ob es sich um warenförmig organisierte Care-Arbeit

handelt oder nicht. Anna Saave erkennt zwar an, dass es gefährlich sein kann, zuvor unbezahlte Leistungen zu kommodifizieren, doch die Frage der Unterbezahlung muss auch trotz dieser Bedenken thematisiert werden. Denn auch wenn Sorgearbeit nicht warenförmig organisiert werden soll, müssen Care-Arbeiter:innen und Care-Empfangende eine Finanzierung für ihren Lebensunterhalt bekommen (Saave-Harnack 2019).

Wie genau der Prozess der Umverteilung organisiert wird, d.h. ob Care-Arbeit stärker über den Markt geregelt werden soll oder ob es einen Lohn für bisher unbezahlt-geleistete Care-Arbeit geben soll, bleibt offen. Ein erster Schritt im theoretischen Lösungsansatz ist jedoch die Notwendigkeit, Schäden durch die jetzige Organisation von Care nicht mehr zu externalisieren und aus dem Wirtschaftsprozess auszublenden. Das Ziel der Care-Abgabe ist also die Internalisierung externer (schädlicher) Effekte in den Wirtschaftsprozess, wie dies auch bei einer Ökoabgabe der Fall ist (Saave-Harnack 2019). Anna Saave sieht in der in Deutschland umgesetzten ÖSR ein analoges Instrument, das zwar eine Verteilung zugunsten der Umwelt anstrebt, aber mit Soilands Vorschlag korrespondiert (Saave 2023).

Die ÖSR zielt auf eine finanzielle Umverteilung zugunsten der Umwelt ab, indem über eine Konsumsteuer vor allem klimaschädliche CO₂-Emissionen gesenkt werden sollen. Die intendierte Wirkung der doppelten Dividende (Hettich et al. 1996) setzt auf zumindest zwei positive Auswirkungen trotz Eingriffen in den Markt. Erstens soll wirtschaftlich verursachten Schäden durch die ökologische Dividende entgegengewirkt werden, indem umweltbelastende oder -schädliche Tatbestände aus Energieverbrauch besteuert werden, wodurch der Anreiz für sparsame Energienutzung erhöht werden soll. Zweitens versucht die soziale Dividende den Faktor Arbeit zu entlasten, indem die Steuereinnahmen aus der erhöhten Energiesteuer zur Senkung der Sozialversicherungsausgaben durch staatliche Mitfinanzierung der Rentenversicherung verwendet werden und Beitragszahler:innen somit bei bestehenden Abgaben entlastet werden (Ewringmann & Kohlhaas 2004).

Im Vergleich zur ÖSR gibt es jedoch in der Care-Ökonomie keine klar identifizierbare schädigende Handlung (wie etwa die Emission umweltschädlicher Abgase) und kein eindeutiges schädigendes Wirtschaftssubjekt als Gegenspieler:in, wodurch üblicherweise externe Effekte¹² in der mikroökonomischen Umweltökonomik konzeptualisiert werden (Saave-Harnack 2019, Perman et al. 2003). In der Care-Ökonomie gibt es oft mehr als zwei

¹² „An external effect, or an externality, is said to occur when the production or consumption decisions of one agent have an impact on the utility or profit of another agent in an unintended way, and when no compensation/payment is made by the generator of the impact to the affected party” (Perman et al. 2003: 134).

Wirtschaftssubjekte: Neben Care-Gebenden (*care giver*) und Care-Empfangenden (*care receiver*) gibt es auch Anbieter:innen (*provider*), welche die (finanziellen) Mittel für die Care Beziehung der zwei Care-Subjekte bereitstellen (Jochimsen 2019).

In der Care-Ökonomie können außerdem sowohl positive als auch negative externe Effekte auftreten. Positive externe Effekte beschreiben etwa den Erhalt bzw. die Bereitstellung der Arbeitskraft oder die Gewinne der Arbeitgeber:innen durch die Entlohnung der Arbeitnehmer:innen ohne Miteinberechnung des zusätzlichen Werts der vorgeleisteten Care-Arbeit; hier können sowohl das wertschaffende Subjekt (Care-Gebende:r) als auch die wertschaffende Aktivität (Care-Arbeit) identifiziert werden. Im Gegensatz zur ÖSR gibt es also in der Care-Ökonomie eine erwünschte Handlung (Care-Arbeit), die positive externe Effekte generiert und deshalb gefördert werden sollte (Saave-Harnack 2019).

Auch negative externe Effekte sind in der Care-Ökonomie bekannt, welche hauptsächlich die Wirtschaftssubjekte *care giver* und *care receiver* schädigen: Sowohl in privatwirtschaftlichen als auch staatlichen Settings leiden Care-Gebende (und *provider*) unter der wirtschaftlichen Orientierung an der Gewinnmaximierung durch Zeit- und Kosteneffizienz, was sich in Zeitmangel und Überarbeitung äußert (Saave-Harnack 2021, Dowbling 2021b). Gleichzeitig wird Arbeit im bezahlten Care-Sektor aufgrund auseinanderdriftender Produktivitäten oder weiblicher Konnotation vergleichsweise gering entlohnt, was die Lebensfinanzierung von Care-Arbeiter:innen erschwert (Himmelweit 2007). Auch unbezahlte *care giver* leiden durch die häufige Doppelbelastung von Erwerbs- und Sorgearbeit unter Zeitdruck und Vereinbarungsproblemen, wobei besonders Frauen am Arbeitsmarkt benachteiligt werden aufgrund sozialer Rollenzuschreibungen als Care-Verantwortliche (Winker 2015). All das hat negative Auswirkungen auf die Qualität der Arbeit, weshalb auch *care receiver* leiden, etwa durch Vernachlässigung oder mangelnde Versorgung. Es ist also klar, wer unter den negativen externen Effekten in der Care-Ökonomie verliert (Saave-Harnack 2019).

Um negative externe Effekte jedoch internalisieren zu können, braucht es eine von einem schädigenden Subjekt ausgehende schädigende Handlung, die durch Besteuerung eingeschränkt werden kann. Bei externen Effekten müssten auch andere Wirtschaftssubjekte von der Situation profitieren (Perman et al. 2003). Im Gegensatz zur ÖSR führen in der Care-Ökonomie jedoch nicht unerwünschte Tätigkeiten zu Wohlfahrtsverlusten, sondern eher die negativen Konsequenzen, die aus der Unterbezahlung und Unterfinanzierung erwünschter Dienstleistungen resultieren. Das schädigende Wirtschaftssubjekt ist in der Care-Ökonomie jedoch verborgen. Wer handelt schädigend bzw. ist für den Zeitmangel der

Care-Arbeiter:innen verantwortlich? Natürlich kann die Mutter nicht beschuldigt werden, wenn sie aufgrund einer Doppelbelastung die Care-Zeit für ihre Kinder auf das Nötigste reduziert. Die *care receiver* profitieren zwar von der Care-Arbeit, können an ihrer Fürsorgebedürftigkeit aber nichts ändern. Die Arbeitgeberin kann zwar ihr Pflegepersonal zur Verkürzung der Pflegezeit pro Patient:in drängen, gleichzeitig ist sie im kapitalistischen Wirtschaftssystem durch die Belohnung der ständigen Effizienzsteigerung gezwungen, ihren Betrieb wirtschaftlich und profitabel zu führen und deshalb nicht allein für die Privatisierung, Deregulierung und Vermarktlichung von Care-Leistungen (Auth 2016, Dowling 2021b) und den daraus resultierenden Missständen verantwortlich zu machen. Da es sich um ein strukturelles Phänomen handelt, Care-Arbeit dem ständigen Druck der Effizienzsteigerung unterzuziehen, ist es nicht auf eine:n Verursacher:in zurückzuführen (Saave-Harnack 2019). Anna Saave-Harnack schlägt deshalb in Bezug auf negative externe Effekte in der Care-Ökonomie vor, zwischen Profiteur:innen und Verursacher:innen zu unterscheiden und macht dadurch deutlich, „dass ein einzelner Mensch, der eine schädigende Handlung nicht nur ausübt, sondern auch veranlasst bzw. zu verantworten hat, sich nicht findet“ (Saave-Harnack 2019: 383).

Um das Konzept der Internalisierung negativer externer Effekte¹³ auf die Care-Ökonomie zu übertragen, muss es somit erweitert werden und statt eines schädigenden Subjekts einen schädigenden Prozess erfassen: nämlich den Prozess der auseinanderdriftenden Produktivitäten (Madörin 2011). Dieser Prozess wird in Folge als Ursache des Preisdrucks und damit der Prekarisierung der Care-Arbeit durch niedrige Löhne und Zeitdruck betrachtet. Bei der Konzeptualisierung der ÖSR handelt es sich jedoch um die Beeinflussung von Wirtschaftssubjekten, weshalb für die Beeinflussung von Prozessen eine Loslösung vom system-immanenten mikro-ökonomischen Theorierahmen der ÖSR und die konzeptuelle Erweiterung notwendig ist, um auf diese schädigenden Prozesse Einfluss zu nehmen und gesellschaftliche Wohlfahrt zu fördern. Andernfalls wäre es in diesem theoretischen Rahmen nicht denkbar, Prozesse wie die Entwicklung von Preisen (als Verdeutlichung auseinanderdriftender Produktivitäten) zu beeinflussen, „da diese Prozesse als quasi-natürlich gelten“ (Saave-Harnack 2019: 384). Mit einer Konzepterweiterung wird es jedoch möglich, die Besteuerung von wirtschaftlichen Bereichen mit hoher Produktivitätsrate zugunsten gesellschaftlicher Wohlfahrt und einer besser organisierten Beziehung zwischen der

¹³ Eine Internalisierung positiver externer Effekte in Form von Subventionen von Care-Arbeit wäre auch denkbar, ist jedoch nicht der Fokus der Care-Abgabe (Saave-Harnack 2019).

Marktwirtschaft und bezahlter sowie unbezahlter Care-Arbeit zu konkretisieren (Saave-Harnack 2019).

Die Care-Abgabe beeinflusst somit Prozesse, indem Profite aus Produktivitätssteigerungen besteuert und deren Umverteilung zur Care-Arbeit gefordert werden. Dadurch können bestehende Machtverhältnisse in der Care-Ökonomie aufgebrochen werden, die durch niedrige Löhne hervorgebracht werden, wenn gleichzeitig und notwendigerweise Fragen über Macht, Zugang zu Einkommen, Arbeitsverteilung thematisiert werden. Eine Unternehmenssteuer kann die Realisation einer Care-Abgabe ermöglichen. Für die Konkretisierung dessen, was genau besteuert werden kann, sind letztlich Statistiken über Produktivitätsentwicklungen aller volkswirtschaftlichen Sektoren und die Höhe der maximal möglichen Besteuerung verschiedener Größen (wie z.B. Umsatz, Gewinn, Finanztransaktionen) notwendig (Saave-Harnack 2019). Ebenso ist die Entscheidung darüber, wo und wie die finanziellen Mittel für Care eingesetzt werden, eine Frage politischer und zivilgesellschaftlicher Aushandlungsprozesse. In Österreich könnte etwa das ausgearbeitete feministische Konjunkturpaket von fair sorgen! Wirtschaften fürs Leben zum Einsatz kommen, das Investitionen in Care im Rahmen eines Zukunfts- und Bildungspakets, eines Pflegepakets und eines Solidaritäts- und Lebensrettungspakets fordert, von dem zur Hälfte Frauen profitieren sollen (fairsorgen! Wirtschaften fürs Leben 2021).

Die Care-Abgabe allein schafft es nicht, die gesellschaftlich-etablierten Machtverhältnisse und Rollenzuschreibungen in der Care-Arbeit zu durchbrechen. Das Instrument muss unweigerlich von Maßnahmen begleitet werden, die auf eine gerechte Verteilung von Sorgetätigkeiten zwischen den Geschlechtern und auf internationaler Ebene abzielen – d.h. auf eine care-zentrierte Wirtschaftsstruktur zusteuern. Autonomie und Individualität als Leitparadigmen wirtschaftlicher Tätigkeiten müssen verabschiedet und stattdessen Möglichkeiten für Solidarität und gesellschaftliche Verantwortungsübernahme für die Befriedigung von Care-Bedürfnissen geschaffen werden (Praetorius 2015). Reproduktive Care-Tätigkeiten müssen deshalb von allen als lebensnotwendig, wertvoll und als Basis jedes weiteren (wirtschaftlichen) Handelns anerkannt werden (Meier-Gräwe et al. 2023). Die veränderte Vorstellung davon, welches Handeln als produktiv gilt, ist daher Grundvoraussetzung für die Care-Abgabe (Saave-Harnack 2019). Die Vermittlungskategorie (Re)Produktivität, die genau diese Neuformulierung des Produktivitätsbegriffs anstrebt

(Biesecker et al. 2019, Biesecker & Hofmeister 2013), kann somit als Basis für die Umsetzung Vorsorgenden Wirtschaftens durch die Care-Abgabe dienen.

Die Care-Abgabe erfüllt die Qualitätskriterien Vorsorgenden Wirtschaftens, indem sie (auch wenn nur gesellschaftsübergreifend und nicht direkt-zwischenmenschlich) eine solidarische und kooperative Daseinsvorsorge durch eine bessere Finanzierung und finanzielle Umverteilung zugunsten von Care-Arbeiter:innen und Care-Empfänger:innen ermöglicht. Der zweite Anspruch wird ebenso gewährleistet, indem das Ganze der Ökonomie und das Ganze der Arbeit inklusive der (unbezahlten) (re)produktiven Bereiche als zusammengehörig adressiert und somit sichtbar gemacht und aufgewertet wird, was das dritte Kriterium sicherstellt (Saave-Harnack 2019).

Die Care-Abgabe hat somit das Potential, ein neues Verständnis vom Zusammenhang zwischen Reproduktion und Mehrwertproduktion, d.h. von (re)produktiven Prozessen, zu etablieren. Bei der Umsetzung bzw. Thematisierung der Care-Abgabe sind jedoch einige Herausforderungen mitzudenken. Da es sich bei dem Instrument um einen staatlichen Eingriff in wirtschaftliche Angelegenheiten handelt, was in einer neoliberal-ausgerichteten, kapitalistisch-organisierten Gesellschaft zunehmend ungern gesehen wird, könnte die Care-Abgabe an der politischen Durchsetzbarkeit scheitern, wenn sie als Strafe für Produktivitätssteigerungen verstanden wird (Saave-Harnack 2019). Die Befürchtung, Unternehmen würden bei solch einem radikalen Eingriff in nationale Märkte in andere Regionen abwandern, ist legitim - noch dringender ist allerdings die Gefahr einer sorglosen Gesellschaft, die lieber maßlos Profite generiert anstatt ihre Mitglieder versorgt. Ein kultureller Wertewandel hin zu einer Wirtschaftslogik, die die Bedürfnisbefriedigung aller statt Profitmaximierung belohnt, ist somit notwendig. Außerdem sei hier auch angemerkt, dass ohne eine kluge Mittelverwendung das Risiko besteht, die Organisation von Care-Arbeit in einem System zu verankern, das auf Wachstum ausgerichtet ist. Ein Lock-in in die kapitalistische Produktionsweise durch Kommodifizierung und Monetarisierung von Care-Arbeit ist jedoch keine Notwendigkeit, wenn die neu zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel kreativ eingesetzt werden. Solidarische Formen von Sorgearbeit bedürfen einem enorm großen Finanzierungs- und Organisationsaufwand, welcher (wenn ernstgenommen) die marktwirtschaftlichen Spielregeln vermutlich sabotieren würde. Nicht zuletzt müssen globale *care chains* mitbedacht, Care-Arbeiter:innen aus dem Ausland zu fairen Arbeitsbedingungen beschäftigt und Care-Lücken in Herkunftsländern der Arbeiter:innen kompensiert werden. Die Höhe der Care-Abgabe muss sich schlussendlich am

Finanzierungsbedarf für Care bei einer egalitären Aufteilung von Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern und ohne die Ausbeutung globaler *care chains* sowie unter der Bedingung von Zeitwohlstand orientieren (Saave 2023).

3. Methodische Herangehensweise

3.1 Zugang und Vorgehen

Das Forschungsinteresse liegt primär beim Verstehen von bisherigen Prozessen und dem resultierenden Care-Regime in Österreich sowie der Einschätzung einer potentiellen Weiterentwicklung zum care-zentrierten Wirtschaften. Care-zentriertes Wirtschaften und speziell die Care-Abgabe sind relativ unerforschte Phänomene, die zwar theoretisch diskutiert, aber noch nicht praktisch umgesetzt wurden - weshalb für die Erforschung dieses Themas ein qualitatives Vorgehen gewählt wird (Marshall & Rossman 2011; Marshall, Rossman & Blanco 2022). Ein qualitativer Ansatz ermöglicht in der Regel, Strukturen zu beleuchten, die menschliches Handeln prägen und aufgrund des spezifischen Kontextes schwer zu quantifizieren sind. Auf die geplante Forschung übertragen bedeutet dies, dass eine qualitative Herangehensweise die sozialen, kulturellen und politischen Muster und Prozesse im österreichischen Care-Kontext zu verstehen und erklären versucht und anschließend nach alternativen Möglichkeiten geforscht wird. Qualitative Forschung kann ein Verständnis davon liefern, wie soziale und wirtschaftliche Praktiken oder Muster rund um Care entstehen und welche Bedeutung diese Praktiken für die Menschen in spezifischen und/oder unterschiedlichen Care-Kontexten haben (Punch 2016, Foley & Timonen 2015). Daraus können dann Chancen, Herausforderungen und Grenzen einer Umsetzung von care-zentriertem Wirtschaften in Österreich diskutiert werden. Qualitative Forschung ist interpretativ, zunehmend kritisch ausgerichtet und erlaubt den Forschenden, mehrere Perspektiven anzuerkennen und miteinzubeziehen (Marshall et al. 2022), was bei der Einschätzung von Möglichkeiten einer Umsetzung von alternativem Wirtschaften unter Bezugnahme des spezifischen österreichischen Kontextes durchaus notwendig ist.

Schließlich ist ein qualitativer Ansatz auch deshalb geeignet, weil das Erkenntnisinteresse aus einer feministischen Haltung der Forschenden resultiert und das Ziel verfolgt, durch Forschung zur Verbesserung der Situation von Frauen und marginalisierten Gruppen (innerhalb und außerhalb des Care-Kontextes) beizutragen (Watts 2006). Es geht um eine kritische Auseinandersetzung mit den vorherrschenden (Macht-)Strukturen und sozial konstruierten Ungleichheiten auf intersektionaler Ebene, wofür ein qualitativer Zugang geeignet ist, der Machtprozesse in der Wissensproduktion reflektiert und marginalisierte Stimmen und Perspektiven ins Zentrum rückt (Marshall et al. 2022).

Da feministische Forschung darauf abzielt, unterdrücktes Wissen zu erforschen, dient auch Grounded Theory dazu, die Anliegen und Perspektiven von Frauen und anderen

unterdrückten Gruppen sichtbar zu machen, um sozialen Wandel und gesellschaftliche Veränderungen zu fördern (Hesse-Biber & Flowers 2019). Die erstmals von Barney Glaser und Anselm Strauss (1967) konzipierte Grounded Theory ist ein umfassender Untersuchungsansatz, der in erster Linie darauf abzielt, Theorien zu entwickeln, die Interaktionen und/oder Einstellungen als soziale Phänomene erklären. Grounded Theory ist in erster Linie induktiv, d. h. die Forschenden gehen vom Spezifischen zum Allgemeinen über, um Phänomene im qualitativen Theoriebildungsprozess zu erklären (Foley & Timonen 2015). Vor allem die konstruktivistischen Ansätze der Grounded Theory, die besagen, dass Theorien und Daten von Forschenden in Interaktion mit den sozialen Phänomenen, die sie interessieren, konstruiert und interpretiert werden (Charmaz 2014, Marshall et al. 2022), sind für die geplante Forschung deshalb geeignet, weil dadurch auf den Einfluss einer Vielzahl von sozialen und kulturellen Faktoren, die zu gemeinsamen Konstruktionen rund um Care führen, hingedeutet wird (Howell 2013). Grounded Theory kann auch implizit ein gewisses Maß an Vorhersehbarkeit bieten, allerdings nur im Hinblick auf bestimmte Bedingungen (Corbin & Strauss 1990), was für die geplante Forschung von Vorteil ist, da es sich bei potentiellen Herausforderungen, Chancen und Grenzen eines care-zentrierten Wirtschaftsmodells um vorhersehbare Einschätzungen handelt.

3.2 Methodisches Vorgehen & Forschungsfeld

3.2.1 Expert:inneninterviews

Um die Möglichkeit einer Entwicklung in Richtung care-zentriertes Wirtschaften einschätzen zu können, werden leitfadengestützte Expert:inneninterviews durchgeführt. Nach Politikwissenschaftler Robert Kaiser (2014) eignen sich Expert:inneninterviews für Fallstudien, die nach einem tiefen Durchbrechen der Besonderheiten des Einzelphänomens und dessen Verstehen streben – womit auch eine wichtige Voraussetzung geschaffen ist, um Theorien zu entwickeln oder zu verändern. Bei der aktuellen gesellschaftlichen Stellung von Care in Österreich handelt es sich um einen sehr konkreten und spezifischen Fall, der das Resultat von kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen und Prozessen ist. Expert:inneninterviews sollen deshalb dabei helfen, kausale Mechanismen zu verstehen, die die österreichische Care-Lage sowie wirtschaftliche Ausrichtung prägen, um im Anschluss daran Informationen zu deren potentiellen Modifikation durch alternatives Wirtschaften zu liefern (Kaiser 2014). Expert:inneninterviews sind eine der wenigen Möglichkeiten, an Informationen und subjektive Einschätzungen über das Potential einer wirtschaftlichen Systemänderung zu gelangen, da care-zentriertes Wirtschaften auf nationaler Ebene nirgends

umgesetzt wurde, sodass es keine zu analysierenden Daten gibt und z.B. Beobachtungen nicht möglich sind. Für die Beantwortung der Forschungsfrage(n) ist deshalb spezielles Expert:innenwissen notwendig, welches Aufschluss über gesellschaftliche Strukturen geben soll. Dafür gilt: „„Experte’ beschreibt die spezifische Rolle des Interviewpartners als Quelle von Spezialwissen über die zu erforschenden sozialen Sachverhalte. Experteninterviews sind eine Methode, dieses Wissen zu erschließen.“ (Gläser & Laudel 2010: 12) Expert:innen sind in diesem Fall also nicht das Objekt der Untersuchung, sondern dienen als Zeugen der interessierten Prozesse (ebd).

Wer zu Expert:innen gezählt wird, entscheiden im Endeffekt die Forschenden. Es wird davon ausgegangen, dass das notwendige Wissen im spezifischen Handlungsfeld nur den Expert:innen zugänglich ist und von großer Bedeutung ist, da das Wissen die Situationsdefinition bestimmt und somit Wirkungsmacht besitzt (Meuser & Nagel 2009). Personen gelten in der Regel als Expert:innen, wenn sie die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit besitzen (Hitzler, Honer & Maeder 1994) und sich somit von Laien unterscheiden, die im Gegensatz zur sozial institutionalisierten Expertise lediglich über Allgemein-/Alltagswissen verfügen (Kaiser 2014). Robert Kaiser (2014) nennt als zwei Kriterien zur Identifikation von relevanten Expert:innen entweder Position und Status, oder Funktionswissen. Im Zuge der Reflexivität der Moderne und der Kritik an der Expertokratisierung der Gesellschaft wird deutlich, dass Expertise auch außerhalb professioneller Kontexte generiert wird und andere Arten der Wissensproduktion ebenso zu Expert:innenwissen beitragen, die auf transdisziplinäre und heterogene Wissenssysteme und Interessen aufbaut. Diese ‘neuen’, heterarchischen Formen der Wissensproduktion stammen aus alternativen Wissenskulturen und beziehen sich unter anderem auf lokales Wissen oder Erfahrungen anstatt auf ausschließlich akademisches und professionelles Wissen (Meuser & Nagel 2009).

In der geplanten Forschung soll das kontextspezifische Wissen sowohl von Expert:innen erfragt werden, die sich mit der österreichischen Care-Lage professionell auseinandersetzen und institutionellen Einfluss haben, als auch von Expert:innen, die sich aktivistisch für mehr Care-Gerechtigkeit einsetzen. Es werden Expert:innen kontaktiert, die sich nicht ausschließlich professionell mit der Thematik Care befassen, sondern auch politisch involviert und betroffen sind, um die Hierarchie der Wissensproduktion zu durchbrechen und auch marginalisierte Stimmen ins Zentrum zu rücken. Da das gewählte Thema in sich sehr politisch

ist, werden auch Interviewpartner:innen gesucht, die sich des intersektional-feministischen Charakters des Themas Care bewusst sind und als *care giver* betroffen sind. Dabei muss klar sein, dass nicht ein:e Expert:in existiert, die über die Gesamtheit des für die Forschung notwendigen Wissens verfügt und deshalb die Anzahl der zu befragten Expert:innen im Forschungsprozess bestimmt und möglicherweise nach und nach erweitert werden muss (Kaiser 2014).

Für die vorliegende Forschung könnte eine Fokusgruppendifkussion ebenso als Erhebungsmethode zur Beantwortung der Forschungsfragen(-n) in Erwägung gezogen werden, indem in einer moderierten aber möglichst natürlichen Gesprächssituation Expert:innen miteinander interagieren und forschungsrelevante Themen besprechen. Die Vorteile zu Einzelinterviews liegen in einem vergleichsweise geringen Zeitaufwand aufgrund quasi simultaner Einzelbefragungen und den Erkenntnissen aus den Diskussionen und Interaktionen der Interviewpartner:innen. Auf der anderen Seite bekommen die Gesprächspartner:innen weniger Sprechzeit, sodass das Interview weniger in die Tiefe gehen kann (Fitzpatrick & Mayer 2022). Aufgrund dieser Befürchtung wird im Endeffekt beschlossen, die Expert:innen einzeln zu befragen, um möglichst nuancierte und detailreiche Informationen aus den Interviews zu dem bislang wenig erforschten Thema einer Umsetzung von Care-zentriertem Wirtschaften in Österreich zu gewinnen.

3.2.2 Forschungsfeld

Um eine Mischung aus professionellem Expert:innenwissen und lokalem Erfahrungswissen (Meuser & Nagel 2009) gewährleisten zu können, werden Interviewpartner:innen aus institutionellen Einrichtungen in Österreich und NGOs/Vereine im Care- und Wirtschaftsbereich kontaktiert. Dazu gehören die Wirtschaftskammer, die Arbeiterkammer, die Aktionsgruppe FeministAttac und die Initiative fair sorgen! Wirtschaften für's Leben. Die Suche nach Interviewpartner:innen erfolgt über das Internet und die Kontaktaufnahme findet jeweils per E-Mail statt.

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) ist eine öffentliche Institution der Interessenvertretung von österreichischen Unternehmen (Wirtschaftskammer Österreich o.D.) und bietet somit die Möglichkeit, Einblicke und Einschätzungen bezüglich des (alternativen) Wirtschaftens in Österreich aus der Sicht der Unternehmen zu gewinnen. Dafür wird die nachhaltige Abteilung der Wirtschaftskammer Wien kontaktiert und ein Interview mit dem

Leiter der nachhaltigen Abteilung, Mag. (FH). Hannes Hippacher und dem Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung, Mag. Dr. Helmut Naumann, vereinbart.

Die Arbeiterkammer Österreich (AK) ist das Gegenpendant zur Wirtschaftskammer, indem sie sich als gesetzliche Vertretung und Teil der Sozialpartner:innenschaft für die sozialen, wirtschaftlichen und beruflichen Interessen von Arbeitnehmer:innen einsetzt (oesterreich.gv.at 2024, Arbeiterkammer o.D.) und auch deshalb für die vorliegende Forschung von Interesse ist. Die Auswahl der Interviewpartner:innen erfolgt mit Hilfe des Arbeits- und Wirtschaftsblogs der AK Wien (Arbeiterkammer Wien o.D. a), wo Beiträge zu den Themen Care, unbezahlte Arbeit, Frauen und Wirtschaft gesucht und die Autorinnen kontaktiert werden. Dadurch wird ein Interview mit Dipl. Vw.ⁱⁿ Jana Schultheiß vereinbart, die als Referentin für öffentliche Haushalte und Sozialstaat in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien und im BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen) aktiv ist und somit die für die Forschung relevanten wirtschaftlichen und sozialstaatlichen Alternativen in Österreich beleuchten kann. Um ein Interview wird ebenso bei MMag.^a Heidemarie Staflinger aus dem Team der Sozialpolitik der Arbeiterkammer Oberösterreich angesucht, um über die wohlfahrtsstaatlichen Strukturen und aktuelle Care-Lage in Österreich gendergerecht zu analysieren zu sprechen und notwendige Veränderungsbedarfe festzustellen.

Des Weiteren wird Mag. Dr.ⁱⁿ Katharina Mader kontaktiert, die als *senior economist* am Momentum Institut arbeitet und sich mit feministischer Ökonomie, Care-Ökonomie und unbezahlter Arbeit sowie Finanz- und Wirtschaftspolitik auseinandersetzt. Katharina Maders Arbeitsschwerpunkte ermöglichen das Erfragen einer umfangreichen gendersensiblen Analyse auf die österreichische Wirtschaft(-spolitik) und Sozialpolitik.

Die Aktionsgruppe FeministAttac wird kontaktiert, da sie gezielt mit dem Thema Gender-Aspekte und Wirtschaft arbeitet (FeministAttac o.D.) und somit eine geschlechtersensible Analyse der wirtschaftlichen Vorgänge und Möglichkeiten in Österreich bieten kann, auf denen die Forschungsarbeit aufbaut. Hier wird in einer Antwort auf Dr.ⁱⁿ Elisabeth Klatzer verwiesen, die als Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin und feministische Ökonomin bei fair sorgen! Wirtschaften für's Leben aktiv ist. Fair sorgen! Wirtschaften für's Leben setzt sich als Netzwerk für eine Neuausrichtung der Wirtschaft anhand der Prinzipien des care-zentrierten Wirtschaftens und einer geschlechtergerechten Budget- und Finanzpolitik¹⁴ ein (fair sorgen! Wirtschaften für's Leben o.D.). Elisabeth Klatzer

¹⁴ Fair sorgen! Wirtschaften für's Leben fordert ein feministisches Konjunkturpaket von 12 Milliarden Euro mit spezifischen Umstrukturierungen der Wirtschaft, Politik und Care und liefert somit bereits umsetzbare Budgetvorschläge für gerechtes, care-zentriertes Wirtschaften in Österreich (fair sorgen! Wirtschaften für's Leben 2021).

wird somit als Expertin für die Einschätzung der Veränderung hin zu einer fair sorgenden bzw. care-zentrierten Wirtschaft in Österreich kontaktiert.

Das Ersuchen um ein Interview findet, wie bereits erwähnt, per E-Mail statt und beinhaltet alle wichtigsten Informationen zum Forschungsvorhaben, nämlich das Ziel der Untersuchung, den genauen Gegenstand und die thematischen Schwerpunkte des Interviews, die geplante Vorgangsweise und Dauer des Interviews (Gläser & Laudel 2010). Es wird angeboten, nach Präferenzen und Verfügbarkeiten der Interviewpartner:innen das ca. einstündige Interview entweder persönlich vor Ort oder online per Zoom zu halten - letztlich finden zwei der Interviews vor Ort und drei online statt. Ebenso wird vorab um die elektronische Aufnahme des Gesprächs gebeten, wobei die ausdrückliche Zustimmung nochmals in der Einverständniserklärung und Datenschutzmitteilung gewährleistet wird, die entweder vor dem Interview oder am Anfang des Interviews zum Unterschreiben vorgelegt wird. Hier befinden sich unter anderem auch alle notwendigen Informationen zum Forschungsvorhaben und zur Verarbeitung der gewonnenen Daten. Ebenso wird den Expert:innen am Ende des Interviews angeboten, die verwendeten Zitate nochmal zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren, wobei nur Elisabeth Klatzer von dieser Möglichkeit Gebrauch macht.

3.2.3 Interviewleitfaden

Ein durchstrukturierter Leitfaden dient als Erhebungsinstrument und erlaubt es, die Forschungsfrage(n) zu operationalisieren, um die aus den Interviews gewonnenen Informationen in späterer Auswertung wieder auf den theoretischen Kontext der Analyse beziehen zu können. Die Interviewfragen werden systematisch aus dem Forschungsproblem abgeleitet und je nach Analysedimensionen in Fragenkomplexe zusammengefasst (Kaiser 2014), sodass theoretische Vorüberlegungen in die Erhebung inkludiert werden können. Dabei ist wichtig, die Fragen möglichst offen zu formulieren, damit die Expert:innen ihrem Wissen und ihrem Interesse nach antworten können. An Flexibilität der Forschenden sollte es nicht mangeln, denn die Fragen müssen nicht immer in der gleichen Reihenfolge gestellt werden und dürfen/sollen situationsabhängig umformuliert oder angepasst werden. Der Leitfaden dient somit lediglich als Mechanismus zur Steuerung des Gesprächs. Für einen möglichst fluiden Gesprächsverlauf ist dennoch die Überlegung notwendig, welche Fragen thematisch zusammenpassen und somit nacheinander abgearbeitet werden sollen (Gläser & Laudel 2010).

Darüber hinaus ist zu fragen, ob ein einziger Leitfaden für alle Interviewpartner:innen sinnvoll ist, der dann nicht in seiner Gesamtheit für alle Akteur:innen relevant ist (Kaiser 2014). Für die vorliegende Forschung werden drei Leitfäden erarbeitet. Leitfaden 1 beinhaltet Fragen sowohl zum care-zentrierten Wirtschaften in Österreich als auch zum Care-Regime, Leitfaden 2 fokussiert sich nur auf die wirtschaftlichen Aspekte und Leitfaden 3 hingegen nur auf das österreichische Care-Regime. Die Auswahl der akteur:innenspezifischen Leitfäden orientiert sich am vermuteten Spezialwissen und professioneller Ausrichtung der Interviewpartner:innen, wobei die Leitfäden 2 und 3 lediglich ausdifferenzierte Versionen des ersten Leitfadens sind. Die spezifischen Interviewfragen und Themenkomplexe befinden sich im Anhang. Die Leitfäden beinhalten einen Mix aus Einführungsfragen als Einstieg in die Interviewsituation, strukturierenden Fragen für die Einleitung neuer Themenbereiche, direkten Fragen für die Erhebung unabdingbarer Tatbestände der Forschung und Interpretationsfragen, die für die Einschätzung zukünftiger Entwicklung einer Umsetzung von care-zentriertem Wirtschaften dienen (ebd.). Da care-zentriertes Wirtschaften noch nirgendwo auf nationaler Ebene umgesetzt wurde und sich das Forschungsinteresse primär an einer hypothetischen Entwicklung orientiert, streben die Leitfäden neben den Fragen nach der strukturellen Umsetzung auch die subjektive Einschätzung der Expert:innen einer solchen Entwicklung an.

3.3 Methodologie/Materialanalyse

Die Datenerhebung erfolgt durch Leitfadeninterviews, welche anschließend im Sinne der konstruktivistischen Grounded Theory analysiert werden. Grounded Theory geht in ihrem Kern von der Wandelbarkeit sozialer Phänomene aus und ist stark akteur:innenorientiert, indem sie Entscheidungen und Optionen von Akteur:innen sowie deren Bedingungen und Konsequenzen in den Blick nimmt (Corbin & Strauss 1990, Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021). Da es in der Forschungsarbeit primär um die Möglichkeit eines sozialen Wandels und (feministische) Handlungsmöglichkeit geht, ist Grounded Theory sehr gut geeignet, um eine kontextspezifische Theorie zu care-zentriertem Wirtschaften zu entwickeln, indem die empirischen Phänomene Care und Wirtschaft in Österreich nachvollziehbar und der Eigenart dieser Phänomene gerecht organisiert werden (Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021). Des Weiteren ist Grounded Theory geprägt von Fragen nach sozialen und subjektiven Bedeutungen und Lösungsansätzen, die auch die geplante Forschung leiten. Eine deterministische Sicht auf die genannten Phänomene wird im Forschungsprozess von vornherein verworfen (Corbin & Strauss 1990).

Dabei ermöglicht die konstruktivistische Ausrichtung der Grounded Theory die soziale Realität als vielfältig, prozesshaft und konstituiert anzuerkennen und die eigene Position, die Privilegien, die Perspektive und die Interaktionen als einen inhärenten Teil der Forschungsrealität, die ebenso eine Konstruktion ist, zu berücksichtigen (Charmaz 2014). Grounded Theory wird häufig in feministischer Forschung eingesetzt (Vanner 2015), da Elemente wie die Entwicklung einer situierten Theorie auf der Grundlage der Daten mit feministischen Grundsätzen übereinstimmen, indem sie die gelebten Erfahrungen der Forschungsteilnehmer:innen betonen, um eine legitimierte Theorie und Analyse aufzubauen (Harding 2012). Die Forschenden bringen zwar unweigerlich ihre ideologischen Überzeugungen und Annahmen in die Forschung ein, doch die Grundprinzipien der Grounded Theory ermöglichen es den Forscher:innen, eine Theorie zu entwickeln, die empirisch fundiert ist, anstatt den Daten eine Theorie aufzuzwingen (Clarke 2012).

Die Grundprinzipien der Grounded Theory werden auch in der geplanten Forschung eingehalten. Datenerhebung und -auswertung beziehen sich aufeinander und finden im Wechselprozess statt, wobei bereits bei den ersten gesammelten Daten mit der Analyse begonnen wird und diese Analyse die weitere Erhebung steuert, bis die notwendigen Daten zur Fortentwicklung und Sättigung der Theorie erhoben wurden (Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021). Das Datensampling, geleitet am Theoretischen Sampling, dient der Theoriebildung und -sättigung, nicht der Repräsentativität der Grundgesamtheit (Charmaz 2014).

Die ersten Daten werden untersucht und durch qualitatives Kodieren getrennt, sortiert und zusammengefasst. Kodierung bedeutet, dass den Datensegmenten Beschriftungen zugewiesen werden, die darstellen und zusammenfassen, worum es in jedem Abschnitt geht. Das Kodieren ermöglicht es, bereits zu Beginn der Datenerfassung analytische Fragen zu den Daten zu stellen. Die Erstellung von Codes schafft einen analytischen Rahmen, auf dem die Analyse aufbaut. Beim Kodieren nach der Grounded Theory geht es darum, über die konkreten Aussagen in den Daten hinauszugehen, um eine interpretative Darstellung zu erzielen und den Aussagen und Beobachtungen einen analytischen Sinn zu geben. Codes werden erstellt, um zu erklären, warum Menschen wie handeln oder auf Ereignisse reagieren, welche Bedeutungen dahinterstecken, und wie wiederum diese Bedeutungen entstanden sind. Durch die Kodierung werden die Daten sortiert und analytische Vergleiche mit anderen Datensegmenten erleichtert (Charmaz 2014).

Kathy Charmaz (2014) schreibt von mindestens zwei zentralen Phasen im Kodierprozess: erstens die Phase des *initial coding*, wo jedes Wort, jede Zeile bzw. jedes Datensegment benannt wird; zweitens das *focused coding*, eine selektive Phase, in der die wichtigsten bzw. häufigsten *initial codes* herangezogen werden, um große Datenmengen zu organisieren, zu synthetisieren und zu integrieren. Während die erste Phase eine möglichst große Offenheit der Forschenden bezüglich aller möglichen theoretischen Richtung, die sich aus den Daten ergeben, benötigt, ist die spätere Phase des *focused coding* durch eine gezielte Suche und Entwicklung von auffälligen Codes gekennzeichnet, um diese dann mit größerem Datenmaterial zu überprüfen (Charmaz 2014).

Da Forschende die ihrer Ansicht nach passendsten Wörter für die Benennung der Codes bestimmen, konstruieren sie die Codes. Somit bestimmen Forschende durch das Kodieren, was im Datenmaterial als wichtig erscheint und was die Ereignisse bedeuten könnten – was diesen Strang der Grounded Theory auch konstruktivistisch macht. Nichtsdestotrotz ist der Kodierprozess interaktiv, indem mit den Interviewbeteiligten und in späterer Folge mit ihren Äußerungen interagiert wird und versucht wird, die Aussagen und Handlungen aus ihrer Perspektive zu sehen und implizite Bedeutungen hervorzubringen (Charmaz 2014).

Die erhobenen Daten werden in Folge in thematische Konzepte verdichtet, die dann durch Interpretation des Forschenden zu Kategorien weiterentwickelt werden. In der Regel werden nur diejenigen Konzepte, die sich auf dasselbe Phänomen beziehen, in Kategorien erfasst. Gebildete Kategorien sind höherwertig und abstrakter als die Konzepte, die sie repräsentieren (Corbin & Strauss 1990). Im Anschluss werden dann die erstellten Kategorien miteinander verknüpft und zum Grundbaustein einer Theorie (Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021). Die Theoriegenerierung wird dabei über Beziehungen zwischen Kategorien verdeutlicht und erfolgt durch konstanten und systematischen Vergleich verschiedener Fälle und Konzepte, die auf Ähnlichkeiten und Unterschiede untersucht werden (Corbin & Strauss 1990).

Das Schreiben von Memos ist ein zentrales Element der Grounded Theory, das von Anfang an den Forschungsprozess begleitet und reflektiert. Memos dokumentieren sozusagen den Prozess der Theoriegenerierung und bilden ein System, um einen Überblick über alle Kategorien, Eigenheiten, Hypothesen und generativen Fragen zu behalten (Corbin & Strauss 1990). Weiters kann das Schreiben von Memos auf Lücken in der Theoriegenerierung aufmerksam machen, sodass vorher entwickelte Konzepte erstellt oder sogar neue Daten erhoben werden müssen (Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021).

Alle drei Vorgänge (Datenerhebung, Kodieren und Schreiben von Memos) sind eng miteinander verknüpfte, parallele Prozesse, die sich aufeinander beziehen und den Forschungsprozess von der Planung über die Erhebung bis hin zur Auswertung begleiten (Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021).

Die Expert:inneninterviews werden schlussendlich mithilfe der Transkriptionssoftware Whisper transkribiert und die gewonnenen Daten mithilfe der Software MAXQDA ausgewertet. MAXQDA bietet Unterstützung in allen Analysephasen eines Projekts und ermöglicht es, ausgewählten Textpassagen Codes zuzuordnen oder Memos zu generieren (Rädiker & Kuckartz 2019).

3.4 Positionalität und (ethische) Herausforderungen

Wie bereits erwähnt, erkennt die konstruktivistische Grounded Theory die Subjektivität und Beteiligung der Forschenden in der Konstruktion und Interpretation von Daten im Forschungsprozess an (Charmaz 2014), weshalb die Positionalität der Forschenden so gut wie möglich reflektiert und offen gelegt werden soll, um den Einfluss dieser auf die Forschung sichtbar zu machen.

Als weiße cis-gender EU-Bürgerin, die eine höhere Bildung genießen durfte, versuche ich stets, meine Privilegien bestmöglich zu mobilisieren und mich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Durch das Studium der Internationalen Entwicklung und Mitarbeit in einer feministischen NGO für Migrantinnen habe ich mir eine intersektional-feministische Haltung angeeignet, die mich dazu verleitet, durch die geplante Forschung zur Geschlechtergleichstellung und Entlastung von Frauen beitragen zu wollen, indem ich die geschlechts-, klassen- und *Racespezifische* Verteilung von und Verantwortung für Care-Arbeit zu dekonstruieren versuche und eine potentielle Aufwertung und Umverteilung durch care-zentriertes Wirtschaften theorisiere. Meine Betroffenheit als Frau dient ebenso als Motivation, nach Möglichkeiten einer geschlechtergerechten Verteilung von Care zu forschen. Außerdem verleitet mich eine kapitalismuskritische Einstellung dazu, nach einer Alternative zum neoliberalen und Ungleichheit stiftenden Wirtschaftsregime zu suchen, die sowohl sozial als auch klimafreundlich ist. Ich erkenne Care als ein äußerst intersektionales Thema an, das viele Lebensbereiche und -realitäten durchdringt und deshalb eine intersektionale Lösung braucht - welche ich im Ansatz des care-zentrierten Wirtschaftens verorte. Meine

feministische Haltung spiegelt sich bereits in der Auswahl des Themas, der Literatur sowie der Interviewpartner:innen, wobei dennoch bestmöglich offen an die Forschung herangegangen und die eigene Position und deren Einfluss auf die Forschung stets reflektiert wird.

In Hinsicht auf das methodische Vorgehen liegt es in der Verantwortung der Forschenden, ethische Regeln und Forschungsstandards einzuhalten und folgende Bereiche zu beachten: den Schutz von Persönlichkeitsrechten bzw. personenbezogener Daten, die informierte Zustimmung der Interviewpartner:innen, die Wahrung von Vertraulichkeit sowie die Integrität und Professionalität der Forschenden (Kaiser 2014). Die Modalität der Interviews kann die Forschungsergebnisse beeinflussen, indem vor Ort und online unterschiedliche Dynamiken zwischen der Forscherin und den Expert:innen entstehen. Während Online-Interviews oft technisch und zwischenmenschlich herausfordernder sind, bringen Vor-Ort-Interviews logistische und reaktivitätsbedingte Probleme mit sich (Lo Iacono et al. 2016, Meuser & Nagel 2009). Das Machtverhältnis zwischen der Forschenden und den Expert:innen wird im Forschungsprozess reflektiert, da beide Parteien die Forschungsergebnisse prägen und das erworbene Wissen kontextualisiert werden muss. Es ist deshalb zu betonen, dass auch in Expert:inneninterviews subjektive Deutungen gefunden werden (Helfferich 2022) und die Erfahrungen der Interviewpartner:innen als Frauen oder Sorgende die Ergebnisse beeinflussen, was aber durchaus erwünscht ist und sich auch in der Forschungstradition der feministischen Standpunkttheorien widerspiegelt (Harding 2012, Vanner 2015). Gleichzeitig werden die Aussagen der WKO-Interviewpartner in Verbindung zur Wirtschaftskammer als einer unternehmenszentrierten und ideologisch neoliberal-ausgerichteten Organisation bewusst reflektiert.

Im Zuge der Datenerhebung wird deutlich, dass sich die Antworten der Interviewpartner der WKO in Hinsicht auf Care und alternatives Wirtschaften von den Antworten der restlichen befragten Expertinnen sowohl thematisch als auch in Bezug auf feministische Werteinstellungen stark unterscheiden. Es wird vorerst versucht, diese Perspektiven zumindest als Gegenansichten in der Analyse miteinzubeziehen aus einer ethischen Sorge, nicht-feministische Ansichten aufgrund eigener Wertansichten aus der Forschung auszuschließen, doch schlussendlich stellen sich die Ergebnisse aufgrund inhaltlicher Mängel als unbrauchbar heraus und werden nach Absprache mit der Betreuerin nicht verwendet.

Eine inhaltliche Herausforderung im Forschungsverlauf stellt die binäre Repräsentation der Geschlechter in der Care-Debatte dar, die reale Auswirkungen auf die Geschlechterrepräsentation von trans, inter und nicht-binären Menschen hat. Die verwendete Literatur und Daten unterscheiden bei der Geschlechterverteilung von Care-Aufgaben hauptsächlich zwischen Frauen und Männern, weshalb in der Forschungsarbeit auch vor allem auf diese Bezug genommen wird. Wie aber Patti Lather schreibt: „ . . . to do feminist research is to put the social construction of gender at the center of one’s inquiry” (Lather 1991: 159, zit. nach Vanner 2015), sodass die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen der sozialen Konstruktion von Geschlecht im Fokus stehen und Care als eine geschlechtsneutrale Aktivität untersucht wird.

Weiters ist zu vermeiden, Frauen im Forschungsprozess als eine homogene Gruppe anzusehen und in Hinsicht auf ihre Stellung im Care-System zu essentialisieren. Die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Care-Arbeiter:innen entlang der Variablen Klasse, *Race*, Ethnie, Alter, Sexualität, Beziehungsstatus usw. sind stets mitzudenken, da dies Lösungen und Veränderungen beeinflusst und ihr Potential, Leben zu verbessern, mitbestimmt (Rerrich 2010). In Debatten um Reproduktionsarbeit werden Frauen und Natur teilweise in ihrer Erfahrung, das menschliche Leben zu erhalten, verglichen oder gleichgesetzt, was es in dieser Forschung zu vermeiden gibt. Vielmehr wird die soziale Konstruktion der Geschlechterrollen in Bezug auf Care hervorgehoben, gemeinsam mit ihren materiellen Voraussetzungen der biologischen Grundlagen der Menschheit und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Strukturen (Mellor 2015). Um die Erfahrungen von sexuell, kulturell, rassistisch und ökonomisch ausgegrenzten Männern und und queeren migrantischen Care-Arbeitenden nicht auszuschließen, gilt es somit die heteronormativen, rassistischen und feminisierten Strukturen von Care-Arbeit zu beleuchten (Barker 2012, Peterson 2003).

3.5 Standardisierung und Kontrolle

Um die wissenschaftliche Qualität der geplanten Forschung sicherzustellen und der Komplexität des untersuchten Phänomens von care-zentriertem Wirtschaften gerecht zu werden, wird im Folgenden auf die wichtigsten Gütekriterien qualitativer Forschung eingegangen.

Daten-Triangulierung, also die Verwendung unterschiedlicher Datenquellen, zielt darauf ab, die Diversität und Widersprüchlichkeit im Untersuchungsgegenstand zu erfassen (Flick 2022). In der vorliegenden Forschung wird deshalb, wie bereits erwähnt, darauf geachtet,

Expert:innen mit unterschiedlichen Perspektiven zu befragen, um das Phänomen von care-zentriertem Wirtschaften und der Umsetzung in Österreich so gut wie möglich in ihrer Komplexität zu begreifen.

Um Transparenz im Forschungsprozess zu schaffen und somit eine intersubjektive Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, ist es wichtig, den eigenen Forschungsprozess zu dokumentieren. Es wird so detailliert wie möglich festgehalten, welche Entscheidungen im Forschungsprozess gefallen sind und was der Grund dafür ist. Dazu gehört eine Erläuterung der verwendeten Methoden, des eigenen Vorverständnisses vom erforschten Themengebiet sowie der bezogenen Informationsquellen, welche im vorliegenden Fall bereits im Methodenteil diskutiert und erläutert wurden (Flick 2022). Die Materialanalyse erfolgt anhand der Grounded Theory, welche auf dem Schreiben von Memos aufbaut, um den Prozess der Theoriegenerierung zu dokumentieren und bilden somit ein Überblickssystem über alle Kategorien und generativen Fragen (Corbin & Strauss 1990), die den Forschungsprozess dadurch nachvollziehbarer machen. Dabei muss klar festgehalten werden, wie die Kategorien im Sinne der Theoriegenerierung erstellt und miteinander verknüpft werden.

3.6 Generalisierungsziele

Wie bereits im methodologischen Abschnitt erläutert, ist das Ziel dieser Forschungsarbeit, eine Theorie zu generieren, die die spezifische Care-Situation in Österreich mit der Idee von care-zentriertem Wirtschaften verbindet und in Folge die Möglichkeit eines sozialen Wandels in Österreich diskutiert und bewertet. Es wird ein sozialer Lösungsansatz für die derzeitige Care-Krise (Dowling 2021a) gesucht, indem eine neue Wirtschaftsform mit einem Fokus auf Sorgearbeit theoretisch durch existierende Literatur sowie mit Expert:innen diskutiert wird. Die generierte Theorie wird sich auf den österreichischen Kontext beziehen, jedoch könnte sie unter Beachtung bestimmter Bedingungen (politische Landschaft, sozial-wirtschaftliche Maßnahmen) auch auf Deutschland oder Frankreich übertragen werden, da diese Länder ebenso wie Österreich eine familialistische Wohlfahrtsstaatsstruktur aufweisen (Bettio & Plantenga 2004).

4. Diskussion der Ergebnisse der Expertinneninterviews

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der Expertinnenbefragungen vorgestellt und diskutiert. Die Ergebniskategorien resultieren aus den Forschungsfragen, Leitfäden und Interviews. Sie beinhalten die induktiv-erstellten Kategorien, die sich aus den Codes im Rahmen der Grounded Theory Analyse herausbilden. Im Folgenden werden diese Kategorien durch ihre Beziehung zueinander und unter Berücksichtigung der im Analyseprozess erstellten Memos diskutiert, um eine Theorie zu den Umsetzungsmöglichkeiten und -strategien von care-zentriertem Wirtschaften in Österreich zu erstellen. Da sich Umsetzungsstrategien als Lösungsansätze direkt auf die Herausforderungen beziehen, werden diese zusammen bearbeitet. Die Kategorien und Lösungsvorschläge können ebenso wenig getrennt voneinander betrachtet werden und fordern deshalb ein „verbindendes Denken“ (Appel & Prainsack 2023: 207). Eine multidimensionale Krise bedarf immerhin multidimensionaler Strategien der Bewältigung (Dengler & Lang 2022). Die Ergebnisse sind auf der nächsten Seite (Tabelle 1) zusammengefasst.

Alle im Folgenden vorgestellten Kategorien sind als Umsetzungsstrategien zu verstehen, die die künstliche Trennung in reproduktive und produktive Arbeiten als eine der größten Hindernisse bewältigen können und gleichzeitig neue Wert- und Normvorstellungen gegenüber Care etablieren. Wie bereits im Kapitel 2.3 herausgearbeitet, unterliegen reproduktive Tätigkeiten in kapitalistischen Gesellschaften anderen Prinzipien als jenen, die die Produktion und Zirkulation von Ware steuern (Donath 2000, Apitzsch & Schmidbauer 2010). Es kommt aufgrund auseinanderdriftenden Produktivitäten (Madörin 2011) und der Kostenkrankheit von Care-Arbeit (Baumol 1967) zu Unterfinanzierung und Überlastung des Care-Sektors, neben Abwertung und gleichzeitiger Aneignung von (meist unbezahlter, von Frauen und der Natur verrichteter) Care-Arbeit. Das Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften, auf dessen Theoriekonzept diese Forschungsarbeit aufbaut, macht ebendiese strukturelle Trennung und Externalisierung des Reproduktiven vom Produktiven in der Mehrheit ökonomischer Theorien und Praktiken für die zahlreichen Krisen der reproduktiven Bereiche verantwortlich (Biesecker 2011, Saave-Harnack 2019). Deshalb sind die diskutierten Umsetzungsstrategien als konkrete Handlungsvorschläge immer im Kontext der Überwindung dieser künstlichen Trennung als notwendiger Bedingung für care-zentriertes Wirtschaften im Sinne der Leitprinzipien Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für das gute Leben Notwendige zu betrachten.

Tabelle 1

Ergebniszusammenfassung

	Herausforderungen	Umsetzungsstrategien	Ziel
Wirtschaftliche Strukturen	- Care-Arbeit leidet unter kapitalistischen Rahmenbedingungen - Kapitalistisches Wirtschaftssystem fördert und belohnt Ausbeutung der vielen für den Profit der wenigen, (re-)produziert dadurch Ungleichheiten und zerstört die Natur - Nicht-Anerkennung und gleichzeitige Aneignung von Care-Arbeit - Wirtschaftlicher Erfolg wird an Produktivität gemessen, d.h. (unbezahlte) reproduktive Aktivitäten sind in wirtschaftlichen Wohlstandsindikatoren (va. BIP) nicht inkludiert	- Ausrichtung der Wirtschaft an menschlichen Bedürfnissen statt marktlicher Wertschöpfung/Profit - Degrowth - Vergesellschaftung aller Produktionsmittel - Neue Kategorien der Sichtbarmachung für wirtschaftlichen Wohlstand	
Politik seitens der Regierung - mangelnde Prioritäten für Care-zentrierte Lebensweise - Finanzierung profitorientierter Unternehmensstrukturen und niedrige Steuern auf Unternehmensgewinne - Unterfinanzierung des Care-Sektors seitens der Zivilgesellschaft - Zivilgesellschaft zu eingespannt, zur Zeit wenig Mobilisation und Wirkungskraft		- Care-zentrierte Ausgabenpolitik, z.B. anhand von Gender- und SDG-Budgeting - Finanzierung einer Care-zentrierten Gesellschaft durch faires Besteuerungssystem (Vermögens-, Erbschafts-, Körperschaftsteuer,...) statt der Care-Abgabe - Bewegungsanbau - Demokratisierung	
Care-Regime	- Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: Frauen sind für den Großteil der unbezahlten Care-Arbeit zuständig - Auslagerung der Care-Arbeit an die Familie & Migrant:innen - unzureichende öffentliche Care-Angebote - Personalmangel, schlechte Arbeitsbedingungen der Care-Arbeitenden (Zeitdruck, Überforderung, niedrige Löhne, prekäre Anstellungsverhältnisse) - Monetarisierung von Care-Arbeit	- Verteilung innerhalb der Familie: Männer müssen gerechten Anteil an Care übernehmen, z.B. durch eine verpflichtende Vaterkarenz - Ausbau öffentlicher Care-Angebote im Rahmen einer Bedingungslosen Grundversorgung - Verbesserung der Arbeitsbedingungen & der Versorgungsqualität - Vergesellschaftung von Care	
Arbeit	- Arbeit wird mit Produktivität gleichgestellt, d.h. unbezahlte Care- bzw. Reproduktionsarbeit wird ausgeblendet - Hierarchisierung von Arbeitsstätigkeiten - Lohnarbeit als Macht-/Herrschaftsinstrument & Wachstumsgenerator - ungerechte Verteilung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit	- Konzeptionelle Erweiterung von Arbeit (Inklusion von Reproduktionsarbeit) - Neubewertung von Arbeiten - Dekommodifizierung, z.B. durch Bedingungsloses Grundeinkommen und Bedingungslose Grundversorgung - Erwerbsarbeitszeitverkürzung	
Wirtschaftswissenschaften	- Feministische (Care-)Ökonomie in Wirtschaftswissenschaften ausgeblendet & abgewertet - Dominanz neoliberaler, neo-klassischer und androzentrischer Konzepte	- Inklusion Feministischer Ökonomie in die Standardausbildung - Förderung feministischer Forschung	
→ Trennung zwischen Produktion und Reproduktion überwinden			

4.1 Wirtschaftliche Strukturen

4.1.1 Die Bedürfnisse aller statt der Profitgier eines Einzelnen

Die Einschätzungen der Expert:innen bezüglich der Chancen von care-zentriertem Wirtschaften in Österreich sind etwas gemischt. Obwohl care-zentriertes Wirtschaften als generell möglich und erwünscht gesehen wird, ist die Sicht auf jetzige Strukturen entmutigend. Das aktuelle Wirtschaftssystem ist geprägt von deutlichen Ungleichheiten und „Verschränkungen von patriarchalen [...], neoliberalen, kapitalistischen [...], kolonialistischen Strukturen“ (Klatzer Interview 2024: 2), die Mensch und Natur ausbeuten und töten (ebd: 2, Mader Interview 2024: 3). Elisabeth Klatzer beschreibt die aktuelle Perspektive als nicht sehr progressiv oder care-zentriert, denn „die jetzigen Strukturen fördern und belohnen maximal individualistisches, egoistisches, eigennutzmaximierendes Tun“ (Klatzer Interview 2024: 3). Auch Katharina Mader sieht wenig Chancen für care- bzw. vorsorgendes Wirtschaften in Österreich in einem kapitalistischen Kontext und stellt fest, dass „wenn wir wirklich weg wollen von [...] Ausbeutung von Menschen und Natur, dann müssen wir Strukturen überwinden“ (Mader Interview 2024: 3).

Die aktuellen wirtschaftlichen Strukturen, die Profitmaximierung, Konkurrenz, Individualismus und Kurzfristigkeit vorantreiben anstatt Care-Arbeit als Basis jedes weiteren Handelns anzuerkennen, stellen eine klare Herausforderung im Übergang zum care-zentrierten Wirtschaften dar. Die Kritik der Expertinnen harmonisiert vielseitig mit der Analyse Feministischer Ökonom:innen und Degrowth-Aktivist:innen, die den aktuellen wirtschaftlichen Mainstream als sorglos und zerstörerisch bezeichnen (Meier-Gräwe et al. 2023, Biesecker & Hofmeister 2010, Dengler & Lang 2022). Die Sozialwissenschaftlerin Gabriele Winker unterstreicht, dass „eine direkte Ausrichtung der Ökonomie an menschlichen Bedürfnissen im Rahmen des Kapitalismus nicht zu erreichen“ (Winker 2021: 94) ist, weshalb es in einer vorsorgenden Gesellschaft „keinen Kapitalismus mehr geben darf oder kann“ (Mader Interview 2024: 17). Die Ergebnisse sind demnach eine Bestätigung bereits bekannter Theorien; immerhin basiert die Forderung nach care-zentriertem Wirtschaften auf der Kritik des aktuellen wirtschaftlichen Dogmas.

Um zu care-zentriertem Wirtschaften zu gelangen, muss die Orientierung des wirtschaftlichen Handelns am Profit(-wachstum) überwunden werden, was bereits im Theorieteil erläutert (Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013, Biesecker & Hofmeister 2015, Meier-Gräwe et al. 2023, Praetorius 2015) und von den befragten Expertinnen bestätigt wird. Die Forderungen

bedienen sich einer Degrowth-Logik, die ökonomisches Wachstum als das allmächtige Imperativ der Wirtschaft und als Lösungsideal jeglicher gesellschaftlicher Probleme verwirft und stattdessen eine Alternative zum profitgetriebenen Wachstum¹⁵ suchen, die im Rahmen einer Reorganisation von strukturell wachstumsabhängigen Institutionen die zerstörerische Natur der kapitalistischen Produktionsweise und den Separationsmechanismus zwischen der monetarisieren, wertgeschätzten, vermeintlich produktiven Sphäre und der großteils unbezahlten, abgewerteten, als reproduktiv geltenden Bereichen zurückdrängen wollen (Dengler & Lang 2022).

Die Überwindung des profitgetriebenen Wirtschaftens fordert gleichzeitig die Überwindung des neoklassischen Vorbilds vom Menschen als rationales, autonomes und egoistisches (männliches) Individuum (Schmitt et al. 2018), das mit dem Ethos von care-zentrierter Wirtschaft und Gesellschaft und auch der Arbeits-/Lebensrealität von Frauen unvereinbar ist. Die kapitalistische Wirtschaftslogik hat klare Gewinner: Zurzeit profitieren vor allem reiche Männer von der wirtschaftlichen Konzeption und Orientierung am Profit. Sie bestimmen eigennützig die ökonomischen Maßnahmen und Strukturen, von denen wiederum sie am meisten profitieren (Klatzer Interview 2024: 2, 5), während Frauen für die Care-Arbeit zuständig erklärt werden, welche weder gesellschaftlich noch ökonomisch anerkannt und trotzdem angeeignet wird. Dabei basiert Care-Arbeit auf Abhängigkeit und versteht diese als eine menschliche Normalsituation im Gegensatz zur Unabhängigkeit, einer Illusion, die auf männlich hegemonialen Geschlechterbildern basiert (Brückner 2010, Fraser & Gordon 1994).

Eine sozial-ökonomische Care-Wirtschaft muss folgendermaßen profitgetriebene, privatwirtschaftliche Unternehmen, vor allem aber nicht nur im Care-Bereich, den Rücken kehren (Klatzer et al. 2023), um die Bedürfnisse der vielen anstatt der wenigen (Männer) zu befriedigen und eine Kultur des Miteinanders und der Solidarität zu etablieren. Die Vergesellschaftung und Demokratisierung des Care-Bereichs ist hierfür eine wichtige Voraussetzung, die im Kapitel 4.3.3 genauer diskutiert wird. Gabriele Winker macht in diesem Zusammenhang allerdings deutlich, dass eine sozial-ökologische Zukunft schlussendlich nur über die Vergesellschaftung von allen Produktionsmitteln als Langfristziel möglich ist (Winker 2015). Dem Menschenbild des eigennützigen, unabhängigen Homo oeconomicus und seiner gesellschaftlichen Duldung bzw. Belohnung kann durch die Förderung von

¹⁵ Hier sei auch anzumerken, dass ein qualitatives Wachstum von Sektoren, die ein nachhaltiges Leben ermöglichen (d.h. Care-Sektor und Sektoren erneuerbarer Energien), zu begrüßen und nicht mit dem Wachstum der profitorientierten Marktwirtschaft zu verwechseln ist (Dengler & Lang 2022).

gemeinnützigen Wirtschaftsstrukturen und (re-)produktiven Commons entgegengewirkt werden (Dengler & Lang 2022), indem durch diese Formen sozialer Übereinkünfte die kollektive, faire und nachhaltige Nutzung von Gemeinressourcen, Güter und Dienstleistungen ausgehandelt wird (Euler 2018, Haidinger & Knittler 2016, Klatzer Interview 2024: 9f). Aus einem feministischen Blickwinkel sind Commons bzw. Gemeingüter wünschenswert und notwendig, da sie das Potential zu demokratischen und antipatriarchalen Entscheidungsprozessen bieten, von sozialer Infrastruktur (bei bestehenden Einkommens- und Vermögensunterschieden) Frauen profitieren und sie alternative Organisationsformen von Versorgung abseits von Kleinfamilie, Markt und Staat entstehen lassen (Haidinger & Knittler 2016). „Nur über diese Vergesellschaftung lässt sich auch die dem Kapitalismus eingeschriebene Trennung von Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit aufheben zugunsten der gemeinschaftlichen, planvollen Organisation gesellschaftlich notwendiger Arbeit“ (Winker 2015: 171). Durch eine Umstrukturierung im Sinne der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und einer kollektiven Organisation kann die Unterwerfung der Demokratie der Marktwirtschaft abgeschafft und Menschen zu Subjekten politischen Handelns werden, die das Ausmaß, den Inhalt und die Form der gesellschaftlich und für ihre Bedürfnisbefriedigung notwendigen (Care-)Arbeit mitbestimmen. Mit einer Vergesellschaftung der Ökonomie werden zwar heteronormative, rassistische, klassizistische und bodyistische Arbeitsteilungen nicht ad hoc überwunden, doch zusammen mit den in dieser Arbeit vorgestellten Strategien können Schritte in Richtung einer Care-Ökonomie gesetzt werden, die Konkurrenz und Individualismus des aktuellen Wirtschaftsregimes graduell zerlegen und ein gutes Leben für alle ohne Ausschlüsse realisieren (Winker 2015).

Der sozial-ökologische Transformationspfad zu einer vorsorgenden Wirtschaft hat mehrere Zwischenstadien (Klatzer Interview 2024: 3). Während die Überwindung der egoistischen Orientierung am Gewinn durch die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel langfristig zu erzielen gilt, können in einem (noch) kapitalistischen System zukünftig näher umsetzbare Schritte gesetzt werden, um die Bedürfnisse von vielen statt den Gewinnen von wenigen ins Zentrum der Wirtschaft zu stellen. Neoliberalen Laissez-faire Attitüden, Deregulierung und Privatisierungen kann etwa durch staatliches Eingreifen und eine umfassende zivilgesellschaftliche Care-Bewegung für demokratisierte Strukturen entgegengewirkt werden. Dies kann vorerst auch in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem gelingen, indem rechtliche Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, womit aber gleichzeitig kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen nach und nach zurückgedrängt

werden (Klatzer Interview 2024: 10). Auf diese zu setzenden politischen Maßnahmen wird im Laufe der Ergebnisdiskussion (Kapitel 4.2.1) nochmals detaillierter eingegangen.

4.1.2 Wahren Wohlstand sichtbar machen

Elisabeth Klatzer (Interview 2024: 4) und Katharina Mader (Interview 2024: 3f) sind sich einig, dass es für eine Überwindung der konzeptuellen Trennung von Produktion und Reproduktion eine Orientierung am Gemeinwohl bzw. an den Bedürfnissen der Menschen und nicht nur an marktlicher Wertschöpfung braucht. Für diese Reorientierung ist es ausschlaggebend, dass sozial- und ökologisch reproduktive Tätigkeiten als notwendige zentrale Bestandteile des Wirtschaftens inkludiert und sichtbar gemacht werden. Es bedarf einer Überwindung der alleinigen Anerkennung von profitgenerierender Produktivität als ökonomisch erwähnenswert und wertvoll, damit Platz und die damit einhergehende Sichtbarkeit und Anerkennung von (unbezahlten) reproduktiven Arbeiten in der Ökonomie geschaffen werden (Biesecker & Hofmeister 2015).

Wenn die Wirtschaft nicht länger ausschließlich am Produktiven gemessen wird, ergibt sich die Frage, mit welchen Kategorien gearbeitet werden soll, damit Care-Arbeit im Wirtschaftsprozess sichtbar und dadurch zu dessen zentralem Bestandteil aufgewertet wird. Das Sichtbarmachen von Care-Tätigkeiten ist ein grundlegender Anspruch im Übergang zum vorsorgenden Wirtschaften (Mader Interview 2024: 11, Biesecker & Hofmeister 2010) und verlangt somit neue Indikatoren der Sichtbarmachung von wirtschaftlicher Leistung (Mader Interview 2024: 11). Vor allem die Bedeutung von unbezahlt geleisteter Sorgearbeit soll im Wirtschaftsprozess deutlich werden.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist heute eine der dominantesten Kennzahlen für wirtschaftlichen Fortschritt und gilt weltweit als Standardmaß für sozio-ökonomischen Wohlstand im standardisierten System of National Accounts (Kalimeris et al. 2020). Die Kennzahl repräsentiert die gesamtwirtschaftliche Leistung und bezieht sich auf den Gesamtwert der innerhalb einer Zeitperiode und innerhalb der geografischen Grenzen eines Landes produzierten Waren und Dienstleistungen. Das BIP setzt sich aus Waren und Dienstleistungen zusammen, die für den Verkauf auf dem Markt produziert werden (Endprodukte) und umfasst nur einige nicht-marktbestimmte Produktionen, wie z. B. Verteidigungs- oder Bildungsdienstleistungen, die vom Staat bereitgestellt werden (Kalimeris et al. 2020, Cantillon et al. 2023, Callen o.D).

Die Kritik am BIP bzw. seiner Wichtigkeit ist so alt wie das Konstrukt selbst (Cantillon et al. 2023, Waring 1988, Schultheiß Interview 2024: 2). Der Indikator an sich ist vorteilhaft in seiner globalen Umsetzungsbreite und Standardisierung, das Problem ergibt sich vielmehr aus der exzessiven Signifikanzzuschreibung und Gleichstellung mit gesellschaftlichem Wohlstand (Costanza et al. 2009, Cantillon et al. 2023). Das BIP repräsentiert nur einen engen Strang gesellschaftlicher Aktivität und erfasst keine nicht-ökonomischen Aspekte der Lebensqualität, wie etwa Ungleichheiten in der Ressourcen- und Chancenverteilung, ignoriert den Wert unkompensierter wirtschaftlicher Tätigkeiten (d.h. jeglicher unbezahlter Care-Arbeit) sowie die Umweltzerstörung (Waring 1988). Die Gleichstellung des Indikators mit sozialer Prosperität missachtet die vielfältigen und komplexen Dimensionen dieses Wunschzustandes, wenn ausschließlich nach marktbezogenen Aktivitäten gewertet und die Beziehung zwischen dem Individuum und der kollektiven Gesellschaft für soziales Wohlbefinden sowie Nachhaltigkeit ignoriert werden (Cantillon et al. 2023).

„By measuring only marketed economic activity [...], GDP ignores changes in the natural, social, and human components of community capital on which the community relies for continued existence and well-being. As a result, GDP not only fails to measure key aspects of quality of life; in many ways, it encourages activities that are counter to long-term community well-being.“ (Costanza et al. 2009: 9)

Das BIP muss im care-zentrierten Wirtschaften nicht sofort über Bord geworfen werden. Marktwirtschaftliche Tätigkeiten sind immerhin ein wichtiger Faktor für gesellschaftlichen Wohlstand (Schultheiß Interview 2024: 10f), aber – und das ist zentral – auf keinen Fall der einzige. Ökonomische Kategorien sind notwendig, um Komplexität zu reduzieren, aber es muss gleichzeitig deutlich gemacht werden, was sie alles (nicht) repräsentieren (Mader Interview 2024: 5). Im Übergang zu care- und geschlechtergerechtem Wirtschaften müssen andere Wohlstandsindikatoren neben dem BIP an Bedeutung gewinnen, die weiblich-konnotierte reproduktive Arbeiten genauso schätzen wie die als Gegenteil geltende, männlich-gelesene Marktwirtschaft (Praetorius 2015, Biesecker & Hofmeister 2010). Die Überwindung der Trennung zwischen Produktion und Reproduktion kann gelingen, indem ihre Verwobenheit und Aufeinanderbezogenheit durch Indikatoren deutlich gemacht werden, die die Wohlstandsproduktion von Frauen und Natur als ökonomisch wertvoll anerkennen und

sich mit Fragen der gesellschaftlichen Gerechtigkeit auseinandersetzen (Biesecker & Hofmeister 2010). Elisabeth Klatzer wiederholt:

„[E]s gibt viele Tätigkeiten, die gesellschaftlich wichtig und notwendig sind und dazu gehören all die Tätigkeiten und all das, was wir als Menschen zum Leben brauchen, zu schaffen. Also, Teil ist Produzieren, Teil ist aber auch Sorgen, was genauso wichtig ist. Insofern gehört das zusammen.“ (Klatzer Interview 2024: 4)

Zur Klarstellung: es geht nicht um bloße Inklusion unbezahlt geleisteter Arbeit in das BIP oder die monetarisierte Wirtschaft. Die Lohn-für-Hausarbeit Kampagne war für die Frauenbewegung der 1970er Jahre ein wichtiger Schritt, um auf die patriarchalen Machtverhältnisse im Haushalt und die Signifikanz unbezahlter Arbeit für die Wirtschaft aufmerksam zu machen (Sellach 2017, Klatzer Interview 2024: 11). Es ist möglich, mithilfe von Zeitbudgeterhebungen das Ausmaß von unbezahlter (Care-)Arbeit von Frauen in Haushalt und Familie als Teil des volkswirtschaftlichen Wohlstands (verstanden als BIP) sichtbar zu machen (Sellach 2017, Praetorius 2015), doch die Monetarisierung und Kommodifizierung von Care-Arbeit hat aus feministischer Perspektive einige ernstzunehmende Risiken. So wird Care-Arbeit durch eine Bezahlung zwar im aktuellen ökonomischen System sichtbar, die schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhne im weiblich-dominierten, migrantisierten Care-Sektor in der Marktökonomie bleiben dennoch bestehen. Statt einer Aufwertung kommt es in vielen Fällen zu bloßer Inwertsetzung dieser Arbeiten (Dengler & Lang 2022, Dowling 2016) und ändert somit wenig an der Redistribution und dem generellen Verständnis von Care als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe. „Setting a market value on care is useful in order to show how extensive and central part of human life it is. But thinking of care only in market terms also produces some serious distortions in how we think about caring responsibilities in a society as a whole“ (Tronto 2013: 115).

Care-Arbeit als einen zentralen Bestandteil der Wirtschaft anzuerkennen, soll nicht bedeuten, diese Aspekte menschlichen Lebens auf ihren Geldwert zu reduzieren, wovor sich Ökonom:innen auch zu Recht scheuen (Praetorius 2015). Die Bepreisung unbezahlter Care-Arbeit und ihre Miteinberechnung in marktwirtschaftliche Kategorien wie das BIP widerspricht den Grundsätzen von care-zentriertem Wirtschaften hinsichtlich der geforderten

Abwendung von kapitalistischer Profitlogik und dass nur das, was einen Geldwert hat, wirtschaftlich erwähnenswert oder wertvoll ist. Familiäre Care-Arbeit zu entlohnen würde diese noch anfälliger für Leistungskontrollen und Versuche der Effizienzsteigerung machen, die neben der aktuellen Aufforderung zur Selbstoptimierung und omnipräsenten Zeitmangel für alle Care-Beteiligten detrimental wäre. Auch die Bepreisung natürlicher Ressourcen zementiert ihre Dimension als Waren, anstatt sie als Bestandteile einer wertzuschätzenden Biosphäre zu betrachten (Winker 2021). Zusammengefasst: „[A]lles zu monetarisieren und alles unter kapitalistische Verwertungslogik zu bringen, ist der völlig falsche Weg“ (Klatzer Interview 2024: 11).

Es ist nicht zu bestreiten, dass Märkte für den Austausch bestimmter Güter und Dienstleistungen geeignet sind. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass andere Institutionen und Praktiken der Bedürfnisbefriedigung neben Märkten, kalkulierte Tausch und Geld als Teile des Wirtschaftssystems zentral sind. Es geht dabei parallel um das Verlassen der Annahme, Menschen seien nur an ihrer persönlichen Nutzenmaximierung als *homines oeconomici* interessiert (Praetorius 2015) und um die Anerkennung der Wichtigkeit der von Frauen und Natur geleisteter Reproduktionsarbeit für den Wohlstand der Gesellschaft (Biesecker & Hofmeister 2010).

Wenn Wirtschaften als die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse begriffen werden soll, ist das Gleichsetzen der Wirtschaft mit Geldtransaktionen zu überdenken. Es gilt den Teufelskreis zu durchbrechen, in dem der Gegenstand der Ökonomie ausschließlich als das verstanden und sichtbar wird, was sich in Geld ausdrücken lässt, und es folglich keine Bedürfnisbefriedigung geben kann, die sich nicht in Geld ausdrücken lässt. Geld ist nicht das einzige Mittel, Arbeit zu belohnen und sichtbar zu machen – gegenseitige nicht-monetäre Anerkennung, Steuererlässe, bedingungslose Grundversorgung (BGV) bzw. Bereitstellung von Care-Leistungen sind nur einige der möglichen Antworten (Praetorius 2015, Cantillon et al. 2023).

Die Dringlichkeit der Sichtbarmachung und Anerkennung unbezahlter Care-Arbeit im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit wird als Teil des Sustainable Development Goal (SDG) 5.4 unterstrichen, indem Länder die „[u]nbezahlte Pflege- und Hausarbeit durch die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen, Sozialschutzmaßnahmen und die Förderung geteilter Verantwortung innerhalb des Haushalts und der Familie entsprechend den nationalen Gegebenheiten anerkennen und wertschätzen“ (Statistisches Bundesamt o.D.) sollen. Global

sind Länder unterschiedlich weit in der Nationalisierung und der Bewertung ihrer Kapazitäten für die Erstellung und Verwendung der Statistiken, die für die Überwachung der Fortschritte und für eine geschlechtergerechte Prioritätensetzung im Bereich der SDGs erforderlich sind. Vor allem geschlechtsspezifische Daten sowie ein besseres Verständnis von intersektionalen Ungleichheitsdynamiken entlang von Alter, Klasse, *Race*, Ethnizität, Sexualität, (Dis-)Ability oder Migrationsstatus sind dafür notwendig (Cantillon et al. 2023) und somit Voraussetzungen für neue Kategorien der Sichtbarmachung.

Um neben marktbasierten Aktivitäten vor allem unbezahlte Care-Tätigkeiten als Teil des Wirtschaftsprozesses anzuerkennen, müssen sie als Teilindikator für die menschliche Bedürfnisbefriedigung und gesellschaftlichen Wohlstand konzipiert werden. Mit dem BIP als einzig gültigem Wohlstandsindikator ist das nicht möglich. Über die Jahre sind einige Alternativvorschläge zum BIP erarbeitet worden, die die Lücken des Indikators zu füllen versuchen. Vor allem die Erschöpfung des sozialen Kapitals und der natürlichen Ressourcen aus Rücksicht gegenüber zukünftigen Generationen wird im Kontext der Tatsache adressiert, dass ökonomisches Wachstum nicht automatisch mit einem erhöhten Wohlbefinden einhergeht. Außerdem blendet das BIP die tatsächliche Wohlstandsverteilung aus (Costanza et al. 2009). Wichtig anzumerken ist, dass es keinen Konsens gibt, was gesellschaftlichen Wohlstand genau ausmacht und wie dieser zu messen ist (Cantillon et al. 2023). Feministische Ansätze sind aber notwendig, um im Übergang zu care-zentriertem Wirtschaften die Geschlechterblindheit und Naturvergessenheit des BIP durch umfassende geschlechter- und umweltsensible Wohlstandsindikatoren zu ersetzen.

Es gibt drei Möglichkeiten, alternative Wohlstandsindikatoren zum BIP zu erfassen: 1. als Erweiterung/Korrektur des BIP; 2. als Zusammenstellung von Indizes, die häufig das BIP als eine ihrer Variablen verwenden; und 3. in Form eines Indikatorenbündels, das verschiedene Indikatoren für die Lebensqualität oder Maßnahmen zur Messung des Wohlstands auf nationaler Ebene enthält (Costanza et al. 2009, Cantillon et al. 2023). Bei jedem dieser Ansätze wird versucht, einkommens- und nicht-einkommensspezifische Variablen wie Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate, Umweltindikatoren oder Maße für Ungleichheit zu berücksichtigen. Die Einbeziehung dieser Variablen ermöglicht ein Maß für die Lebensqualität, das über das enge Korsett des BIP hinausgeht (Cantillon et al. 2023).¹⁶

¹⁶ Eine detaillierte Diskussion der alternativen Wohlstandsindikatoren würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, kann allerdings bei Costanza et al. (2009) oder Cantillon et al. (2023) nachgelesen werden.

Ein zentraler Nachteil besteht darin, dass die alternativen Indikatoren nicht mit der ähnlichen Form und dem breiten Spektrum von Instrumenten zur politischen Entscheidungsfindung und Prognosemodellen verknüpft sind, die seit der Schaffung des BIP zusammen mit den anderen eng verwandten Statistiken des SNA entstanden sind und entwickelt wurden. Generell ist der Kernpunkt des Scheiterns von Alternativen zum BIP, dass es sich nicht um eine kohärente Gemeinschaft handelt und die Strategien nicht institutionalisiert sind (Hoekstra 2019).

Diese Herausforderungen sind aber nicht unlösbar. Standardisierung und Institutionalisierung wurden bei der Einführung vom BIP immerhin auch gemeistert. Änderungen sind möglich, wenn sich die Politik und die Bevölkerung für eine vorsorgende Wirtschaft und für ein kooperatives und gutes Leben stark machen. Ein optimistisches Beispiel für nationale Umsetzung einer neuen wirtschaftlichen Ausrichtung anhand alternativer Wohlstandsindikatoren bietet Neuseeland, wo 2019 ein Wohlfahrtsbudget eingeführt wurde auf der Basis von alternativen Indikatoren, die zusammen mit Instrumenten wie der sozialen Kosten-Nutzen-Analyse erstellt wurden und es der Regierung ermöglichen, diese Indikatoren für die Zuweisung von Haushaltsmitteln und die Festlegung von Prioritäten zu nutzen (Cantillon et al. 2023, Minstrom 2019).

Die Umstellung ist also möglich und kann in Österreich z.B. mithilfe des AK Wohlstandsindikatorensatzes, der die Entwicklung gesellschaftlichen Wohlergehens in Österreich anhand von fünf Zielen (fair verteilter materieller Wohlstand, Vollbeschäftigung und gute Arbeit, Lebensqualität, intakte Umwelt und ökonomische Stabilität) misst (Arbeiterkammer 2023, Schultheiß Interview 2024: 3), oder mithilfe neu zusammengesetzter, care-zentrierter Wohlstandsindikatoren gelingen, damit die signifikante Rolle von Care-Arbeit endlich wertgeschätzt wird und Produktion und Reproduktion nicht länger als getrennte Wirtschaftssphären betrachtet werden. Die AK Wohlstandsindikatoren zeigen, dass unbezahlte Tätigkeiten nicht notwendigerweise bepreist werden müssen, um wirtschaftlich sichtbar und in die Evaluierung des ökonomischen Fortschritts inkludiert zu werden. Jana Schultheiß empfindet die Entwicklung zum vorsorgenden Wirtschaften in Österreich zwar nicht als sehr positiv, doch die Orientierung der Wirtschaft am BIP sei immerhin etwas schwächer als in der Vergangenheit (Schultheiß Interview 2024: 8), was das Wirtschaftswachstum als Maxime der Ökonomie entkräftet und das Potential für eine

schrittweise Umorientierung der Wirtschaft hin zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung stärkt (Praetorius 2015).

Nichtsdestotrotz sei hier angemerkt, dass sich Ausbeutungs-, Machts- und Abhängigkeitsstrukturen aufgrund ihrer Komplexität nicht mittels Zahlen zu einfachen Fakten reduzieren lassen und relevante Lebensverhältnisse für viele (vor allem weibliche) Care-Arbeitende nicht durch Zahlen adäquat erfassbar sind. Empirische Belege für bestehende Ungleichheiten sind zwar für ihre Sichtbarkeit essentiell, schaffen aber wenig Veränderung ohne eine dazugehörige soziale Bewegung und Politik (Haidinger & Knittler 2016, Schultheiß Interview 2024: 5). Die Ansprüche Vorsorgenden Wirtschaftens hinsichtlich Vorsorge, Kooperation und der Orientierung am für das Gute Leben Notwendigen müssen politisch gefordert und verankert werden, um den Übergang zum care-zentrierten Wirtschaften zu ermöglichen. Deshalb wird im nächsten Abschnitt die zentrale Rolle neuer care-zentrierter politischer Handlungsziele diskutiert, die alternative Strukturen des Miteinander-Wirtschaftens prägen und vice versa.

4.2 Politische Handlungsspielräume

Die Umsetzung des care-zentrierten Wirtschaftens hängt stark von der politischen Kraft ab, die diese antreibt. Zum Zeitpunkt der Forschung ist diese in Österreich allerdings weder top-down, noch bottom-up großflächig spürbar (Mader Interview 2024: 16, Staflinger Interview 2024: 16f, Klatzer Interview 2024: 6f, Schultheiß Interview 2024: 8). Dabei braucht eine care-basierte Wirtschaft unbedingt eine care-basierte Demokratie. Politikwissenschaftlerin Joan Tronto skizziert die Idee einer demokratischen Politik, die sich auf die Zuweisung von (Für-)Sorge konzentriert und sicherstellt, dass die demokratischen Bürger:innen so gut wie möglich in der Lage sind, an dieser Zuweisung teilzunehmen (Tronto 2013). Aus dieser Perspektive braucht das demokratische Politiksystem die ständige (Für-)Sorge seiner Bürger:innen, welche sich umgekehrt auf die staatliche (Für-)Sorge verlassen (verstanden als Schaffung von Rahmenbedingungen, die es ihnen gewährleisten, gut für sich und andere zu sorgen) (Appel & Prainsack 2024). Im Folgenden wird zuerst auf erforderliche Änderungen in der Wirkungsrichtung seitens der Regierung eingegangen, die notwendigerweise vom folglich diskutierten Bewegungsaufbau der Zivilbevölkerung begleitet werden müssen, um eine solche care-basierte Demokratie zu schaffen.

4.2.1 Care-zentrierte Regierungspolitik

Die Abwendung von profitorientierter Wirtschaft muss von einer neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Prioritätensetzung und vorsorgenden Maßnahmen begleitet werden, die sich an Prinzipien der care-zentrierten Ökonomie orientieren (Klatzer Interview 2024: 15) und die Krisen sozialer und natürlicher Reproduktion bewältigen und schlussendlich auch zukünftig verhindern (Winker 2021). Ein zentrales Hindernis hierfür ist die mangelnde Priorität hinsichtlich einer care-zentrierten Lebensweise in Österreich seitens politischer Parteien und Entscheidungsträger:innen (Mader Interview 2024: 16, Staflinger Interview 2024: 16, Klatzer Interview 2024: 6f). Im Folgenden wird auf zwei Handlungsstrategien eingegangen, die das Potential haben, die etablierten Machtverhältnisse des Wirtschafts- und Sozialsystems durch neue Prioritäten in der staatlichen Ausgaben- und Einnahmenpolitik aufzubrechen.

4.2.1.1 Neue Prioritäten für öffentliche Ausgaben

Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist die bereits erwähnte Ausrichtung an gewinnorientierter Wirtschaft ein hindernder Faktor, der soziale Ungleichheiten reproduziert und verfestigt. Die Frage der aktuellen politischen Prioritäten und der daraus resultierenden Finanzierung ist somit ausschlaggebend. Um von profitorientierten Unternehmensstrukturen und etablierter Konzernpolitik wegzukommen, sollten diese nicht länger staatlich gefördert werden. Diese Förderungen fließen mitunter 1:1 in die Gewinne ein, von denen großteils nur Männer profitieren (Klatzer Interview 2024: 15), während Frauen als schlecht oder unbezahlte Arbeitskräfte benachteiligt werden. Dies hat sich besonders deutlich während der Covid-19-Pandemie gezeigt, wo es zu teilweisen Doppel- oder Überförderungen von Unternehmen kam, während Care-Arbeiter:innen trotz ihrer hervorgehobenen Systemrelevanz erleben mussten, dass weder wesentliche Verbesserungen ihrer Arbeitssituation gesetzt wurden, noch Care-Arbeit ausreichend gefördert wurde. Im Gegenteil, Care musste eine Nicht- oder Unterförderungen erleben (Appel & Prainsack 2024, Klatzer Interview 2024: 7). Anstatt die Finanzierung einer kooperativen Versorgung und den Bestand einer intakten Umwelt politisch zu priorisieren werden gewinnorientierte und umweltzerstörende Unternehmensformen und das Militär überfinanziert (Klatzer Interview 2024: 7), die keinen Beitrag zu einer fürsorglichen und umweltfreundlichen Gesellschaft leisten.

Diese Ungleichheit in der Priorität öffentlicher Ausgaben und deren Nützlichkeit für die Bevölkerung lässt sich durch eine fehlende starke Lobby für den Einsatz von Steuergeldern zur Stabilisierung der Selbsterhaltungsfähigkeit von Menschen anstatt dem Bestand von

Unternehmen zurückführen. Die Vertreter:innen der als unproduktiv geltenden Wirtschaftsbereiche haben mit einer geringeren Marktposition kein vergleichbares kulturelles Kapital oder die Kenntnis, selbstbewusst aufzutreten und ihre Forderungen durchzubringen wie diejenigen der produktiven Bereiche (Appel & Prainsack 2024).

Margit Appel und Barbara Prainsack (2024) sehen die Sektoren-Konkurrenz als ein deutliches Hindernis einer geschlechtergerechten und nachhaltigen Vorsorgegesellschaft. Die Sektoren-Konkurrenz beruht auf den von Mascha Madörin (2011) thematisierten auseinanderdriftenden Produktivitäten und bezieht sich auf die Privilegierung des export-orientierten produzierenden Sektors mit starker Marktposition bei der Verteilung von Steuergeld im Vergleich zum öffentlichen Sektor, der in traditioneller ökonomischer Betrachtungsweise durch Ausgaben für Pflege, Bildung, Wohnen Pensionen oder Grundsicherung nur geringe bzw. keine volkswirtschaftliche Erträge verzeichnet (Appel & Prainsack 2024). Das Problem der künstlichen Trennung des vermeintlich Produktiven und Reproduktiven wird durch die Kostenkrankheit (Baumol 1967) der als reproduktiv geltenden Bereiche also verstärkt.

Wenn die Krisen des Reproduktiven (Biesecker 2011) und die Dauerüberlastung von Care-Tätigen überwunden werden sollen, was von Politiker:innen und anderen Entscheidungsträger:innen immer wieder als wichtig anerkannt wird, darf Sozialstaatlichkeit nicht nach ökonomischer Investitionslogik geleitet werden oder sich orthodox-ökonomischen Wachstumskonzepten bedienen. Sozialinvestive Wohlfahrtsstaatspolitik, die öffentliche Ausgaben anhand von zukünftigen zu erwarteten (Wachstums-)Gewinnen durch erweitertes Humankapital bewertet und priorisiert, ist vom kapitalistischen Wachstumsdenken durchtränkt und beschäftigt sich allererst mit der höchstmöglichen Tauglichkeit der Bürger:innen für den marktwirtschaftlichen Wettbewerb und den Arbeitsmarkt anstatt mit sozialem Schutz, Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit (Steigler & Schönwälder-Kuntze 2017, Nolan 2013, Appel & Prainsack 2024). Obwohl Investitionen in den Sozialstaat für alle Care-Beteiligten die bessere Option wäre als austeritätspolitische Maßnahmen, ist die Zweckrationalität und Gewinnorientierung dieses Denkens zu hinterfragen und durchaus zu kritisieren. Anstatt in potentielle Gewinnerzeuger:innen zu investieren, sollte der Sozialstaat danach ausgerichtet sein, ein würdevolles Leben für alle Mitglieder zu ermöglichen (Steigler & Schönwälder-Kuntze 2017).

Das Budget einer Regierung spiegelt ihre politischen Prioritäten wider und bietet deshalb einen idealen Ansatzpunkt zur Festlegung von gesellschaftlichen Zielen (Premrov 2022). Aktuell liegt die politische Priorität bei der Sicherung des Bestandes von Unternehmen durch Steuergelder, während sich für den „Einsatz von Steuergeld zur Stabilisierung der Selbsterhaltungsfähigkeit von Menschen [...] keine ausreichend starke Lobby“ (Appel & Prainsack 2024: 54) findet. Auf dem Weg zu einer vorsorgenden Wirtschaft müssen normative Grundlagen bei der Gestaltung öffentlicher Budgets ausgehandelt werden, die sich an geschlechtergerechten und nachhaltigen Leitprinzipien im Sinne einer Überwindung neoliberaler, patriarchaler, klassizistischer, rassistischer und kolonialistischer Strukturen orientieren. Fair sorgen! Wirtschaften für's Leben und Femme Fiscal haben ein feministisches Konjunkturpaket zusammengestellt, das als Antwort auf die österreichische Corona-Krisenpolitik 12 Milliarden Euro in Form eines Zukunfts- und Bildungspakets, eines Pflegepakets und eines Solidaritäts- und Lebensrettungspakets fordert und als Referenzrahmen für geschlechtergerechte und nachhaltige Ausgabenpolitik dienen kann/soll. Hingewiesen wird hier explizit darauf, dass „Krisenpolitik [...] im Wesentlichen eine Politik von Männern für Männer [ist] und [...] die Geschlechterverhältnisse [ignoriert]“ (fair sorgen! Wirtschaften fürs Leben 2021: o.S.).

Die geschlechtsspezifische Diskrepanz in der Wirkungsweise staatlicher Maßnahmen, wie sie vor allem zu Pandemiezeiten deutlich zu spüren war, kann neben der Priorisierung gewinnbringender Unternehmen auch als ein Resultat staatlicher Nichtbeachtung bzw. Ignoranz gegenüber den Unterschieden zwischen den Geschlechtern in ihren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen (auch wechselwirkend mit sozialen Kategorien wie Klasse, Herkunft, *Race*, Alter oder Sexualität) verstanden werden. Die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive im Sinne eines Gender Budgetings kann geschlechtergerechtes und nachhaltiges Wirtschaften ankurbeln, in dem die Bedürfnisse von Frauen als Sorgende in öffentlicher Budgetplanung gleich starkes Gewicht bekommen wie jene der Männer (Rubin & Bartle 2023). Gender Budgeting kann als ein care-zentriertes Wirtschaftstool dienen im Sinne der gerechten Verteilung von öffentlichen Ressourcen, sodass die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebensrealitäten von Frauen, Männern und anderen Geschlechtern (auch im Hinblick auf intersektionale Ungleichheiten) berücksichtigt und somit auch (re)produktive Arbeiten gleichermaßen mitbedacht und dadurch aufgewertet werden. In Österreich ist Gender Budgeting zwar bereits seit über zehn Jahren in der Bundesverfassung unter Artikel 13, Absatz drei verankert und muss in allen Bereichen öffentlicher Verwaltung verpflichtend

umgesetzt werden (Bundeskanzleramt 2023), doch bislang werde das Potential zu wenig genutzt (Schultheiß Interview 2024: 14) und vermisst intersektionale Ansätze.

Ähnlich sieht es mit dem SDG Budgeting aus, das die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in der Budgeterstellung und im allgemeinen Politikprozess berücksichtigen soll. Grundsätzlich könnte SDG Budgeting eingesetzt werden, um Care im Budgetprozess zu verankern und wohlstandsorientierte Bereiche wie die Armutsbekämpfung, gute Ausbildung und gute Arbeit, Gesundheit oder Umweltschutz in den Mittelpunkt zu stellen (Premrov 2022) – wobei zu kritisieren ist, dass Wirtschaftswachstum als eines der nachhaltigen Entwicklungsvorhaben als Ziel 8 verankert wurde (SDG Watch Austria, o.D.), obwohl das kapitalistische Akkumulationsregime für die nachhaltige Bedürfnisbefriedigung der Menschen nicht geeignet ist (Winker 2021). In Österreich wurde SDG Budgeting im Budgetplan des Bundes 2021 eingeführt, erfolgt allerdings freiwillig und ist nicht gesetzlich bindend, was sein Transformationspotential einschränkt (Premrov 2022). Tamara Premrov (2022) schreibt in ihrer Analyse, dass die SDGs trotz des wohlstandsorientierten Budgetansatzes zu wenig Priorität erhalten, da sie bereits bestehenden budgetären Wirkungszielen zu- oder untergeordnet werden anstatt sie als eigenständige Ziele im Staatsbudget zu verankern und somit lediglich beurteilt wird, auf welche Entwicklungsziele sich die Budget-Wirkungsziele beziehen. Jana Schultheiß kritisiert ebenso das unausgeschöpfte Potential des Instrumentes und fordert statt einer schieren Überwachung von Einnahmen und Ausgaben eine kontinuierliche Evaluation der Abweichungen von den zu erreichenden Gleichstellungs- bzw. Wohlstandszielen (evaluiert anhand care-zentrierter Wohlstandsindikatoren, siehe Kapitel 4.1.2) und notwendiger Anpassung des Budgets, um diese tatsächlich zu erreichen (Schultheiß Interview 2024: 23).

Spezifisch in Österreich wird in diesem Zusammenhang der österreichische Föderalismus als ein Hindernis empfunden, „weil da das Einfallstor für Finanzialisierung von Care und unzureichende Standards für Care-Leistungen viel größer ist“ (Klatzer Interview 2024: 15). Demnach sollen österreichweite Standards, Vorgaben und Qualitätsanforderungen gesetzlich verankert werden, anstatt den Bundesländern die Kompetenz zu überlassen (ebd: 15). Auf der anderen Seite darf für die Umsetzung einer vorsorgenden Wirtschaft der EU-Handelsspielraum nicht vergessen werden. Elisabeth Klatzer spricht sich für ein tiefgründiges Umdenken auf der EU-Ebene aus und fordert ein Verankern von gemeinnützigem Wirtschaften in der Logik der Europäischen Union, sodass die Förderung

von guter Versorgung anstatt von lukrativen Investitionsmöglichkeiten im Vordergrund steht (Klatzer Interview 2024: 10). Wie Brian Nolan (2013) verdeutlicht, hat sich der Sprachgebrauch von Sozialinvestitionen seit der Lissabon-Strategie 2000 in der Europäischen Union verfestigt. Elena Zacharenko und Anna Elomäki (2022) machen darauf aufmerksam, dass die EU keine holistische Perspektive auf Care verankert hat und die Care-bezogenen Politikbereiche (Wirtschafts-, Sozial- und Geschlechterpolitik) jeweils unterschiedliche Konzeptionen von Care und somit teils widersprüchliche Lösungsvorschlägen für die Care-Krise propagieren, wobei (neoliberale) wirtschaftspolitische Ansätze in der EU den sozial- und geschlechterpolitischen hierarchisch übergeordnet sind und somit care-zentrierte Strategien für die Bewältigung der Care-Krise verhindern. Obwohl eine breite Diskussion der EU-Ebene das Ausmaß dieser Arbeit sprengen würde, ist dieser Rahmen notwendig mitzudenken, da die Europäische Union kapitalistisches Wirtschaften vorantreibt und fördert (Klatzer Interview 2024: 10) – mit ihren Budgetplänen jedoch die Wirtschaftsweise der Mitgliedsländer in eine vorsorgende(-re) und gemeinwohlorientierte(-re) Richtung lenken könnte.

Wenn sich Politiker:innen tatsächlich mit den Bedürfnissen von Care-Agent:innen auseinandersetzen und die Marktökonomie der Care-Ökonomie nicht länger priorisieren, wird das zu Gerechtigkeit auf zumindest zwei Ebenen führen: erstens intragenerational, indem die Bedürfnisse von Frauen derjenigen der Männer nicht länger unterordnet werden und allen Geschlechtern gleicher Zugang zu und gleiche Verfügungsmöglichkeiten über Ressourcen wie Zeit, Einkommen, Bildung, Gestaltungsmacht und Raum gewährleistet werden; und zweitens intergenerational, wobei auf künftige Generationen und die natürliche (Re)Produktionssphäre durch nachhaltiges Wirtschaften Rücksicht genommen wird (Biesecker & Hofmeister 2015).

Um schlussendlich die Dichotomie zwischen produktiven und reproduktiven Wirtschaftsbereichen zu überwinden, soll die gewinnorientierte, monetarisierte Produktionssphäre nicht länger öffentlich gefördert werden und stattdessen in gemeinwohlorientierte, solidarische, nachhaltige und demokratisierte Strukturen investiert werden, von denen alle Gesellschaftsmitglieder profitieren (Klatzer Interview 2024: 15, Mader Interview 2024: 12, Dengler & Lang 2022). Durch die politische Reorientierung und neue Prioritätensetzung basierend auf Vorsorge, Kooperation und der Orientierung am für das gute Leben Notwendigen würden die Anliegen von Frauen und der Natur nicht länger im Schatten der Wünsche der männerdominierten, geldgetriebenen Marktökonomie untergehen,

wodurch neue Arten des Miteinander-Wirtschaftens und der Daseinsvorsorge ermöglicht werden. Diese können und sollten als genossenschaftliche oder gemeinnützige Unternehmensformen abseits der monetarisierten Ökonomie realisiert werden, neben einer breitgefächerten Bereitstellung und Förderung öffentlicher Care-Angebote und wohlstandsorientierten Dienstleistungen (Klatzer Interview 2024: 15, Dengler & Lang 2022).

Elisabeth Klatzer versichert, dass ein an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiertes, solidarisches Care-System bereits heute finanziert werden könnte, wenn die Prioritäten richtig gesetzt werden. „Eine Transformation zu einem care-zentrierten, fair sorgenden Wirtschaften kann öffentlich finanziert werden. Die Frage ist jetzt und auch in Zukunft: Was sind die politischen Prioritäten und was wird finanziert?“ (Klatzer Interview 2024: 7). Abgesehen von der Notwendigkeit neuer politischer Prioritäten, die sich an der Bedürfnisbefriedigung der gesamten Bevölkerung statt am Gewinn weniger orientieren, muss über die Finanzierungsquellen dieser Infrastruktur der Bedürfnisbefriedigung gesprochen werden.

4.2.1.2 Solidarische Einnahmenpolitik für die Finanzierung einer vorsorgenden Gesellschaft

Nicht nur bei den öffentlichen Ausgaben bedarf es neuer Prioritäten, sondern auch die Einnahmequellen des Staates müssen auf dem Weg zu einer vorsorgenden Wirtschaft revidiert werden, um die Privilegierung des produktiven Sektors zu beenden und bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse durch eine sozial-ökologische Care-Transformation aufzubrechen. Bevor die zu schaffende, care-zentrierte Sozialinfrastruktur genauer erläutert wird, wird im folgenden Unterkapitel ihre Finanzierungsmöglichkeit durch eine reformierte Einnahmenpolitik diskutiert. Der enorme Finanzierungsaufwand für solidarische, nachhaltige und kooperative Formen von Care-Arbeit muss ernst genommen und darf nicht unterschätzt werden (Saave 2023). Es ist klar, dass der österreichische Staat einiges an Geldern zur Verfügung stellen muss, um die Krisen des Reproduktiven (Biesecker 2011) zu überwinden und eine solidarische und nachhaltige Infrastruktur zu errichten. Es stellt sich die Frage, über welchen Weg die zusätzlichen finanziellen Mittel am sinnvollsten sichergestellt werden können, um die bestehenden patriarchalen, kolonialen und umweltzerstörenden Machtstrukturen der staatlichen Finanzpolitik zu kippen.

Aus den Expertinneninterviews ergibt sich, dass die Care-Abgabe als ein care-politisches Instrument für die Finanzierung von qualitativer Fürsorgearbeit eher nachrangig ist. Zur Erinnerung: Die Care-Abgabe hat als Ziel, durch die verbesserte Finanzierung die Probleme der Care-Krise zu bekämpfen, indem analog zur Ökosteuer profitgenerierende Unternehmen mit hoher Produktivität besteuert und die neu geschaffenen Mittel in den aus kapitalistischer Sicht wenig produktiven Care-Sektor umgeleitet werden. Externe (schädliche) Effekte sollen demnach in den Wirtschaftsprozess internalisiert werden (Saave 2019, 2023).

Jana Schultheiß begrüßt zwar den Beitrag zum Care-Diskurs und die Hervorhebung der Wichtigkeit reproduktiver Arbeiten, auch in ihrer Konzeptualisierung als Basis von produktiven Arbeiten, doch sieht Gefahr in der Schaffung von Abgaben für einzelne Sozial- und Wirtschaftsbereiche, die dann womöglich gegeneinander ausgespielt werden könnten. Sinnvoller wäre es aus ökonomischer Sicht, alle Steuereinnahmen in einem Topf zu sammeln, mit denen dann ein solidarisches Care-Regime finanziert werden könnte (Schultheiß Interview 2024: 11). Es stellt sich ebenso die Frage, was passiert, wenn die Einnahmen durch die Care-Abgabe in einem Jahr niedriger wären als im anderen, und wie sich das folglich auf den zu finanzierenden Care-Sektor auswirken würde (ebd: 10).

Anstatt eine neue Care-Abgabe zu etablieren, die nur Unternehmen betrifft, fordern die Expertinnen ein faires Besteuerungssystem in seiner Gesamtheit, die bestehende Gesellschaftshierarchien aufbricht und mit den Prinzipien des Vorsorgenden Wirtschaftens harmonisiert (Schultheiß Interview 2024: 13, Klatzer Interview 2024: 8). Jana Schultheiß lehnt die Ausgabenbindung einer Care-Abgabe ab mit der Befürchtung der Etablierung einzelner Abgaben für jeden Gesellschaftsbereich. Stattdessen spricht sie sich für eine Rücknahme bzw. Erhöhung der Körperschaftsteuer aus, die in Österreich in den letzten Jahren kontinuierlich auf schlussendlich 23 Prozent gesenkt wurde (Schultheiß Interview 2024: 13f, Unternehmensservice Portal 2024).

Neben einer erhöhten Steuer auf Unternehmensgewinne ist eine progressive Besteuerung von Vermögen eine weitere zentrale Maßnahme für eine solidarische Care-Gesellschaft (Klatzer Interview 2024: 8, Schultheiß Interview 2024: 13, Mader Interview 2024: 9). Vermögen zu besteuern ist eine der progressivsten Formen der Besteuerung und wird vor allem von ideologisch links Orientierten als ein wichtiges Werkzeug für Verteilungsgerechtigkeit gesehen (Elsässer et al. 2023). Vermögen wirken negativ auf den sozialen Zusammenhalt und die Funktionsfähigkeit einer Demokratie. Vermögende Menschen kapern wichtige

Gesellschaftsbereiche, wie etwa Medien (Klatzer Interview 2024: 8), und verhindern dank starker politischer Interessenvertretung eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Wohlstand durch die Mitbestimmung von sozialstaatlichen Regelungen, von denen schlussendlich sie am meisten profitieren (Appel & Prainsack 2024).

Vermögen ist sehr geschlechts- und *rac*espezifisch zentriert, die ungerechte Konzentration ist ein Resultat von kolonialistischen und patriarchalen Machtstrukturen. Männer profitieren von der unbezahlt verrichteten Care-Arbeit von Frauen und werden durch Erwerbstätigkeit, Investitionen und Erbschaften immer reicher, ohne das Vermögen zu teilen (Stewart 2022). Global besitzen Männer im Jahr 2024 um 105 Trillionen US Dollar mehr als Frauen. Reiche Menschen werden auch nicht zur Kasse gebeten, wenn es um die Wiedergutmachung der umweltbedingten Schäden kommt, die sie durch ihren Lebensstil verursachen, obwohl das reichste Prozent der Weltbevölkerung gleich viel Verschmutzung durch Kohlenstoff verursacht wie die ärmsten zwei Drittel (Oxfam 2024).

Die Bedeutung von Erbschaften wird im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts im Gegensatz zu Einkommen für die Wohlstandsgenerierung immer wichtiger. Durch die hohe Vermögenskonzentration verstoßen sie allerdings gegen das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit einer Gesellschaft. Vermögensungleichheit ist eine zentrale Eigenschaft des Kapitalismus geworden, da der individuelle Wohlstand eher durch die Fähigkeit zu erben definiert wird als von der Fähigkeit zu verdienen (Piketty 2013) und Staaten ihre Fähigkeit, individuelles Reichtum durch Steuern zu verteilen, aufgrund von neoliberaler Hegemonie nicht nutzen (wollen) (Appel & Prainsack 2024).

Das Vermögen in Österreich ist im internationalen Vergleich sehr ungerecht verteilt, das oberste Prozent der Bevölkerung besitzt rund 39 Prozent des gesamten Vermögens (Heck et al. 2020, ECO Austria 2023). Vermögensbezogene Steuern sind in Österreich dennoch sehr niedrig und liegen mit 1,5 Prozent weit unter dem OECD-Durchschnitt von 5,6 Prozent (OECD 2018). Obwohl in den letzten Jahren einige Stimmen für eine Wiedereinführung der Vermögens- und Erbschaftssteuer¹⁷ als Maßnahme gegen die hohe Kapitalkonzentration und Demokratiegefährdung laut wurden (Arbeiterkammer Wien o.D. b, OECD 2021a, Piketty 2013), ist die politische Unterstützung für eine Erbschaftssteuer, die ohnehin nur wenige

¹⁷ Die Vermögenssteuer wurde in Österreich in den 1990er-Jahren abgeschafft (Arbeiterkammer Wien o.D. b), die Erbschaftssteuer gibt es seit 2008 nicht mehr (OECD 2021b).

treffen würde, grundsätzlich eher gering (Fessler & Schürz 2020). Die Wiedereinführung einer Vermögens- und Erbschaftssteuer in Österreich kam erst beim Nationalratswahlkampf 2024 durch die Forderungen des SPÖ-Kandidaten Andreas Babler wieder ins Zentrum politischer Debatten (SPÖ o.D.), die tatsächliche Umsetzung in der kommenden Regierungsperiode bleibt aufgrund einer potentiellen Koalition zwischen FPÖ und ÖVP eher fragwürdig.

Katharina Mader sieht hier die Stärkung des gesellschaftlichen Vertrauens in den Staat als besonders relevant für die Änderung von dominierenden neoliberalen Einstellungen, damit Steuern nicht als ein individueller Verlust, sondern als gesellschaftlicher Gewinn betrachtet werden (Mader Interview 2024: 9) und der Staat seiner demokratischen Aufgabe bei der Schaffung der (Für-)Sorge-Rahmenbedingungen nachkommen kann (Tronto 2013, Appel & Prainsack 2024). Ein gesellschaftlicher Wertewandel wird auch notwendig sein, um individualistisches, risikobereites Finanzverhalten von (reichen) Männern (Kornhauser 2011) nicht mehr durch niedrige Steuern zu belohnen bzw. zu fördern, sondern in eine solidarische bzw. kommunitaristische Richtung zu lenken, von der alle profitieren.

Eine Bewusstseinsbildung hinsichtlich der gesellschaftlichen Vorteile von Steuern wird ebenso relevant sein wie die Auseinandersetzung mit der Behauptung, eine höhere Besteuerung reicher Menschen und Unternehmen bringe sie zum Auswandern aus Österreich (Saave 2023) – ein Argument, das mehrfach widerlegt werden kann. Auch bei höheren Körperschaftssteuern sind Unternehmen nicht ausgewandert, der Sozialstaat und die Abwesenheit von sozialen Unruhen machen Österreich dennoch zu einem guten Unternehmensstandort (Schultheiß Interview 2024: 13). Dieser Logik nach würden sich im Umkehrschluss auch alle Unternehmen in Österreich als aktuell eines der Länder mit den niedrigsten Steuern auf Unternehmensgewinne ansiedeln – was auch nicht der Fall ist (Mader Interview 2024: 10).

Es ist klar, dass bei der Errichtung einer care-zentrierten Infrastruktur und der Förderung von nachhaltigem Wirtschaften einiges an öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden muss. Wie die Aussagen der Expertinneninterviews zeigen, „ist genug Geld da“ (Klatzer Interview 2024: 7), es muss nur durch neue Prioritäten und ein Steuersystem, das auf Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet ist, umverteilt werden, um die diskriminierenden und umweltzerstörenden Dynamiken des Kapitalismus zu sprengen.

„Finanzierbarkeit ist immer eine Frage des politischen Willens“ (Appel & Prainsack 2024: 134). Vor allem in Post-Wachstums-Wohlfahrtsstaaten ist Verteilungsgerechtigkeit eine zentrale Kondition für die Funktionsfähigkeit und Stabilität einer nachhaltigen Gesellschaft (Daly & Farley 2011). Die notwendige Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen kann durch die individuelle Besteuerung reicher Menschen, eine Erhöhung von Unternehmenssteuern, Finanztransaktionssteuern sowie Zins-, Miet- und Pachteinkünftesteuern erfolgen (Winker 2021, Mader Interview 2024: , 9f, Klatzer Interview 2024: 8, Schultheiß Interview 2024: 13). Die Care-Abgabe bleibt trotz ihrem Beitrag zur Sichtbarkeit der Care-Debatte vorerst weniger relevant (Schultheiß Interview 2024: 9f, Klatzer Interview 2024: 7f). Anstatt die Steuertöpfe durch regressive Steuern auf Einkommen und Konsum zu füllen, die vor allem Menschen mit geringem Einkommen und Frauen treffen aufgrund der Notwendigkeit, ihre Arbeitskraft für (niedrigen) Lohn zu verkaufen anstatt von Vermögen und Erbschaften zu leben (Oxfam 2024), sollen politische Entscheidungsträger:innen im Sinne der Steuer-, Verteilungs- und Geschlechtergerechtigkeit die bisherigen Profiteure des Kapitalismus dazu bringen, ihr Reichtum für das menschliche Wohlergehen und die Finanzierung einer care-zentrierten, solidarischen Gesellschaft zu teilen.

Im Übergang zum care-zentrierten Wirtschaften spielt der Staat als Gestalter von (gesetzlichen) Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle für vorsorgendes, kooperatives und nachhaltiges Handeln der Bevölkerung. Immerhin hat der Staat die Fähigkeit, kulturelle Werte durch (wohlfahrtsstaatliche) Maßnahmen und Gesetze zu beeinflussen (Pfau-Effinger 2009). Nichtsdestotrotz hat ein „top-down“ Ansatz im Vorsorgenden Wirtschaften ein begrenztes Potential, bestehende Machtdynamiken aufzubrechen, da der Wohlfahrtsstaat selbst historisch patriarchal und kolonial ist, Heteronormativität reproduziert und die Trennung zwischen privat und öffentlich aufrechterhält (Dengler & Lang 2022). Ein hierarchisches System kann nur Hierarchisches wiedergeben (Klatzer Interview 2024: 7). Weiters ist zu bedenken, dass care-orientierte Steuer- und Sozialsysteme in Zeiten von Krisen oder nach einem Regierungswechsel wieder geändert werden können (Appel & Prainsack 2024), weshalb gleichzeitig ein Gesellschaftswandel zur stabilen Verankerung der Maßnahmen herbeigeführt werden muss.

Für ein neues care-zentriertes Wirtschaftssystem, inklusive einem solidarischem Care-Regime, ist ein kultureller Wertewandel notwendig, der von der Regierung ausgehend mit der Unterstützung von Menschen in Machtpositionen oder der Zustimmung größerer

Wähler:innengruppen möglich ist (Pfau-Effinger 2009). Es lässt sich davon ausgehen, dass diejenigen, die in machtvollen Positionen ihre Privilegien ausnutzen und von den aktuellen politischen Rahmenbedingungen am meisten profitieren (Appel & Prainsack 2024), die neu einzuführenden gerechten Verteilungs- und Solidarisierungsmaßnahmen eher nicht unterstützen werden, da sie dadurch ihre privilegierte Position und Einflussnahme verlieren. Deshalb ist die Unterstützung und Einforderung verteilungsgerechter, nachhaltiger und kooperativer Politik und ein Wertewandel ausgehend von der Bevölkerung (Pfau-Effinger 2009) als initiiierender Wandlungsfaktor umso wichtiger, um die in diesem Kapitel diskutierten Maßnahmen politischer Entscheidungsträger:innen einzufordern und anhaltende Hierarchien im Wirtschafts- und Sozialsystem zu überwinden. Die Wichtigkeit eines solchen Bewegungsaufbaus für eine Veränderung der Machtverhältnisse wird im folgenden Kapitel erläutert.

4.2.2 Zivilgesellschaftlicher Bewegungsaufbau

Da ein „top-down“ Richtungswechsel zu einer care-zentrierten Wirtschaft aktuell wenig Hoffnung entflammen lässt (Mader Interview 2024: 16, Staflinger Interview 2024: 16, Klatzer Interview 2024: 16), ist die Mobilisierung der breiten Bevölkerung zur Überwindung der Machtverhältnisse im kapitalistischen Politik-, Wirtschafts- und Sozialsystem essentiell (Klatzer Interview 2024: 6). Elisabeth Klatzer hebt im Interview hervor, dass die Bezeichnung „bottom-up“ für eine solche Bewegung irreführend und abwertend sei, da es gerade dort um die vielen geht. „Vielmehr ist es ‚von oben‘, wenn alle Menschen mitgenommen werden. Und die wenigen, die da unten sind, nämlich die, die glauben, sie können alles bestimmen und hätten mehr Gewicht – weil sie sich Milliarden angeeignet haben – das geht einfach nicht mehr. Die müssen zur Seite geschoben werden.“ (Klatzer Interview 2024: 7)

Eine transformative Care-Bewegung ist unabdingbar, denn das zukünftige care-zentrierte Gesellschafts- und Wirtschaftssystem wird ein „zutiefst demokratisches“ Projekt (Klatzer Interview 2024: 6) sein. Um die aktuelle Situation der Ausbeutung und Überlastung in natürlichen und sozialen (Re)Produktionsbereichen nicht länger zu replizieren, müssen Entscheidungsprozesse stärker von betroffenen Care-Akteur:innen mitbestimmt werden, anstatt diese weiterhin hierarchisch zu gestalten. Der Übergang zum care-zentrierten Wirtschaften wird ohne eine gesellschaftliche Auseinandersetzung und Einbindung der Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung nicht funktionieren (Schultheiß Interview 2024: 18). Menschliche Bedürfnisse sind nur zu einem abstrakten Grad universell und objektiv und

können je nach Zeit und Raum variieren (Büchs 2021). Vor allem care-bezogene öffentliche Strukturen müssen demokratisiert werden, damit alle Care-Beteiligten die Möglichkeit zur Mitbestimmung und Mitgestaltung bei der Befriedigung ihrer individuellen Bedürfnisse haben (Büchs 2021, Klatzer Interview 2024: 15, Biesecker & Hofmeister 2010, Kapitel 4.3). Bei einer unzufriedenstellenden Care- und Wirtschaftspolitik müssen sich Betroffene aktiv organisieren und neue politische Felder für ein vorsorgendes Miteinander eröffnen (Scheller 2019). Die endgültige Abwendung von Profitorientierung, und die Hinwendung zu mehr Verteilungsgerechtigkeit und die Gewährleistung materieller Existenzsicherheit der Bevölkerung kann nur durch deren starke Selbstermächtigung und ein politisch/zivilgesellschaftlich/gestaltendes Tätigsein erkämpft und erreicht werden (Klatzer Interview 2024: 4, Winker 2015).

Politische Partizipation ist sozial selektiv, sodass sich sozio-ökonomisch privilegierte Bürger:innen häufiger beteiligen. Dies zeigt sich in Österreich besonders deutlich, indem vor allem Müttern durch care-bezogene Mehrfachbelastungen die Ressourcen für politische Mitarbeit fehlen und sie somit von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden (Henninger 2014, Mader Interview 2024: 16, Schultheiß Interview 2024: 18, Staflinger Interview 2024: 16). Eine revolutionäre Care-Bewegung muss die verschiedenen Umsetzungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe für alle Betroffenen greifbar machen (Winker 2015). In Österreich ist die Initiative „fair sorgen! Wirtschaften fürs Leben“ aktuell eine der wichtigsten Gruppierungen, die sich für eine alternative, vorsorgende und nachhaltige Wirtschaft einsetzen (Klatzer & Strickner 2023). Die empfohlenen Strategien und Taktiken der Mobilisierung sind vielfältig und reichen von Demonstrationen über Workshops zu Kampagnen. Um auf die verheerenden Missstände in der Care-Arbeit aufmerksam zu machen, plant das Netzwerk etwa zukünftig Care-Streiks als eine Form von Widerstand und Forderung neuer vorsorge-orientierter Prioritäten zu organisieren (Klatzer Interview 2024: 16), ohne dabei den Care-Bedürftigen massiv zu schaden (Winker 2021). Eine Absprache und Allianzenbildung zwischen Care-Arbeiter:innen und den zu Versorgenden ist essentiell, da immerhin beide Parteien von besseren Versorgungsbedingungen profitieren (Haidinger & Knittler 2016). Gerade der leere Care-Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel können als Chance genutzt werden, um die Handlungsmacht der beschäftigten Care-Arbeiter:innen zu stärken (Winker 2021, Staflinger Interview 2024: 15f).

Vernetzung und Austausch zwischen verschiedenen Sozialbereichen und Gewerkschaften sind dabei zentral, um das Gemeinsame und Verbindende hervorzuheben und die politische

Wirkungskraft zu stärken (Klatzer Interview 2024: 16, Winker 2021, Klatzer & Strickner 2023). Nur mit einem gemeinsamen Blick auf die dringlichen Herausforderungen des aktuellen zerstörerischen Wirtschaftssystems lässt sich die Multidimensionalität der Krise(n) durch intersektionale Lösungsansätze bekämpfen. Lehrer:innen, Pfleger:innen, Pflegebedürftige, Eltern und Betreuer:innen können im Austausch miteinander an einer verbindenden Politik arbeiten, um ihren Interessen für den gesamten Care-Sektor durchzusetzen – genügend Ressourcen, gute Arbeitsbedingungen und mehr Personal kann ein gemeinsames Ziel für den Care-Bereich sein (Winker 2021).

Wie auch im Ansatz des Vorsorgenden Wirtschaftens (Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013, Biesecker & Hofmeister 2011) deutlich ist, muss das Klima-Soziale unbedingt zusammen gedacht (Schultheiß Interview 2024: 15) und Gesamtzugänge für die Überwindung der ausbeuterischen Dynamiken des Kapitalismus erarbeitet werden (Klatzer et al. 2023, Klatzer & Strickner 2023). In Österreich gibt es zahlreiche Vereine, Netzwerke und Arbeitsgruppen wie Fridays for Future, Global 2000, System Change not Climate Change oder Attac, die sich mit der zerstörenden Ausbeutung natürlicher Ressourcen im kapitalistischen Akkumulationsprozess beschäftigen und bereits zahlreiche Klima-Streiks mit tausenden Unterstützer:innen gegen die aktuelle Klimapolitik der österreichischen Regierung organisieren konnten (derStandard 2024). Eine solche mediale Aufmerksamkeit fehlt der österreichischen Care-Bewegung bislang, weshalb eine Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen kapitalismus-kritischen Gruppen essentiell ist. Obwohl die Gemeinsamkeiten zwischen Klimaaktivist:innen und Care-Arbeiter:innen nicht im gleichen Ausmaß vorhanden sind wie zwischen den jeweiligen Care-Bereichen, ist eine politische Kooperation für eine erfolgreiche Überwindung der gemeinsamen Trennungsstrukturen des Kapitalismus im Rahmen einer großen sozialen Bewegung für eine (re)produktive Gerechtigkeit nicht wegzudenken (Winker 2021, Klatzer et al. 2023). Es können Bündnispartner:innen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus und Arbeitskreisen für ein gemeinsames Anfechten der Machtverhältnisse und die Erarbeitung neuer Lösungsstrategien eingesetzt werden, wobei vor allem ein Bündnis zwischen den Geschlechtern in inner- und außerfamiliären Settings für eine erfolgreiche, starke Care-Bewegung ausschlaggebend ist (Staflinger Interview 2024: 17).

Die große Herausforderung ist also, Menschen in einer Bewegung für ein care-zentriertes Miteinander zu mobilisieren und strukturelle Veränderungen einzufordern. „Wenn Menschen

diese neuen und zunächst ungewohnten Formen der Selbstorganisation ausprobieren und sich aneignen, dann übernehmen sie auch Schritt für Schritt kollektive Verantwortung für die Daseinsvorsorge” (Winker 2021: 164f). Die Organisation einer solchen Mobilisierung bis zur Selbstverwaltung braucht allerdings Zeit und Ressourcen, die gerade diejenigen, die für die aktuelle soziale Reproduktionskrise am meisten zahlen, nicht haben. Aufgrund der strukturellen Hierarchien und krisenhaften Arbeitsbedingungen fehlt den Betroffenen oft die notwendige Wirkkraft zum Bewegungsaufbau (Staflinger Interview 2024: 17). Vor allem seit der Covid-Pandemie sind Care-Arbeiter:innen, hauptsächlich Mütter, zu eingespannt und können sich aufgrund ihrer Mehrfachbelastungen nicht für eine solidarische Care-Ökonomie und Veränderung der hierarchischen Verhältnisse und Rollenverteilungen einsetzen (Mader Interview 2024: 16, Schultheiß Interview 2024: 18, Staflinger Interview 2024: 16). Eine Solidarisierung des österreichischen Care-Regimes verbunden mit neu-definierten Arbeitsverhältnissen sind deshalb parallele Voraussetzungen für eine transformative Care-Ökonomie (Winker 2021), um Care-Tätige zu entlasten und ihnen den Einsatz und Mitbestimmung in (care-)politischen Aushandlungsprozessen zu ermöglichen.

4.3 Solidarisierung des Care-Regimes

Wenn Österreich care-zentriert wirtschaften will, muss es das eigene Care-Regime und die zu setzenden Maßnahmen überdenken. Sowohl Katharina Mader als auch Heidemarie Staflinger sind der Meinung, dass in Österreich statt einer tatsächlichen Auseinandersetzung mit den Care-Bedürfnissen der Bevölkerung eher eine „Pflaster-drauf-kleb-Politik” (Mader Interview 2024: 13) oder „Image-Kampagnen” (Staflinger Interview 2024: 15) praktiziert werden, die sich im Care-Arrangement des Landes niederschreiben. Seitens der Politiker:innen gebe es zwar „[s]chöne Worte, aber wenig echte Unterstützung” (Staflinger Interview 2024: 16). Heidemarie Staflinger erlebt ein „starkes Einzementieren” (Staflinger Interview 2024: 2) der Verteilung von Sorgearbeit durch politische Aktionen und Absichtserklärungen und sieht die jetzige Entwicklung der Care-Politik eher rückwärtsgewandt (Staflinger Interview 2024: 3). Auch Elisabeth Klatzer kritisiert die Frauenzentriertheit des gegenwärtigen Care-Regimes und fordert eine gerechte Verteilung von Sorgearbeit, damit Frauen und Familienangehörige entlastet werden (Klatzer Interview 2024: 11). Es bedarf dringend einer tiefgründigen Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen von Care-Tätigen und Care-Empfangenden und deren Angehörigen, statt aus der Not heraus Lösungen umzusetzen, die aber tatsächlich nur für wenige in Frage kommen und/oder die bestehende Auslagerung von (unbezahlter) Care-Arbeit auf (migrantische) Frauen verschärft (Mader Interview 2024: 13)

Damit Notlösungen nicht zur Normalität werden und das österreichische Wirtschaftssystem den Prinzipien der Vorsorge, der Kooperation und der Orientierung am für das Gute Leben Notwendigen gerecht wird, muss das Care-Regime geschlechtergerecht, solidarisch und nachhaltig reformiert werden. Grundsätzlich sind eine faire Verteilung und Verlagerung von Care-Arbeit (und dadurch die gleichzeitige Entlastung von Frauen) ausschlaggebend für eine Transformation hin zu einer care-zentrierten, nachhaltigen Wirtschaftsweise (Dengler & Lang 2022). Die Reorganisation und -distribution muss auf zumindest drei Ebenen erfolgen: erstens innerhalb der Familie, zweitens von der Familie und Markt hin zum Staat durch ein ausgebautes öffentliches Care-Angebot, und drittens zur einer Ebene abseits von Familie, Staat und Markt durch solidarische Care-Organisationsformen und Commons (Klatzer Interview 2024: 11, Mader Interview 2024: 13). Die Verteilung von Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern muss dabei auf allen Ebenen und sowohl in der bezahlten als auch unbezahlten Ökonomie stattfinden.

4.3.1 Verteilung innerhalb der Familie

Der erste wichtige Schritt setzt auf der Haushaltsebene an und verlangt ein Umdenken bezüglich der geschlechtsspezifischen Rollenverteilung bei unbezahlter Care-Arbeit. Fürsorgearbeit muss zwischen Frauen und Männern gerecht verteilt werden, sodass mehr Männer in unbezahlte Care-Tätigkeiten eingebunden werden und die kulturelle Zuschreibung der Frau als die einzig Zu-Sorgende nach und nach verabschiedet wird. Wie bereits erläutert baut der österreichische Wohlfahrtsstaat auf unbezahlter familiärer Care-Arbeit als Stabilitätsfaktor auf, sodass Frauen im Geschlechterarrangement für die Haushaltsproduktion zuständig erklärt werden (Riegraf 2014, Pfau-Effinger 2005a). Restriktive Geschlechternormen sind in das institutionelle System eingeschrieben und prägen die Benachteiligungen, die sich für Frauen durch ihre soziale Rollenzuschreibung als Sorgende sowohl in unbezahlten als auch bezahlten Arbeitssettings manifestieren. Gleichzeitig untermauert der Staat diese Normen durch Gesetze und Maßnahmen, indem die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern (und zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der Geschlechtergruppe) direkt in die Betreuungspolitik eingebettet ist (Earle et al. 2023). Das Recht bestimmt also mit, wie Familie organisiert wird (Sagmeister 2019). In Österreich wird die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung durch staatliche Rahmenbedingungen in Form von Sachleistungen, finanziellen Transfers und Steuerbegünstigungen ermöglicht und gefördert (Appelt & Fleischer 2014). Bei Care handelt es sich jedoch oft um sogenannte „Herdpremier“

(Staflinger Interview 2024: 2) oder Leistungen, die sich nur die wenigsten leisten können, und beeinflussen direkt die bestehenden Machtverhältnisse entlang der Kategorien Geschlecht, Klasse oder *Race*. Um eine gerechte Redistribution unbezahlter Care-Tätigkeiten im Sinne des Leitprinzips einer vorsorgenden Wirtschaft zu erzielen, muss diese somit (unter anderem!) auch durch staatliche Maßnahmen und Vorschriften gestützt werden.

Eine erfordernde Maßnahme für die Verteilung unbezahlter Care-Arbeit ist die verpflichtende Väterkarenz (Mader Interview 2024: 14, Klatzer Interview 2024: 12, Staflinger Interview 2024: 6f, Schultheiß Interview 2024: 19). Durch diese Maßnahme ließen sich geschlechtsspezifische Rollenbilder und Normen verändern, die in Österreich vor allem bei der Kinderbetreuung starke Wurzeln haben (Schultheiß Interview 2024: 19). In Österreich liegt die Verantwortung für Kinderbetreuung nach wie vor bei Frauen, bei nicht einmal 20% der Paare geht der Mann in Karenz (Riesenfelder & Danzer 2021). Obwohl Väter rechtlichen Anspruch auf Zeit mit ihren Kindern zu Hause haben, ist der Anreiz nicht groß genug, von dieser Möglichkeit tatsächlich Gebrauch zu machen. Anders als der Mutterschutz, der eine verpflichtende Erwerbsarbeitsunterbrechung vorsieht, bieten andere Elternzeitregelungen wie der Papamonat nur Handlungsmöglichkeiten an (Sagmeister 2019). Dabei gibt es empirische Beweise, dass eine Aufteilung der Karenzzeit zwischen den Eltern Geschlechtergleichheit fördern kann. Studien zeigen, dass in Ländern mit einer quotengeregelten Elternzeit, also z.B. in den Nordischen Ländern, durchaus mehr Väter bei der Kindererziehung involviert sind und anderweitige Care-Arbeit im Haushalt auch zu späteren Zeiten gerechter verteilt wird. Vor allem die mögliche Flexibilität, Kompensation und Länge der verpflichtenden Väterkarenz beeinflussen die Entscheidung für eine geschlechtergerechte Aufteilung der Karenzzeiten (Duvander et al. 2019). Bestehende Maßnahmen wie das Kinderbetreuungsgeld, Familienzeitbonus und der Papamonat müssen demnach strenger nachjustiert werden, um mehr Väter in die Erziehung ihrer Kinder miteinzubeziehen.

Nicht nur bei der Kinderbetreuung müssen neue politische Prioritäten gesetzt werden, sondern auch Angehörigenpflege muss geschlechtergerecht organisiert und ausgehandelt werden (Klatzer Interview 2024: 12). Bei der Pflege durch Familienmitglieder sind erneut Frauen die hauptverantwortliche sorgende Arbeitskraft (Staflinger Interview 2024: 5, Nagl-Cupal et al. 2018). Um Frauen im Rahmen einer alternativen Wirtschaft aus ihrer Doppel- und Dreifachbelastung zu entlassen, müssen Männer die Verantwortung für Pflegetätigkeiten ebenso wie anderweitige, unbezahlt-verrichtete Reproduktionsaufgaben übernehmen. Obwohl

die Pflege durch Familienangehörige in Österreich die bevorzugte Art der Betreuung ist (Nagl-Cupal et al. 2018), darf die Arbeit und die damit einhergehende Erschöpfung und körperliche, psychische sowie zeitliche Belastung nicht länger mit staatlichem Einverständnis auf Frauen ausgelagert werden. Politische Entscheidungsträger:innen müssen sich mit den Bedürfnissen aller Care-Beteiligten gründlich auseinandersetzen, anstatt Notlösungen zur Normalität zu machen. Das bedeutet, dass Maßnahmen, die die geschlechtergerechte Verteilung von familialer Pflege- und Betreuungsarbeit begünstigen, mit weit stärkerer männlicher Beteiligung und Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zur Entlastung als Ziel zu reformieren sind (Klatzer Interview 2024: 12).

Die Spezifika für neue Maßnahmen zur Redistribution von unbezahlter Care-Arbeit in Österreich müssen schlussendlich demokratisch und unter Berücksichtigung diverser nonkonformer Familienkonstellationen diskutiert werden, um die Bedürfnisse von Care-Beteiligten auch abseits des nuklearen heteronormativen Kleinfamilienkonstruktes miteinzubeziehen (Sagmeister 2019, Staflinger Interview 2024: 7). Es geht um ein Aufbrechen der weiblichen Konnotation mit und ein soziales Aufwerten von Care-Arbeit, sodass sie als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe konzipiert wird und auch in wirtschaftlichen Settings außerhalb der Familie einen Stellenwert bekommt, den sie als lebenswichtige Notwendigkeit zur Bedürfnisbefriedigung aller verdient (Dowling 2021b, 2016). „As long as care is attached to gender, there is no justice” (Weicht 2014: 261).

Familiale Sorgearbeit hängt mit den arbeits- und sozialrechtlichen Normen zusammen (Sagmeister 2019); das heißt, dass die Bedeutung von Erwerbsarbeit ebenso hinterfragt werden muss (Kapitel 4.4) wie die gesellschaftliche Stellung von (unbezahlten) Sorgetätigkeiten, was zur Überwindung der künstlichen geschlechterhierarchischen Trennung zwischen Reproduktion und Produktion in der Auffassung von Wirtschaften beisteuern kann (Biesecker & Hofmeister 2015). Die Aufhebung der rigiden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die in die österreichische Geschlechterkultur eingeschrieben ist (Pfau-Effinger 2005a), wird Auswirkungen auf die Zeitsouveränität von bisher in Care-Tätigkeiten eingespannten Frauen haben - hier geht es allerdings nicht um das Ziel, sie stattdessen in die Vollzeiterwerbstätigkeit zu bringen, sondern verbunden mit einer notwendigen Erwerbsarbeitszeitverkürzung (Kapitel 4.4.3) allen Geschlechtern mehr Zeit und Raum für zwischenmenschliche Beziehungen, kreative Aktivitäten und nachhaltig-kooperative Projekte zu bieten (Appel & Prainsack 2024, Dengler & Lang 2022).

4.3.2 Verschiebung ins Öffentliche

Aus diesen Überlegungen ergeben sich Forderungen an die Regierung, sich nicht länger aus der demokratischen Verantwortung zu ziehen und ihrer Aufgabe der Bereitstellung und Zuweisung von Care nachzukommen (Tronto 2013). Damit das österreichische Care-Regime nicht länger auf (migrantische) Frauen und Angehörige als bedingungslose Ressource für Sorgearbeit zurückgreift, ist ein massiver Ausbau öffentlicher Bereitstellung von Dienstleistungen eines der wichtigsten Handlungsziele (Klatzer Interview 2024: 11, Staflinger Interview 2024: 4, Mader Interview 2024: 13). Hier geht es um die zweite Verteilung bzw. Verlagerung von Care-Arbeit, nämlich vom Haushaltssektor und For-Profit-Sektor zum öffentlichen Sektor.

Das Auslagern der Sorgeverpflichtungen auf die Familie manifestiert sich als eine Herausforderung besonders deutlich in der österreichischen Organisation rund um Pflege. Der Pflegebonus oder die Anstellung pflegender Angehöriger lässt sich aus verschiedenen Perspektiven betrachten. Für manche ist dies eine erste Anerkennung der Wichtigkeit familiärer Pflegearrangements und die Ermöglichung der präferierten häuslichen Fürsorgeleistung (Schultheiß Interview 2024: 18), für andere lassen sich solche Maßnahmen eher aufgrund einer Einzementierung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und Auslagerung auf Familienangehörige aufgrund mangelnder institutioneller Angebote kritisieren (Mader Interview 2024: 13, Staflinger Interview 2024: 2f). Heidemarie Staflinger deutet auf eine äußerst gefährliche Diskussion hin, in der (weibliche) pflegende Angehörige aufgrund weniger staatlicher Kosten gegenüber einer bedarfsgerechten institutionellen Infrastruktur und ausgebildetem Pflegepersonal bevorzugt werden (Staflinger Interview 2024: 5).

Die öffentliche Care-Infrastruktur hat in Österreich jedenfalls einen starken Nachholbedarf; das bedeutet, dass Bereiche der Bildung, (Kinder-)Betreuung, Gesundheit, Pflege und Wohnen ins Zentrum öffentlicher Prioritäten gestellt und als bedingungslose Grundversorgung angeboten werden müssen (Klatzer Interview 2024: 5, 11). Kindertagesstätten, Betreuungs- und Pflegeheime, Elementar- und Erwachsenenbildungsorte müssen großflächig in allen Bundesländern ausgebaut werden, um die Verantwortung für Sorgearbeit vom Haushalt in die öffentliche Hand zurückzubringen und allen Menschen kostenlosen Zugang zum Vor- und Versorgungsangebot zu gewährleisten (Klatzer et al. 2023).

Im Bereich der Kinderbetreuung sind mehr regionale, professionelle Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, vor allem für Unter-Dreijährige, und längere, an die Bedürfnisse der Eltern angepassten Öffnungszeiten notwendig, um den von der EU vorgeschriebenen Barcelona-Zielen als Teil der Care Strategy nachzukommen und Frauen eine Wahlfreiheit in Bezug auf Care zu bieten (Staflinger Interview 2024: 4, 8, Klatzer Interview 2024: 15, APA 2023, Appelt & Fleischer 2014). Wie der Österreichische Gewerkschaftsbund fordert, soll eine Kindergartenmilliarde pro Jahr gesichert sowie ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung verankert werden (APA 2023), den es in Österreich bislang nicht gibt (Appelt & Fleischer 2014). Parallel dazu kann ein verankertes Recht auf Betreuung, ein Ausbau von stationären Pflege- und Wohnheimen sowie flexiblen mobilen Betreuungs- und Pflegeangeboten für Kurz- und Langzeitpflege das Care-Regime in die Richtung einer flächendeckender, solidarischer Vorsorgelandschaft steuern (Staflinger Interview 2024: 4). Die EU Care Strategy schreibt genaue Ziele zur auszubauenden Pflegelandschaft vor, wobei Österreich auch hier einige trotz Klagsdrohungen versäumt (Staflinger Interview 2024: 8). Diese können als Richtlinien für den Ausbau der öffentlichen Care-Leistungen dienen, wobei der kostenlose Zugang zu öffentlichen Angeboten für care-zentriertes Wirtschaften allein nicht ausreichen wird. Die Leistungen einer bedingungslosen Grundversorgung, welche neben einem Angebot für Care auch eine Versorgung mit Energie, Wasser, Lebensmitteln, Wohnungen und öffentlichem Verkehr vorsieht, müssen „demokratisch und öffentlich kontrolliert organisiert, ökologisch und am Gemeinwohl ausgerichtet sein“ (Klatzer et al. 2023: 262).

Mit einem Ausbau guter Versorgung geht die Notwendigkeit besserer Arbeits- und Rahmenbedingungen für die bezahlten Care-Arbeitskräfte und gesicherter Qualitätsstandards einher. Heidemarie Staflinger führt die Leistungsstopps, die bereits viele regionale Versorgungseinrichtungen vornehmen und zu einer löchrigen Care-Versorgung beitragen, auf nicht-zufriedenstellende Arbeitsbedingungen des Care-Personals zurück (Staflinger Interview 2024: 4f). Niedrige Löhne, prekäre Anstellungsverhältnisse, mangelnde Qualifikationen und Wertschätzung dürfe es im öffentlichen Care-Sektor nicht geben, denn „Pflege- und Kinderbildung- und Betreuung sind Bereiche, wo es um Menschen geht“ (Staflinger Interview 2024: 5) und somit höchste (Ausbildungs-)Qualität und politische Priorität verdienen. “[M]ehr Ausbildung hilft meistens auch komplexere, fordernde Situationen besser zu meistern” (Staflinger Interview 2024: 5).

Die Attraktivität des Berufsfeldes ist aufgrund versäumter Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bereits seit Jahren geschädigt (ebd: 5), sodass Österreich mit einem permanent steigenden Personalmangel zu rechnen hat und schlussendlich nicht im Stande sein wird, spätestens ab 2024 den Pflege- und Betreuungsbedarf der Bevölkerung durch Absolvent:innen der Pflegebildungsinstitutionen zu decken (BMASGK 2019). Dieser Mangel an Fachkräften lässt sich als ein Mangel an guten Arbeitsbedingungen interpretieren (Staflinger Interview 2024: 15). Anstatt Care-Personal aus dem Ausland für die Füllung dieser Lücke zu holen, sie unter prekären Arbeitsbedingungen mit niedriger Verhandlungsmacht anzustellen und dadurch die Qualität der Versorgung durch Überforderung und mangelnde Qualifikationsansprüche niedrig zu halten, müssen sich politische Entscheidungsträger:innen für die Aufwertung der weiblich-konnotierten und -dominierten Care-Berufe durch faire Entlohnung und qualitative Ausbildungsangebote einsetzen. Man stelle sich nur vor, wie viele Menschen in Pflege- und Betreuungsberufen tätig wären, wenn sie dort gleich attraktive Ausbildungsbedingungen vorfinden würden wie bei der Polizei (Klatzer Interview 2024: 13).

Mit einem qualitativen, kostenlosen Care-Angebot und guten Arbeitsbedingungen können die Auslagerung in die Kleinfamilie (dh. die Doppel- und Dreifachbelastung von Frauen) sowie die Belastung und Überarbeitung von professionellen Care-Arbeiter:innen verhindert/minimiert werden. Die durch unzureichendes Alternativangebot entstandenen prekären Anstellungs- bzw. Ausbeutungsverhältnisse von migrantischen Pflege-/Betreuungskräften können auch in dieser Weise nicht mehr existieren, wenn das öffentliche Angebot private Care-Anbieter in puncto Qualität und Arbeitsbedingungen in den Schatten stellt. Nicht nur, dass dadurch die im Herkunftsland der Arbeiterinnen zurückgelassene Care-Lücke geschlossen werden könnte, wenn die Care-Arbeit nicht mehr externalisiert und durch Migrantinnen erledigt wird (Hochschild 2000), sondern die Für- und Vorsorgearbeit könnte damit auch aus dem Marktsektor zurück in den öffentlichen Sektor verlagert werden, wenn es sich nicht mehr lohnt, hohe Summen für Dienstleistungen auszugeben, die woanders gratis und qualitativ hochwertiger angeboten werden.

Im Übergang zu einer sozial-ökologischen Care-Wirtschaft ist es dennoch unumgänglich, Maßnahmen zu treffen, um vom Angebot profitorientierter Care-Leistungen abzuweichen (Klatzer Interview 2024: 9, 15), da Care-Arbeit mit der kapitalistischen Logik der Rentabilisierung durch Intensivierung und Leistungsverdichtung der Arbeit inkompatibel ist,

ohne die Qualität der Arbeit negativ zu beeinflussen und die Orientierung am sozialen Wohl zu gefährden (Dowling 2021a). „Es ist für viele Menschen deutlich wahrnehmbar, wie unsinnig und kontraproduktiv es ist, Menschen nach dem Prinzip maximaler Profitabilität zu heilen, lehren, unterstützen, beraten oder pflegen zu wollen“ (Winker 2015: 165). Privatisierung, Liberalisierung und Kommerzialisierung haben in den letzten Jahrzehnten massive Schäden für die Nutzer:innen und das Personal im Gesundheits- und Pflegebereich, im Bildungswesen und im Wohnbau- und Verkehrssektor angerichtet (Appel & Prainsack 2024), weshalb Care-Stätten nicht länger als Investitionsmöglichkeit gedacht werden dürfen (Klatzer Interview 2024: 10) und der Privatwirtschaft entzogen werden müssen. Im Umbau zu einer solidarischen Versorgungsinfrastruktur muss Care als Menschenrecht konzeptualisiert werden, das nicht an Bedingungen geknüpft ist. Es geht um das Anfechten der neoliberalen Idee, Bedürftigkeit und Abhängigkeit von anderen und vom Staat sei verwerflich und/oder zu vermeiden (Appel & Prainsack 2024). Schritt für Schritt könnte sich Österreich somit in die Richtung eines Wohlfahrtsstaates bewegen, das qualitative Care-Arbeit durch defamilisierende und dekommodifizierende Maßnahmen für die breite Bevölkerung als öffentliche Leistung zu Verfügung stellt (Dengler & Lang 2022) und die Institutionen öffentlicher Daseinsvorsorge in kommunales Eigentum überführt (Winker 2015).

4.3.3 *Commonisation of care* - abseits von Staat, Markt und Familie

Corinna Dengler und Miriam Lang (2022) weisen auf die Notwendigkeit der Verlagerung der Fürsorgearbeit in den öffentlichen Sektor hin, heben aber auch das Risiko hervor, unbezahlte Care-Arbeit vom Haushaltssektor in die monetarisierte Sphäre zu verschieben, da dies den Leitprinzipien einer vorsorgenden, nicht auf Wirtschaftswachstum ausgerichteter Wirtschaft widerspricht und die binäre Trennung der Ökonomie nur verschärft. Die Autorinnen machen außerdem darauf aufmerksam, dass die vollständige Verlagerung von Care-Leistungen in die öffentliche Hand aufgrund von aktuellen neoliberalen Staatsreformen, der Anwendung von Marktlogik, dem historischen Aufbau und Erhalt wohlfahrtsstaatlicher Privilegien des Globalen Nordens auf Kosten der Länder des Globalen Südens und der Natur mit Vorsicht zu genießen sind. Im Rahmen des Post-Wachstums-Paradigmas richten sie sich gegen die herkömmliche Logik der Wirtschaft der Inwertsetzung von Leistungen durch ihre Monetarisierung und sprechen sich für einen transformativen Ansatz aus, der abseits der Geld- und Akkumulationsregime fungiert (Dengler & Lang 2022).

Anstatt sich dem kapitalistischen Wirtschafts- und Wachstumsparadigma zu beugen und die Sphären der Produktion und Reproduktion weiterhin zu trennen, fordern Corinna Dengler und Miriam Lang im Einklang mit Katharina Mader (Interview Mader 2024: 14) und Elisabeth Klatzer (Interview Klatzer 2024: 10) vielmehr Care-Leistungen, die abseits der monetarisieren Ökonomie im Rahmen einer „commonization of care“ (Dengler & Lang 2022: 3) angeboten werden. Die *commonisation of care* bzw. Vergesellschaftung von Care bezieht sich auf die kommunale, großteils unbezahlte aber dennoch sozial anerkannte (Re)Produktionsform, die das Potential hat, die künstliche Trennung in unsichtbare reproduktive und sichtbare produktive Wirtschaftsbereiche aufzulösen und Produktivität somit neu zu definieren (Dengler & Lang 2022). Anstatt sich auf Commons als Güter oder Ressourcen zu fokussieren, steht das Verständnis von Commons im Rahmen der sozialen Beziehung zwischen Bürger:innen (*commoners*) im Zentrum (Euler 2018, Dengler & Lang 2022). Commons können als Sozialgefüge ohne menschliche Beziehungen nicht existieren und entstehen durch den freiwilligen Prozess der Selbstorganisation von Gesellschaftsmitgliedern, die im Rahmen ihrer Bedürfnisbefriedigung die Vergesellschaftung herbeiführen (Euler 2018). Commons stehen im Gegensatz zu einem von Privateigentümer:innen bestimmten, auf Warenproduktion ausgerichteten Unternehmen und unterscheiden sich deutlich von einer hierarchisch organisierten, staatliche Macht ausübenden Behörde (Winker 2021). Das Ziel von Vorsorgendem Wirtschaften, die Dichotomie zwischen den produktiven und reproduktiven, bezahlten und unbezahlten Ökonomiebereichen aufzubrechen und (Re)Produktivität als Brückenkonzept im wirtschaftlichen Denken zu verankern (Biesecker & Hofmeister 2015), wird durch den Ersatz von profitorientierten Aktivitäten durch die lebensnotwendige, nachhaltige und kontextbezogene Bedürfnisbefriedigung durch die Vergemeinschaftung von Care greifbar (Dengler & Lang 2022).

Für Dengler und Lang (2022) ist es wichtig, die Vergesellschaftung von Care im Rahmen einer Degrowth-Gesellschaft emanzipatorisch und inkrementell zu gestalten. Der Anspruch auf Emanzipation wendet sich gegen eine schlichte Verschiebung der notwendigen Care-Arbeit in die unsichtbare, unbezahlte und feminisierte Haushaltsproduktion und fordert hingegen ein demokratisch-ausgehandeltes Care-Arrangement abseits der kapitalistischen Dichotomie zwischen monetarisierten Care-Leistungen im Staat-, Markt- und Non-Profit-Sektor und der unbezahlt verrichteten Fürsorgearbeit in der heteronormativen Kleinfamilie (Dengler & Lang 2022). Eine emanzipatorische Gestaltung der Daseinsvorsorge ist ausschlaggebend für die Schaffung der Bedingungen für die Veränderung

gesellschaftlicher Verhältnisse, um damit Unterdrückung zu beenden (Appel & Prainsack 2024). Dieser demokratisierende und partizipative Aspekt ist in der vergesellschaftlichten Organisation von Care zentral und kann zum einen durch eine „schrittweise Demokratisierung der bislang privatwirtschaftlich, staatlich oder von Wohlfahrtsverbänden organisierten Infrastruktur und zum anderen eine auf kollektiven Projekten beruhende dezentrale Neugestaltung von Care“ (Winker 2015: 165f) realisiert werden. Der Wunsch nach einer Vergesellschaftung privat betriebener Einrichtungen sozialer Infrastruktur lässt sich durch die politischen Initiativen in Krankenhäusern oder in der Wohnungspolitik deutlich erkennen. In Care-Bereichen gibt es kaum institutionalisierte demokratische Beteiligungsprozesse, obwohl es gerade dort um die individuelle Bedürfnisbefriedigung geht, weshalb Mitsprache und Mitgestaltung der Sorgeleistung aller Care-Akteur:innen für ein kooperatives, nachhaltiges und bedürfnisorientiertes Miteinander-Wirtschaften essentiell ist (Winker 2021).

Um die Entwicklung der Entmonetarisierung inkrementell zu realisieren, sollen nach und nach öffentlich-organisierte Versorgungsleistungen in die Verantwortung gemeinnütziger Bedürfnisbefriedigung transferiert werden, wobei ein komplettes Ersetzen durch kollektive Organisationsformen weder gefordert noch erwünscht ist. Care zu vergesellschaften ist nicht als eine exklusive Strategie misszuverstehen (Dengler & Lang 2022) und muss auch im Übergang zum care-zentrierten Wirtschaften von Veränderungen im institutionellen Care-Regime mit professionellen Angeboten und im familialen Geschlechterarrangement begleitet werden, weshalb die diskutierten Ansprüche auf innerfamiliäre/-geschlechtliche Verteilung und öffentliche Bereitstellung von Care-Leistungen wichtig mitzudenken sind. Hauptsächlich geht es um das Verlassen der Idee, zwischen Staat, Markt und Familie gebe es keine Möglichkeiten der Versorgung – Gemeinschaftsgärten, Hausprojekte, Nachbarschaftszentren oder die Gemeinschaftswaschküchen im Gemeindebau im Roten Wien der 1920er können als Inspiration für zukünftige feministische, solidarische und demokratische Care-Arrangements dienen (Mader Interview 2024: 14, Winker 2021). Nicht zuletzt sind kooperative Organisationsformen aufgrund der Verringerung von Kosten und Treibhausgasemissionen und gleichzeitiger Effizienz durch Aufteilung der erforderlichen Arbeit attraktiv für eine care-zentrierte Zukunft (Winker 2021).

Die in diesem Kapitel diskutierten Veränderungen im Rahmen einer Solidarisierung des Care-Regimes können als komplementäre, gleichwertige Entwicklungen zur geschlechtergerechten, nachhaltigen und solidarischen Transformation der Wirtschaft gedacht

werden. Die gerechte Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit in der Familie, die Verlagerung unbezahlter Care-Arbeit in den öffentlichen Sektor im Rahmen einer bedingungslosen Grundversorgung sowie eine Organisation kollektiver Care-Arrangements abseits vom Staat, Markt und der Familie können als graduelle und parallele Umsetzungsstrategien einer vorsorgenden Wirtschaft angepeilt werden. Die Verlagerung unbezahlter Care-Arbeit in die öffentliche Sphäre kann zwar vorerst als Widerspruch zum Vorsorgenden Wirtschaften im Hinblick auf den Prozess der Monetarisierung gedeutet werden (Dengler & Lang 2022) – doch erscheint der Ausbau öffentlicher Care-Angebote und gesetzlicher Regulierungen für die Entlastung von Frauen und ein Aufbrechen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die mit der geschlechtshierarchischen Trennung in vermeintlich Produktives und Reproduktives direkt verbunden ist, relevant. Durch eine geschlechtergerechte Verteilung und gemeinwohlorientierte Organisation von Care können Produktivität neu definiert und die Leitprinzipien Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für das gute Leben Notwendigen im gesellschaftlichen System verankert werden. Eine Veränderung kultureller Einstellungen gegenüber Care, die sich immer im Kontext von strukturellen Möglichkeiten entwickeln und die das Resultat politischer Entscheidungen sind, ist dabei zentral (Pfau-Effinger 2009). Die diskutierten Handlungsvorschläge zielen alle auf eine breite Bewusstseinsbildung und Aufwertung von Care als geschlechtsneutraler, lebensnotwendiger und gesellschaftlich-wertvoller Basis jedes weiteren Handelns ab (Meier-Gräwe et al. 2023). Die bestehenden Machtverhältnisse und gesellschaftlich-etablierten Rollenzuschreibungen in der bezahlten sowie unbezahlten Care-Ökonomie werden nicht von heute auf morgen verschwinden, doch durch die diskutierten Handlungsmöglichkeiten, verbunden mit einer bedürfnisorientierten staatlichen Prioritätensetzung und Förderung und einem zivilgesellschaftlichen Bewegungsaufbau, kann das kapitalistische Wirtschaftssystem nach und nach zurückgedrängt werden, ohne auf den totalen Umbruch und Kollaps des patriarchalen Akkumulationsregimes warten zu müssen (Klatzer Interview 2024: 10).

Eine geschlechtergerechte Umgestaltung des österreichischen Sorgeregimes muss von allen Beteiligten gleichermaßen mitbestimmt werden, um eine wahre Bedürfnisbefriedigung sicherzustellen (Mader Interview 2024: 12). Die in diesem Kapitel diskutierten Handlungsvorschläge sind alle als Strategien zu denken, die Care-Tätige entlasten durch eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung, qualitative Versorgungsangebote und eine Vergesellschaftung von Care, damit sie sich gleichzeitig für eine Veränderung der kapitalistischen Machtverhältnisse im österreichischen Wohlfahrtsstaat demokratisch

einsetzen können. Ein solidarisches Care-Regime kann sein Potential allerdings nicht ohne eine notwendige Diskussion über Erwerbsarbeit erreichen, da die kapitalistische Trennung zwischen Reproduktion und Produktion direkt mit den (erwerbs-)arbeitsbezogenen Konzeptionen und Rahmenbedingungen verbunden ist. Erwerbsarbeit ist im österreichischen Wohlfahrtsstaat ausschlaggebend für soziale Sicherung und genießt somit einen anderen Status als die unbezahlt verrichtete Sorge- und Haushaltsarbeit (Esping-Andersen 1990, 1999; Pfau-Effinger 2005a). Im anschließenden Kapitel wird daher die Definition, Bedeutung und Gestaltung von Arbeit diskutiert und notwendige Veränderungen im Rahmen einer care-zentrierten Wirtschaft vorgestellt.

4.4 Arbeit neu denken

4.4.1 Arbeitsdefinition erweitern

Ein zentrales Hindernis beim Bewältigen der ökonomischen Abspaltung der ‘anderen Ökonomie’ (Donath 2000) von der produzierenden Wirtschaft, aus der die Abwertung, Geringschätzung und Aneignung von Care-Arbeit, die Legitimation unterbezahlter ‘Frauenberufe’ und die deutlich schlechtere gesellschaftliche Stellung von Frauen resultieren (Meier-Gräwe et al. 2023, Appel & Prainsack 2024), ist das industriegesellschaftliche Verständnis von Produktivität und ihrer Gleichstellung mit Arbeit. Dieses „rückständige Arbeitsverständnis“ (Mader Interview 2024: 4) und die Anpassung aller anderen Arbeiten an die Merkmale von Produktionsarbeit ist für eine vorsorgende Gesellschaft detrimental. „So lange das [= Produktionsarbeit, Anm. L.S.] unser Maßstab ist, werden wir nie gute Arbeitsbedingungen [...] und gute qualitate Leistungen erzeugen können, weil wir [...] wohin rennen, wo man mit solchen Arbeit nicht hinrennen kann“ (Mader Interview 2024: 4). Für ein Verständnis von Wirtschaft, das die Verflochtenheit und Gleichwertigkeit von als reproduktiv und produktiv geltenden Arbeiten anerkennt, und die Wertschätzung von Care als Basis jedes weiteren Handelns ist deshalb eine konzeptionelle Erweiterung von dem, was als Arbeit gilt, notwendig (Klatzer Interview 2024: 4, Mader Interview 2024: 4, Madörin 2010, Appel & Prainsack 2024).

Arbeit ist nicht nur ein Job, sondern gestaltet Gesellschaft und Natur (Appel & Prainsack 2024). Als Arbeit sollen Tätigkeiten verstanden werden, die gesellschaftlich für ein gutes Miteinander wichtig und für die menschliche Bedürfnisbefriedigung notwendig sind. Dazu gehören auch die (Re)Produktivität der Natur und die Anerkennung ihrer inhärenten Wiederherstellungs- und Erneuerungsprozesse (Biesecker & Hofmeister 2010, 2015). Ein auf

Mehrwertproduktion reduzierter Arbeitsbegriff wird in einer care-zentrierten Gesellschaft abgelöst durch ein Verständnis von Arbeit, das Care-Arbeit als gleichwertigen Bestandteil von wirtschaftlichen Prozessen und ihren Beitrag zur Wertschöpfung in der bezahlten Ökonomie anerkennt. Es erscheint als absurd, dass Care-Arbeit so wenig Wert ist, gerade im Vergleich zu Arbeiten, die sowohl der Natur als auch der Gesellschaft Schaden zufügen (Klatzer Interview 2024: 4).

Eine solidarische Care-Ökonomie zielt demnach nicht nur auf die Inklusion von Reproduktionsarbeit in eine erweiterte Arbeitsdefinition im Rahmen der Neukonzeptualisierung von (Re)Produktivität ab, sondern auch auf eine Neubewertung von Arbeiten. Destruktive Prozesse wie Raubbau der Natur, Umweltverschmutzung und Ausbeutung von Menschen müssen als zerstörerisch anerkannt und folgendermaßen mit hohen Kosten belegt anstatt belohnt werden (Klatzer Interview 2024: 4), während natürliche oder weiblich-konnotierte Care-Arbeiten gesellschaftlich aufgewertet und als lebensnotwendig, sozial erwünscht und geschlechtsneutral verstanden gehören. Katharina Mader fordert arbeitsbezogene Gleichstellungsbestrebungen und einen gesellschaftlichen Reflexionsprozess in Bezug auf „welche Arbeiten [...] uns warum wie viel Wert [sind] und welche [...] aufgewertet [gehören], das heißt auch mit höheren Löhnen versehen und welche Bullshitjobs brauchen wir eigentlich nicht, weil sie uns und die Welt zerstören“ (Mader Interview 2024: 7). Wenn alle (Re)Produktivitäten gleichwertig werden, werden die Dichotomisierungen zwischen der Gesellschaft und der Natur, zwischen weiblich und männlich belanglos. „Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit sind nicht mehr nur moralische Anliegen, sondern Gerechtigkeit wird zur Basis, zu einer essentiellen Ressource nachhaltiger Ökonomie“ (Biesecker & Hofmeister 2010: 75).

4.4.2 Gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit

In einer care-zentrierten Ökonomie, die wirtschaftlichen Erfolg anhand der menschlichen Bedürfnisbefriedigung statt marktbezogener Wachstumsraten misst, werden auch Aktivitäten abseits der Lohnarbeit als wertproduzierende Arbeiten anerkannt. Die verkürzte Sicht von Arbeit als Erwerbsarbeit ist mittels Rechtsvorschriften und im Wohlfahrtsregime in Österreich verankert, was (migrantische) Care-Arbeiter:innen deutlich zu spüren bekommen durch etliche strukturelle Benachteiligungen durch die zugeschriebene Verantwortung für den Großteil der unbezahlten (Sorge-)Arbeit (Appel & Prainsack 2024). Die Transformation zu

einer solidarischen Care-Wirtschaft kommt über eine Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Bedeutung von (Erwerbs-)Arbeit nicht hinweg.

Margit Appel und Barbara Prainsack diskutieren in ihrem Buch die der (Erwerbs-)Arbeit zugeschriebenen Versprechen der Sinnstiftung, Integration, Erfüllung und Statusgewinn und geben zu, dass diese ohne Arbeit kaum erreichbar seien, „aber ebenso wenig nur durch sie“ (2024: 39). Im kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem wirkt Lohnarbeit als ein Macht- und Herrschaftsinstrument, das Ungleichheiten entlang sozialer Kategorien wie Geschlecht, Klasse, *Race*, *ability* oder Alter (re-)produziert. Sie ist ein Schlüsselement des Kapitalismus neben der Ausbeutung jeder anderen Form von Arbeit, vor allem der schlecht- oder unbezahlten Care-Arbeit (Appel & Prainsack 2024). „Die der heutigen Arbeitsgesellschaft inhärente Bevorzugung einer Arbeits- und Herstellungslogik braucht den ungebrochenen Glauben an Wachstum, braucht den Glauben an Arbeit und wieder Arbeit als Lösung der sich zeigenden Probleme“ (Appel & Prainsack 2024: 43). Es besteht eine Verknüpfung und gegenseitige Abhängigkeit zwischen ökonomischem Wachstum und westlichen Wohlfahrtssystemen, da die Finanzierung des Sozialstaates auf Wachstum angewiesen ist und der Wohlfahrtsstaat selbst Wirtschaftswachstum vorantreibt (Büchs 2021). Arbeitsplatzargumente werden im kapitalistischen Wirtschaftssystem als Rechtfertigung für exzessives Wachstum genutzt und treiben Wettbewerb, Kommodifizierung und Produktivitätssteigerung voran (Appel & Prainsack 2024).

Um die Hierarchisierung von Arbeitstätigkeiten und die Dominanz der Erwerbsarbeit als Wachstumsgenerator aufzulösen, müssen strukturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Menschen nicht weiter gezwungen werden, ihr ganzes Leben unter Erwerbsarbeit unterzuordnen und sie mehr Zeit und Ressourcen für andere lebensnotwendige (Care-)Tätigkeiten zur Verfügung haben (Mader Interview 2024: 17). In den Debatten um die Errichtung eines für- und vorsorgenden Sozialstaates innerhalb planetarer Grenzen wird häufig die Entkopplung von Arbeit und Lohn im Rahmen eines Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) als eine mögliche Strategie diskutiert (Ax 2013, Appel & Prainsack 2024, Büchs 2021). Das BGE kann als ein „Instrument zur Ermöglichung der Emanzipation von herrschaftlichen Verhältnissen“ (Appel & Prainsack 2024: 32) konzipiert werden, das eine neue gesellschaftliche Ordnung herbeiführen kann durch die Garantie sozialer Sicherheit und menschlicher Bedürfnisbefriedigung auch abseits erwerbsarbeitsbezogener Bedingungen. Der österreichische Wohlfahrtsstaat ist mittelmäßig

dekommodifizierend, d.h. die Erwerbsarbeit ist immer noch eine zentrale Grundlage sozialer Sicherung und gesellschaftlicher Stellung (Esping-Andersen 1990, 1999; Pfau-Effinger 2005a), wobei wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen vermehrt auf die bürgerliche Aktivierung und Befähigung im Arbeitsmarkt ausgerichtet sind und die Bevölkerung (re-)kommodifizieren (Appelt & Fleischer 2014). Das BGE könnte den Prozess einer Dekommodifizierung beschleunigen und die Hierarchie zwischen Arbeitnehmer:innen und Kapitalbesitzer:innen kippen (Büchs 2021).

Von Befürworter:innen wird das BGE als eine Chance gesehen, Menschen mehr Wahlfreiheit bezüglich ihrer Lebensgestaltung zu geben, Verteilungsgerechtigkeit zu schaffen, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, Armut zu beseitigen und nicht zuletzt unbezahlte Care-Arbeit aufzuwerten und im Sinne der Geschlechtergleichstellung gerechter zu verteilen durch die dazugewonnene Zeit abseits der Erwerbsarbeit (Appel & Prainsack 2024, Winker 2021, Haidinger & Knittler 2016). Kritik am BGE kommt aus verschiedenen Seiten; gewinnorientierte Lobbys und Politiker:innen sehen es als nicht-finanzierbar und unnötig (WKO 2024), während vor allem feministische Skeptiker:innen und auch die befragten Expertinnen darin eher eine Förderung kapitalistischen Verhaltens, eine 'Herdprämie' und eine Verhärtung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung befürchten. An der Verteilung von unbezahlter Arbeit würde sich demnach nichts ändern, Frauen würden nur dafür entlohnt (Mader Interview 2024: 6, Schultheiß Interview 2024: 6, Klatzer Interview 2024: 5, Appel & Prainsack 2024). Trotz der Argumentationslinie, das BGE würde die Emanzipation von Frauen hindern durch fehlende Anreize, erwerbstätig und dadurch eigenständig abgesichert zu sein, machen Margit Appel und Barbara Prainsack darauf aufmerksam, dass sich Frauen historisch gesehen auch in Abwesenheit eines BGE emanzipieren und wichtige Rechte für sich beanspruchen konnten, und hinterfragen deshalb die Annahme, eine einzige Maßnahme könne dies zukünftig verhindern (Appel & Prainsack 2024).

Nichtsdestotrotz ist aus einer wachstumskritischen Perspektive die Befürchtung des Verharrens in kapitalistischen Strukturen ernst zu nehmen. Elisabeth Klatzer fordert aus diesem Grund statt einem bedingungslosen Grundeinkommen, das sich auf (kapitalistischen) Konsum fokussiert, eher eine bedingungslose Grundversorgung, die auf die Bereitstellung und Produktion lebensnotwendiger Dienstleistungen und Mittel ausgerichtet ist (Klatzer Interview 2024: 5, siehe Unterkapitel 4.3.2). Gerade aufgrund dieser unterschiedlichen Foki könnten die Maßnahmen jedoch als komplementär statt konkurrierend gestaltet werden (Büchs 2021, Appel & Prainsack 2024). So könnte etwa ein partielles Grundeinkommen auf

einem niedrigen Einkommensniveau (Van Parijs & Vanderborght 2017) neben einer umfassenden bedingungslosen Grundversorgung den Übergang zu einem care-zentrierten Wirtschaften begünstigen (Büchs 2021), indem es Menschen ermöglicht, emanzipiert und unabhängig vom Arbeitsmarkt ihren Bedürfnissen nachzukommen, solange Geld noch im Zentrum wirtschaftlicher Aktivität steht. Auch wenn die Risiken des BGE zu beachten und die Ausgestaltung und Finanzierung der Maßnahme notwendigerweise demokratisch zu diskutieren sind, könnte das Instrument in Verbindung mit geschlechterpolitischen Gleichstellungsmaßnahmen, einer großflächigen Care-Infrastruktur und einer BGV den Herrschaftscharakter von Erwerbsarbeit, der in Österreich in wohlfahrtsstaatlichen Strukturen verankert ist, zurückdrängen (Appel & Prainsack 2024, Winker 2021).

Das BGE steht aktuell in Österreich eher selten im Zentrum politischer Debatten, wobei das nicht heißt, dass die Diskussion um Erwerbsarbeit und ihre Bedeutung nicht angefochten wird. Ein Grundeinkommen ist immerhin nicht die einzige Maßnahme, um Erwerbsarbeit nicht länger über das ganze Leben der Bevölkerung überzuordnen und stattdessen Zeit und Raum für andere Arbeiten, vor allem aber nicht nur für Care-Arbeit, zu schaffen (Mader Interview 2024: 7). Wenn die Bedeutung von (unbezahlter) Care-Arbeit für den gesellschaftlichen Wohl- und Bestand sichtbar und sie dadurch auch gerechter verteilt werden soll, muss über eine Arbeitszeitverkürzung in der Lohnarbeit diskutiert werden.

4.4.3 Erwerbsarbeitszeitverkürzung

Wie in den vorherigen Kapiteln diskutiert, verlangt die Überwindung der ökonomischen Abtrennung der Reproduktion von der Produktion eine erweiterte Arbeitsdefinition jenseits des Produktivitätsbegriffs und eine Neubewertung der gesellschaftlichen Bedeutung von Erwerbsarbeit bei gleichzeitiger Aufwertung von Sorge- und Hausarbeit als gesellschaftlich-wichtiger Arbeit. Damit Care-Arbeit den gesellschaftlichen Stellenwert bekommt, der für die qualitative Ausübung der Aufrechterhaltung des menschlichen Lebens notwendig ist und sie als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ausgeübt, das heißt auch zwischen den Geschlechtern fair verteilt wird, brauchen Menschen mehr Zeit und Ressourcen für (re)produktive Tätigkeiten abseits der Lohnarbeit und für Beteiligung und Mitentscheidung bei der Ausübung. „[W]enn man Care neu denken will, werden wir über eine neue Vollzeitarbeit wahrscheinlich nicht hinweggekommen“ (Staflinger Interview 2024: 10). Die Ergebnisse der Expertinneninterviews zeigen, dass eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung (EAZV) eine zu begrüßende sozial-ökologische Umsetzungsstrategie einer care-zentrierten

Wirtschaft darstellt (Mader Interview 2024: 7, 14, 17, Schultheiß Interview 2024: 5, 8, 18, 22f, Staflinger Interview 2024: 9).

Aus einer feministischen Perspektive ist eine EAZV wichtig, weil dadurch analog zum BGE die Dominanz der Erwerbsarbeit relativiert und mehr Zeit für nicht entlohnte Sorge-, Haus- und Subsistenzarbeit verfügbar wird (Winker 2021, Haug 2014). Familie und Beruf könnten demnach besser vereinbart und die Mehrfachbelastung von Frauen minimiert werden, wenn allen mehr Zeit zur Verfügung steht, sich um Haushalts- und Sorgetätigkeiten zu kümmern. Ein Automatismus dieser Entwicklung lässt sich allerdings nicht erwarten, was bereits zahlreiche Studien zur ungleichen Verteilung von Sorgearbeit zu Lasten von Frauen und einer Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse während der Covid-19-Pandemie hervorheben (Arbeiterkammer 2021, Foissner et al. 2021, Czymara et al. 2021). Auch hier sind weitere begleitende care-zentrierte Gleichstellungsmaßnahmen zu setzen, damit Männer tatsächlich ihren fairen Anteil an unbezahlter Care-Arbeit übernehmen und Frauen entlasten (Mader Interview 2024: 7, Schultheiß Interview 2024: 6).

Eine EAZV gewichtet nicht nur das Verhältnis zwischen Lohn- und Care-Arbeit neu, sondern ermöglicht auch die Neugestaltung und Verteilung von kultureller und politischer Arbeit. Die Gesellschaftsmitglieder einer solidarischen Care-Gesellschaft brauchen Zeit, um sich politisch in Vereinen oder Parteien zu organisieren und bei demokratischen Entscheidungen mitzuwirken. Verkürzte Erwerbsarbeitszeiten sind deshalb auch eine Voraussetzung für die Möglichkeit, eine solidarische Gesellschaft aktiv und demokratisch mitzugestalten, sich an den Prozessen der Vergesellschaftung zu beteiligen und schließlich kapitalistisch-patriarchal-koloniale Ausbeutungsverhältnisse zu revidieren (Dengler & Lang 2022, Winker 2021, Haug 2014).

Eine Verkürzung der Vollzeitwerbstätigkeit ist für eine an Vorsorge orientierte Wirtschaft ein relevantes Instrument, weil sie eine Art Umverteilung von den Unternehmen zu den Angestellten ermöglicht (Schultheiß Interview 2024: 18f). Wichtig ist, dass die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit mit einem Lohn- und Personalausgleich einhergeht und ohne Erhöhung der Arbeitsintensität realisiert wird, damit physische und psychische Belastungen und Erschöpfungszustände von Vollzeitarbeitenden effektiv verhindert werden. Unter diesen Bedingungen ist die EAZV ein essentieller Beitrag nicht nur für die Verteilung von Arbeit und Zeit, sondern auch von Einkommen. Lohnunterschiede können bei gleicher Erwerbsarbeitszeit schrittweise verringert werden, wenn sich der Lohnausgleich nach Gehaltsgruppen richtet und vor allem den niedrigen Einkommensgruppen zu Gute kommt. Auch die

Einkommensunterschiede zwischen Teil- und Vollzeitbeschäftigten würden sich bei einer minimierten Vollzeit reduzieren (Winker 2021), sowie der daraus resultierende Gender Pay/Pension/Time Gap.

Aus einer ökologischen Perspektive ist relevant, durch eine EAZV auch das tatsächliche Erwerbsarbeitsvolumen zu verringern, um eine Reduktion von Treibhausgasemissionen herbeizuführen. Die Senkung hängt mit der Gestaltung der Erwerbsarbeitszeitreduktion und dem Einkommenseffekt zusammen, so eine Studie des Deutschen Umweltbundesamts (Schumacher et al. 2019). Demnach seien vor allem in einem 4-Tage-Woche-Szenario bei teilweisem Lohnausgleich die Gesamtemissionen um 1,4 Prozent reduzierbar, während sie sich bei einer reduzierten Tageserwerbsarbeitszeit lediglich um 0,6 Prozent senken lassen (ebd., Winker 2021). Inwieweit der Energie- und Ressourcenverbrauch gesenkt wird, hängt klarerweise von der Nutzung der frei-gewordenen Zeit ab (Konzeptwerk Neue Ökonomie 2023), wobei durch die zahlreichen in dieser Arbeit vorgestellten Handlungsvorschläge eines sozial-ökologischen Umbaus darauf hoffen lassen, dass die Bevölkerung unter den care-zentrierten Rahmenbedingungen mehr Zeit für vorsorgende und nachhaltige Aktivitäten nutzt anstatt konsumhungriger zu wirtschaften.

Die genaue Gestaltung der Erwerbsarbeitszeitverkürzung muss (so wie alle bislang vorgestellten Maßnahmen) demokratisch und unter Berücksichtigung verschiedener (Care-)Arbeitsrealitäten ausgehandelt werden. Das Modell einer kurzen Vollzeit (etwa 28-32 Stunden) kann etwa in Form einer 4-Tage-Woche oder als eines verkürzten Arbeitstages – was vor allem für Care-Tätige in unterschiedlichen Lebenssituationen relevant ist, da Care-Arbeit jeden Tag anfällt (Schultheiß Interview 2024: 23, Winker 2021) – realisiert werden. Radikaler und utopischer gestalten lässt sich der zukünftige Arbeitstag nach der Soziologin und feministischen Marxistin Frigga Haug, die die Überlegungen hinsichtlich einer sozial-ökologischen Zeitgestaltung in ihrer 4-in-1-Perspektive zusammenfasst und der Erwerbs-, Sorge-, Selbst- und Kultur-/Politikarbeit jeweils 4 Stunden täglich zuteilt (Haug 2014).

Dass es sich bei einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit um keine Utopie handelt, zeigt die historische Entwicklung der Erwerbsarbeitszeit der meisten europäischen Länder von etwa 65 Wochenstunden und einer 6-Tage-Woche in 1870 zu etwa 40 Stunden bei einer 5-Tage-Woche bereits zu Ende des 20. Jahrhunderts (De Spiegelaere & Piasna 2020). Zahlreiche EAZV-Experimente, wie etwa in Island (Haraldsson et al. 2024), in Frankreich (De Spiegelaere 2020b), bei Volkswagen (De Spiegelaere 2020a, IG Metall 2021) oder dem

schwedischen Seniorenheim Svartedalen (Pintelon 2020), aber auch Erfahrungsberichte aus österreichischen Betrieben wie der Online-Marketing-Firma eMagnetix (eMagnetix 2019) oder dem Recruitingunternehmen epunkt (ÖGB 2022), die bereits eine kurze Vollzeit einführen, können als Motivationsbeispiele (mit Verbesserungspotential!) dienen, um eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit in Österreich großflächig einzufordern und umzusetzen. Parteien wie die SPÖ und die Grünen sprechen sich zwar für eine 4-Tage-Woche aus, die FPÖ, ÖVP und Neos lehnen diese kategorisch ab (Oberndorfer 2024), weshalb ein zivilgesellschaftlicher Bewegungsaufbau (siehe Kapitel 4.2.2) auch für diese Strategie ausschlaggebend ist.

Eine Überwindung der kapitalistischen Hierarchisierung von entlohnter Produktivitätsarbeit über die sog. Reproduktionsarbeit wird durch eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung möglich, doch sie muss von den Bürger:innen und Care-Arbeitenden aktiv eingefordert werden. Arbeitnehmer:innen müssen sich organisieren und im Rahmen einer care-zentrierten Bewegung die Ausgestaltung einer gesunden Vollzeit gemeinsam erarbeiten, um vor allem unbezahlte (Care-)Arbeit nicht länger im Schatten der Erwerbsarbeit stehen zu lassen. Die Vorteile einer EAZV sind sowohl für Arbeitnehmer:innen als auch Arbeitgeber:innen und Care-Arbeitende vielfach. Die Neugestaltung der Erwerbsarbeitszeit mit einer potentiellen Nivellierung der Einkommensdifferenzen kann als Beitrag dazu dienen, Solidarität einzuüben und einen gleichen Verdienst pro Erwerbsarbeitsstunde zu etablieren, woraus sich schlussendlich die Absurdität der Trennung in bezahlte ‘produktive’ und unbezahlte ‘reproduktive’ Arbeitsbereiche herauskristallisieren kann (Winker 2021).

4.5 Wirtschaftswissenschaften enthierarchisieren

Eine care-zentrierte Wirtschaftstransformation braucht Sphären, wo sie diskutiert werden kann. Im Übergang zu einer vorsorgenden Wirtschaft bedarf es nicht nur der Auseinandersetzung mit dem Kontext der realpolitischen Umsetzung, sondern auch mit der wissenschaftlichen Ebene, da gerade diese die erste Möglichkeit zur Diskussion vor der politischen Umsetzung darstellt. Wirtschaftswissenschaften fungieren nach Katharina Mader als „erstes Gatekeeping“: in der Mainstream Ökonomie bekommt die Care-Ökonomie „nicht nur keine Anerkennung, sondern [...] eine totale Abwertung“; sie werde „nicht als wertvolle Wissenschaft wahrgenommen, sondern maximal als Ideologie“(Mader Interview 2024: 8). Feministische (Care-)Ökonomie ist in Österreich bislang nicht Teil der Standardausbildung. Es werden zwar manchmal Frauen am Arbeitsmarkt thematisiert, doch der Rest der

wirtschaftswissenschaften Ausbildung bleibt geschlechterunsensibel (Klatzer Interview 2024: 18). Heterodoxe und feministische Wirtschaftsansätze finden hierzulande keinen Platz im Exzellenzsystem der Wirtschaftswissenschaften (Mader Interview 2024: 18), da die Forschungen nicht finanziert werden und großteils nur neoklassisch-ökonomische oder neoliberale Konzepte Einzug finden, die von der gewinnorientierten Wirtschaft interessengeleitet sind (Klatzer Interview 2024: 18, Mader Interview 2024: 18).

Diese Kritik ist nicht neu und stimmt mit der Analyse zahlreicher feministischer Ökonomiker:innen überein (Haidinger & Knittler 2016, Maier 2019, Beblo 2015). Auch trotz ihrer vielfältigen theoretischen sowie empirischen Fundierung bleibt feministische Ökonomik im DACH-Raum nicht nur in der Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre unberücksichtigt, aber auch in der Politischen Ökonomie werden Geschlechterverhältnisse auch heute noch kaum ökonomisch analysiert (Maier 2019). In Lehrbüchern werden in der Regel Wirtschaftssubjekte (Konsumenten, Unternehmer, Sparer, Investoren) als geschlechtslos dargestellt und thematisieren Geschlecht, wenn überhaupt, in Bezug auf den Arbeitsmarkt, wobei Männer als Referenz und Frauen als Problemgruppe dargestellt werden (Beblo 2015) und den Androzentrismus der (Wirtschafts-)Wissenschaften weiter einzementieren. Der Homo oeconomicus als Fundament der heutigen Wirtschaftstheorie basiert auf dem Stereotyp des weißen, männlichen Bürgers und schließt abweichende Identitäten und Realitäten aus (Habermann 2010, Haidinger & Knittler 2016). Dabei ist längst klar, dass die Rationalität, Autonomie und Objektivität eines unbeeinflussbaren Homo oeconomicus in der realen Welt kaum existiert. Die Dynamik der menschlichen bzw. weiblichen und natürlichen Care-Arbeit, geschweige denn ihre Wichtigkeit für den 'produzierenden' Wirtschaftsbereich, an dessen Erfolg der gesellschaftliche Wohlstand gemessen wird, wird in der Mainstream-Ökonomik regelrecht ignoriert und resultiert in einer geschlechterblinden Wirtschaftspolitik, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern (re-)produziert (Haidinger & Knittler 2016).

In Anbetracht dieser Herausforderungen im wissenschaftlichen Kanon benötigt die skizzierte sozial-ökologische Zukunft einen grundlegenden wissenschaftlichen Richtungswechsel mit geschlechtssensiblen Fragestellungen als Fundament wirtschaftlicher Forschung und Theorie. Feministische Ökonomie soll großflächig gefördert und ein zentraler Bestandteil der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung werden, damit Care-Arbeit nicht länger im kapitalistisch-patriarchalen System ausgebeutet wird und eine neue Wirtschaft basierend auf

Vorsorge, Kooperation und der Orientierung am für das Gute Leben Notwendige etabliert werden kann. Es braucht ausreichend Ressourcen für feministische Wissensproduktion an ökonomischen Wirtschaftsinstituten, „die die Schnittstelle von Geschlechterverhältnissen und Wirtschaften in den Fokus nehmen“ (Klatzer Interview 2024: 18). Eine Integration feministischer Wissenschaft in die Mainstream-Ökonomie wird dabei helfen, die (Re)Produktionskraft von menschlicher Care-Arbeit und der Natur ökonomisch anzuerkennen, sodass die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion theoretisch als auch praktisch überwunden wird. Eine wissenschaftliche Inter- und Transdisziplinarität ist essentiell, um die Krisen des Reproduktiven entsprechend anzugehen. Ein care-zentriertes Wirtschaften braucht Solidarität und die Vernetzung zwischen verschiedenen (heterodoxen) Wissenschaftsdisziplinen, um bestmögliche Lösungen und Handlungsvorschläge zu bieten (Mader Interview 2024: 18). Nur wenn in den wirtschaftswissenschaftlichen Institutionen in Österreich gelehrt wird, dass Wirtschaften viel mehr ist als profitorientierter Tausch, kann die Beziehung zwischen Care-Arbeit und sog. Produktionsarbeit neu gestaltet und die (Re)Produktivitätskraft von Arbeiten neu definiert werden.

5. Fazit - den Weg zum care-zentrierten Wirtschaften ebnen

Die vorliegende Forschungsarbeit untersucht die Möglichkeiten und Umsetzungsstrategien einer ökonomischen Transformation hin zu einer care-zentrierten Wirtschaft im österreichischen Kontext. Aufgrund sich häufender und nicht länger ignorierbarer Missstände des aktuellen kapitalistischen Wirtschaftssystems, geäußert in internationalen Care-, Klima-, Finanz-, Energie- und Wohnungskrisen, multidimensionalen Ungleichheiten und zerstörerischen Ausbeutungsverhältnissen (Dowling 2021a, Meier-Gräwe et al. 2023, Winker 2015, 2021) trägt diese Arbeit mit konkreten Lösungsansätzen zur Entwerfung einer nachhaltigen und geschlechtergerechten Alternative zum aktuellen krisenhaften Status Quo bei. Eine solche sozial-ökonomisch-ökologische Transformation verlangt Care im Zentrum der Analyse und erkennt Fürsorgearbeit als einen grundlegenden Baustein aller menschlichen Tätigkeit an, während gewinngetriebenes Handeln, das trotz der Zerstörung der gesellschaftlichen Lebensgrundlage die wirtschaftliche Definition und Ausrichtung bestimmt, zu überwinden gilt (Praetorius 2015, Meier-Gräwe et al. 2023). Eingebettet in das Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens (Biesecker 2011, Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013) wird somit anhand von vier Expert:inneninterviews nach Strategien gesucht, die das Potential haben, die konzeptionelle Trennungsstruktur der Ökonomie in vermeintlich produktive und reproduktive Arbeiten als Grundursache der Krisen des Reproduktiven (Biesecker & Hofmeister 2010) zu überwinden und die Wirtschaft an menschlicher Bedürfnisbefriedigung statt an Profit und Wachstum auszurichten.

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass derzeit in Österreich von Care als sozial-ökologischer Handlungsrationalität (Biesecker et al. 2019) in Bezug auf wirtschaftliche und politische Entscheidungen nicht gesprochen werden kann, da gewinnmaximierendes Wirtschaften strukturell tief verankert, gefördert und belohnt wird. Care-zentrierte Lebensweisen zu fördern ist derzeit keine politische Priorität; die Regierung überfördert profitorientierte Unternehmensstrukturen bei einer Unterfinanzierung des Care-Sektors und belohnt durch niedrige Steuern auf Unternehmensgewinne und Vermögen ein paar wenige Reiche (Männer) der Gesellschaft auf Kosten der vielen unterbezahlten und überlasteten Systemträger:innen. Diese Überforderung trägt dazu bei, dass zivilgesellschaftliche Akteur:innen zu eingespannt sind, um sich zu mobilisieren und Veränderungen einzufordern. Vor allem Frauen sind durch die zugeschriebene Verantwortung für unbezahlte Care-Arbeit neben Lohnarbeit zeitlich, psychisch und physisch belastet, da Männer ihren Anteil an der Für- und Vorsorgearbeit nicht übernehmen und das öffentliche Care-Angebot unzureichend ist, um den Care-Bedarf zu

decken. Trotz der gesellschaftlich unabdingbaren Rolle wird Care-Arbeit aber nicht als Arbeit gesehen, da das Konzept von Arbeit mit industriegesellschaftlicher Produktivität gleichgesetzt wird und (reproduktive) Arbeiten abseits der Erwerbsarbeit als solche nicht anerkennt. Die Trennung zwischen Reproduktion und Produktion zieht sich somit durch viele Gesellschaftsbereiche.

Probleme sind aber da, um gelöst zu werden. So ergeben sich basierend auf den aktuellen Herausforderungen zahlreiche greifbare Lösungsstrategien, die das Potential haben, die Abspaltung der Care-Ökonomie von der Marktökonomie zu überwinden und die geschlechtsspezifische Wertung im wirtschaftlichen Denken und Handeln durch die politisch-ökonomische Inwertsetzung der bisher abgespaltenen 'reproduktiven' Prozesse zu dekonstruieren (Biesecker et al. 2019, Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013, Knobloch 2013).

So können durch Prozesse der Vergesellschaftung und Demokratisierung gewinn- und wachstumgetriebene Unternehmensstrukturen abgebaut und mit Hilfe von neuen Kategorien der Sichtbarmachung wirtschaftlicher Leistung eine Kultur des Miteinanders und der Solidarität herbeigeführt werden. Politische Entscheidungsträger:innen können diese Entwicklung durch geschlechtergerechte und nachhaltige Prioritäten in der öffentlichen Ausgaben- und Einnahmenpolitik unterstützen, wobei für eine care-zentrierte Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse eine Emanzipation und Mobilisierung der Bevölkerung essentiell ist. Für die Finanzierung einer solidarischen Care-Ökonomie erweist sich das wirtschaftspolitische Instrument der Care-Abgabe (Saave-Harnack 2019, Saave 2023), das Unternehmensgewinne in den Care-Sektor leiten soll im Sinne einer Internalisierung externer schädlicher Effekte, eher nachrangig; stattdessen fordert diese Forschungsarbeit ein solidarisches Besteuerungssystem in seiner Gesamtheit mit einem besonderen Fokus auf Vermögens-, Erbschafts- und Körperschaftssteuern. Im Sinne der Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen (Für-)Sorgearbeit kann das Care-Regime durch drei Prozesse solidarisch(-er) gestaltet werden: Erstens durch eine gerechte Verteilung der unbezahlten Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern, zweitens durch eine Verlagerung der Sorgeleistungen ins Öffentliche im Rahmen eines Ausbaus der öffentlichen Care-Infrastruktur und einer bedingungslosen Grundversorgung, und drittens durch die graduelle Vergesellschaftung von Care-Arbeit abseits von Markt, Staat und Familie. In diesem Zusammenhang erschließt sich, dass Arbeit in ihrer Definition, gesellschaftlichen Bedeutung und Gestaltung neu gedacht werden muss, um die abwertende Trennung der Reproduktion

von der Produktion zu überwinden und den Fokus auf eine solidarische Versorgung zu legen. Als Arbeit sollen demnach alle (re)produktiven Tätigkeiten konzipiert werden, die zur Bedürfnisbefriedigung beitragen und ein gutes Miteinander ermöglichen, was das Diktat der gesellschaftlichen Unterwerfung allen Lebens unter die Lohnarbeit anprangert und begleitet von einer Erwerbsarbeitszeitverkürzung das geschlechtsspezifische Verhältnis von Produktions- und Reproduktionsarbeit redefiniert. Nicht zuletzt ergibt sich die Notwendigkeit, all diese Überlegungen im akademischen Rahmen der Wirtschaftswissenschaften durch eine Inklusion feministischer Ökonomie zu verankern, um eine vorsorgende, kooperative und am guten Leben orientierte Wissensproduktion zu etablieren.

Mit diesen konkreten Handlungsschritten trägt die Forschungsarbeit zur Illustration einer real umsetzbaren feministischen Zukunft bei. Obwohl die vorliegende Forschung den Fokus hauptsächlich auf soziale Care- bzw. Reproduktionsarbeit in Österreich limitiert, ist das Klima-Soziale in der Entwerfung einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsform unbedingt mitzudenken und eröffnet Anstöße zur weiteren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit stärker umwelt-zentrierten Umsetzungsstrategien einer vorsorgenden Wirtschaft. Ebenso können Lösungsansätze in anderen Wohlfahrtsregimen, auf einer supranationalen Ebene oder im Kontext der Wirtschaftssysteme der Länder des Globalen Südens in weiteren Forschungsarbeiten untersucht werden, da sich die diskutierten Strategien speziell auf Österreich beziehen und somit nur von geringer Übertragbarkeit geprägt sind. Wichtig hervorzuheben ist an dieser Stelle, dass es sich bei den Umsetzungsstrategien um Vorschläge handelt. Die tatsächliche Auswirkung auf das menschliche Zusammenleben wird in Zukunft noch erforscht werden müssen, um gegebenenfalls Anpassungen und Veränderungen in den sozial-ökonomisch-ökologischen Maßnahmen in einem globalisierten Rahmen vorzunehmen.

Der Weg zum care-zentrierten Wirtschaften liegt jedenfalls gar nicht so fern und entsteht im Gehen. Gerade bei Anbetracht der aktuellen welt- und innenpolitischen Lage mit Rechtspopulist:innen wie Donald Trump, Herbert Kickl oder Giorgia Meloni am Vormarsch, persistenter Armut und multidimensionalen Ungleichheiten, unaufhörlichen Kriegen und kontinuierlicher Umweltzerstörung und Klimaerhitzung ist es essentiell, die reale Umsetzbarkeit einer vorsorgenden, kooperativen und nachhaltigen Gesellschaft zu unterstreichen und die Hoffnung an eine alternative Lebensweise nicht zu verlieren. Es ist unumstritten, dass sexistische, rassistische, klassizistische, heteronormative und bodyistische Diskriminierungen nicht von heute auf morgen verschwinden werden und ihre Bekämpfung

viel Kraft und Ausdauer in Anspruch nehmen wird. Es wird viel Aufklärungsarbeit, Streiks, Diskussionen und Proteste brauchen, um die Profiteure des Kapitalismus von ihren Podesten zu stürzen und (re)produktive Gerechtigkeit zu etablieren. Obwohl eine großflächige Care-Revolution in Österreich bislang ausbleibt, haben bereits viele Aktivist:innen, Vereine, Initiativen und Gemeinschaften erste Schritte für einen Systemwechsel gesetzt. Veränderungen können auch im kleinen Rahmen entflammen und realisieren sich durch freiwilliges Engagement, Beziehungsarbeit, sich kümmern um und Gespräche mit Freund:innen und Familie, politische Entscheidungen und aktivistische Auseinandersetzungen. Auch wenn dadurch allein das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht gekippt wird, sind dies gemeinsam mit den diskutierten Umsetzungsstrategien wichtige Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Bewusstseins- und Normänderung, die den Weg zu einer solidarischen, geschlechtergerechten und nachhaltigen Gesellschaft ebnet. Auf geht's!

Literaturverzeichnis

Aigner, Isolde (2014): Ein Auto kann man stehen lassen, wenn Feierabend ist, aber nicht ein Kind, das nicht abgeholt wird: Gespräch mit Tove Soiland. *Wir Frauen*, 1(33), 14–15. Online verfügbar unter: <https://wirfrauen.de/ein-auto-kann-man-stehen-lassen-wenn-feierabend-ist-aber-nicht-ein-kind-das-nicht-abgeholt-wird/> (19.11.2023)

Appelt, Erna (2014). Sorgearbeit und soziale Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat. In: Aulenbacher, Brigitte & Dammayr, Maria. (Hrsg.). *Für sich und andere sorgen: Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*. Weinheim Basel: Beltz Juventa, 103-115.

Appelt, Erna & Fleischer, Eva (2014). Familiäre Sorgearbeit in Österreich. Modernisierung eines konservativen Care- Regimes? In: Aulenbacher, Brigitte; Riegraf, Birgit & Theobald, Hildegard (Hrsg.) *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime*. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 397-417. doi: 10.5771/9783845255545_401

Apitzsch, Ursula & Schmidbaur, Marianne (2010). Care und Reproduktion. Einleitung. In: Apitzsch, Ursula, & Schmidbaur, Marianne (Hrsg.). *Care und Migration: Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen*. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, 11-22.

Arbeiterkammer (2021). Corona: Arbeit und Care. Forschungsbericht. Wien: AK Wien. Online verfügbar unter: https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/familie/Corona_Arbeit_und_Care_Endbericht.pdf (06.12.2024)

Arbeiterkammer (2023). AK-Wohlstandsbericht 2023. Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich 2019-2024. Wien: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 245

Arbeiterkammer (o.D.) Leistungen. Online verfügbar unter: <https://www.arbeiterkammer.at/ueberuns/leistungen/index.html> (04.06.2024)

Arbeiterkammer Wien (o.D. a) A&W Blog. Online verfügbar unter: <https://www.awblog.at/index.html> (03.06.2024)

Arbeiterkammer Wien (o.D. b) Fakten & Mythen zur Vermögenssteuer. Online verfügbar unter: https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/steuergerechtigkeit/Fakten_und_Mythen_zur_Vermögenssteuer.html (21.11.2024)

Armingeon, Klaus (2019). Herausforderungen der Sozialpolitik durch den sozio-ökonomischen Strukturwandel. In: Obinger, Herbert & Schmidt, Manfred G. (Hrsg.) *Handbuch Sozialpolitik*. Springer VS, Wiesbaden, 385-408. https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1007/978-3-658-22803-3_20

Aulenbacher, Brigitte (2018). Care und Care Work - Eine neue Stufe ihrer Vergesellschaftung. *Feministische Studien*, 36(1), 78–91. doi: 10.1515/fs-2018-0007

Aulenbacher, Brigitte & Dammayr, Maria (2014a). Für sich und andere sorgen. Einleitung. In: Aulenbacher, Brigitte, & Dammayr, Maria (Hrsg.). *Für sich und andere sorgen: Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*. Weinheim Basel: Beltz Juventa, 9-15.

Aulenbacher, Brigitte & Dammayr, Maria (2014b). Krisen des Sorgens. Zur herrschaftsförmigen und widerständigen Rationalisierung und Neuverteilung von Sorgearbeit. In: Aulenbacher, Brigitte & Dammayr, Maria (Hrsg.). *Für sich und andere sorgen: Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*. Weinheim Basel: Beltz Juventa, 65- 76.

Aulenbacher, Brigitte; Leiblfinger, Michael & Prieler, Viktoria (2021). Das umstrittene Selbstständigenmodell – Live-in-Betreuung in Österreich. In: Aulenbacher, Brigitte; Lutz, Helma & Schwiter, Karin (Hrsg.). *Gute Sorge ohne gute Arbeit?: Live-in-Care in Deutschland, Österreich und der Schweiz* (1. Auflage). Weinheim: Beltz Verlagsgruppe, 66-78.

Austria Presse Agentur (APA) (2023). Neue Barcelona-Ziele - Österreich bei Kinderbetreuung weiter säumig. Online verfügbar unter: <https://science.apa.at/power-search/9577397563208047822> (14.03.2024)

Auth, Diana (2016). Soziale Sicherheit in Zeiten der Ökonomisierung: Wandel von Pflegearbeit in Großbritannien, Schweden und Deutschland Soziale Sicherheit in Zeiten der Ökonomisierung. In: Gabels, Gabriele (Hrsg.). *Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit*. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 333–354. doi: 10.5771/9783845266039-333

Ax, Christine (2013). Arbeit - gut fürs Leben. In: Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hrsg.). *Wege vorsorgenden Wirtschaftens*. Marburg: Metropolis-Verl., 297-310.

Barker, Drucilla K. (2012). Querying the Paradox of Caring Labor. *Rethinking Marxism*, 24(4), 574–591. <https://doi.org/10.1080/08935696.2012.711065>

Baumol, William J. (1967). Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis. *The American Economic Review*, 57(3), 415–426. <http://www.jstor.org/stable/1812111>

Beblo, Miriam (2015). Bekommt das Wirtschaftssubjekt ein Geschlecht? In: Beblo, Miriam; Andrea-Hiller, Carl; Gather, Claudia & Schmidt, Dorothea (Hrsg.). *Friederike matters – eine kommentierte Werkschau*. Berlin: Harriet Taylor Mill-Institut für Ökonomie und Geschlechterforschung, 13–17.

Benería, Lourdes; Berik, Günseli & Floro, Maria S. (2016). Gender, development, and globalization: economics as if all people mattered (2. Auflage). New York, London: Routledge, Taylor & Francis Group.

Bettio, Francesca & Plantenga, Janneke (2004). Comparing care regimes in Europe. *Feminist Economics*, 10(1), 85–113. doi: 10.1080/1354570042000198245

Biesecker, Adelheid (1997). Für eine vorsorgende Wirtschaftsweise notwendige (neue?) Institutionen. In: Allgoewer, Elisabeth & Diskussionskreis Frau und Wissenschaft (Hrsg.).

Ökonomie weiterdenken! Beiträge von Frauen zu einer Erweiterung von Gegenstand und Methode. Frankfurt a. M.: Campus, 53-77.

Biesecker, Adelheid (2011). Vorsorgendes Wirtschaften. Ökonomie für gutes Leben statt für Wachstum. In: Rätz, Werner (Hrsg.). *Ausgewachsen! ökologische Gerechtigkeit, soziale Rechte, gutes Leben; ein Projekt von Attac.* Hamburg: VSA-Verlag, 75-84.

Biesecker, Adelheid & Hofmeister, Sabine (2010). Im Fokus: Das (Re)Produktive. Die Neubestimmung des Ökonomischen mithilfe der Kategorie (Re)Produktivität. *Gender and Economics.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 51–80. doi: 10.1007/978-3-531-92347-5_3

Biesecker, Adelheid & Hofmeister, Sabine (2013). (Re)Produktivität als Kategorie Vorsorgendes Wirtschaftens. In: Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hrsg.). *Wege vorsorgenden Wirtschaftens.* Marburg: Metropolis-Verl., 137-158.

Biesecker, Adelheid & Hofmeister, Sabine (2015). (Re)Produktivität als ein sozial-ökologisches 'Brückenkonzept'. In: Katz, Christine; Heilmann, Sebastian; Thiem, Anja; Moths, Katharina; Koch, Lea M. & Hofmeister, Sabine (Hrsg.). *Nachhaltigkeit anders denken.* Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 77–91. doi: 10.1007/978-3-658-08106-5_7

Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine; Amri-Henkel, Andrea; Breitenbach, Sarah & Saave-Harnack, Anna (2019). (Re)Produktivität - eine Vermittlungskategorie für Vorsorgendes Wirtschaften. In: Knobloch, Ursula (Hrsg.). *Ökonomie des Versorgens: feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum (1. Auflage).* Weinheim: Beltz Juventa, 120-138.

Biesecker, Adelheid, & Gottschlich, Daniela (2013). Wirtschaften und Arbeiten in feministischer Perspektive – Geschlechtergerecht und nachhaltig? In: Hofmeister, Sabine (Hrsg.). *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit: die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften.* Opladen: Budrich, 178-194

Blecker, Robert A. & Braunstein, Elissa (2022). Feminist Perspectives on Care and Macroeconomic Modeling: Introduction to the Special Issue, *Feminist Economics*, 28(3), 1-22. doi: 10.1080/13545701.2022.2085880

Büchs, Milena (2021). Sustainable welfare: How do universal basic income and universal basic services compare? *Ecological Economics*, 189, 1-12.
<https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2021.107152>

Bundeskanzleramt (BKA) (2023). Bundesverfassungsgesetz Art. 13. Online verfügbar unter: [https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138&FassungVom=2023-12-22&Artikel=13&Paragraf=&Anlage=&Uebergangsrecht=#:~:text=Artikel%2013.&text=\(3\)%20Bund%2C%20L%C3%A4nder%20und,von%20Frauen%20und%20M%C3%A4nnern%20anzustreben.](https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138&FassungVom=2023-12-22&Artikel=13&Paragraf=&Anlage=&Uebergangsrecht=#:~:text=Artikel%2013.&text=(3)%20Bund%2C%20L%C3%A4nder%20und,von%20Frauen%20und%20M%C3%A4nnern%20anzustreben.) (23.10.2024)

Bundeskanzleramt (BKA) (2024). Kinderbetreuungsgeld und Familienzeitbonus. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wien. Online verfügbar unter: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:aa26c595-a44b-4156-bb07-bdcd33f66b87/bro_kinderbetreuungsgeld_2024.pdf (13.03.2024)

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) (2022). Pflegekarenz/Pflegezeit und Familienhospizkarenz/Familienhospizzeit. Ein Überblick. Wien. Online verfügbar unter: <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=389> (13.03.2024)

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (2019). Pflegepersonal-Bedarfsprognose für Österreich. Eine Studie der Gesundheit Österreich GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz. Online verfügbar unter: <https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:682452a5-a04e-47e2-a157-e5f0abd31a6e/Pflegepersonal-Studie%20Kurzfassung.pdf> (14.03.2024)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2016). Dauerhaft ungleich - berufsspezifische Lebenserwerbseinkommen von Frauen und Männern in Deutschland. Berlin. Online verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/113474/cfb3b8047964183010cc5c9e2ae48c2b/dauerhaft-ungleich-berufsspezifische-lebenserwerbseinkommen-von-fauen-und-maennern-in-deutschland-data.pdf> (25.03.2024)

Callen, Tim (o.D.) Gross Domestic Product: An Economy's All. *Finance & Development*. Online verfügbar unter: <https://www.imf.org/en/Publications/fandd/issues/Series/Back-to-Basics/gross-domestic-product-GDP> (02.10.2024)

Cantillon, Sara; Mackett, Odile & Stevano, Sara. (2023). *Feminist Political Economy: A Global Perspective*. Agenda Publishing.

Charmaz, Kathy (2014). *Constructing grounded theory* (2nd edition.). London: SAGE Publications.

Clarke, Adele E. (2012). Feminism, grounded theory and situational analysis revisited. In: Hesse-Biber, Sharlene (Hrsg.). *The handbook of feminist research: Theory and praxis* (2nd ed.). Thousand Oaks, CA: Sage, 388-412

Corbin, Juliet M., & Strauss, Anselm (1990). Grounded theory research: Procedures, canons, and evaluative criteria. *Qualitative Sociology*, 13(1), 3–21. doi: 10.1007/BF00988593

Costanza, Robert; Hart, Maureen; Posner, Stephen & Talberth, John (2009). *Beyond GDP: the need for new measures of progress*. Pardee Paper 4. Boston: Frederick S. Pardee Center for the Study of the Longer-Range Future, Boston University.

Craig, Lyn & Churchill, Brendan (2021). Dual-earner parent couples' work and care during COVID-19. *Gender, Work, and Organization*, 28(1), 66–79. <https://doi.org/10.1111/gwao.12497>

Czymara, Christian S.; Langenkamp, Alexander & Cano, Tomás (2021). Cause for concerns: gender inequality in experiencing the COVID-19 lockdown in Germany. *European Societies*, 23(1), 68-81, doi: 10.1080/14616696.2020.1808692

Daly, Herman E. & Farley, Joshua C. (2011). *Ecological economics: principles and applications*. Island Press.

De Henau, Jérôme; Himmelweit, Susan; Lampniewska, Zofia & Perrons, Diane (2016). Investing in the Care Economy. A Gender Analysis of Employment Stimulus in Seven OECD Countries. Brüssel: International Trade Union Confederation.

Dengler, Corinna & Lang, Miriam (2022). Commoning Care: Feminist Degrowth Visions for a Socio-Ecological Transformation. *Feminist Economics*, 28(1), 1-12. doi: 10.1080/13545701.2021.1942511

De Spiegelaere, Stan (2020a). Die 28,8-Stunden-Woche bei Volkswagen. In: De Spiegelaere, Stan & Piasna, Agnieszka (Hrsg.). *Arbeitszeitverkürzung: Wieso, weshalb – und wie*, 86-89. Online verfügbar unter: https://www.etui.org/sites/default/files/2020-07/Arbeitszeitverk%C3%BCrzung-Wieso%20weshalb%20und%20wie_2020-WEB-2.pdf (09.12.2024)

De Spiegelaere, Stan (2020b). Frankreich. In: De Spiegelaere, Stan & Piasna, Agnieszka (Hrsg.). *Arbeitszeitverkürzung: Wieso, weshalb – und wie*, 81-83. Online verfügbar unter: https://www.etui.org/sites/default/files/2020-07/Arbeitszeitverk%C3%BCrzung-Wieso%20weshalb%20und%20wie_2020-WEB-2.pdf (09.12.2024)

De Spiegelaere, Stan & Piasna, Agnieszka (2020). *Arbeitszeitverkürzung: Wieso, weshalb – und wie*. Online verfügbar unter: https://www.etui.org/sites/default/files/2020-07/Arbeitszeitverk%C3%BCrzung-Wieso%20weshalb%20und%20wie_2020-WEB-2.pdf (09.12.2024)

derStandard (2024). Tausende demonstrieren auf Österreichs Straßen: "Fluten steigen, Politiker schweigen" <https://www.derstandard.at/story/3000000237503/fridays-for-future-rief-zum-nationalratswahl-klimastreik-auf> (29.11.2024)

Donath, Susan (2000). The Other Economy: A Suggestion for a Distinctively Feminist Economics. *Feminist Economics*, 6(1), 115–123. doi: 10.1080/135457000337723

Dowling, Emma (2016). Valorised but not valued? Affective remuneration, social reproduction and feminist politics beyond the crisis. *British Politics*, 11(4), 452–468. doi: 10.1057/s41293-016-0036-2

Dowling, Emma. (2021a). The care crisis: what caused it and how can we end it? London New York: Verso.

Dowling, Emma (2021b). Caring in Times of a Global Pandemic. Introduction. *Historical Social Research*, 46(4), 7–30. doi: 10.12759/hsr.46.2021.4.7-30

Duden (o.D) Sorge. Online verfügbar unter: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Sorge> (05.03.2024)

Duffy, Mignon (2005). Reproducing Labor Inequalities: Challenges for Feminists Conceptualizing Care at the Intersections of Gender, Race, and Class. *Gender & Society*, 19(1), 66–82. doi: 10.1177/0891243204269499

Dullnig, Ursula & Müller-Schöffmann, Milena (2016). Globalisierter CARE-Arbeitsmarkt. In: Dullnig, Ursula; Gubitzer, Luise; Klawatsch-Treidl, Eva; Mbwisi-Henökl, Birgit; Müller-Schöffmann, Milena; Novy, Traude & Joan Robinson - Verein zur Förderung Frauengerechter Verteilung Ökonomischen Wissens (Hrsg.). *Wirtschaft anders denken: Feministische Care-Ökonomie: Theorie und Methoden*. Wien: Eigenverlag, 28-31.

Duvander, Ann-Zofie; Rostgaard, Tine; Eydal, Guðný Björk; Brandth, Berit; Gíslason, Ingólfur V. & Lammi-Taskula, Johanna (2019). Gender equality: Parental Leave design and evaluating its effects on fathers' participation. In: Moss, Peter; Duvander, Anne-Zofie & Koslowski, Alison (Hrsg.). *Parental Leave and Beyond: Recent International Developments, Current Issues and Future Directions*. Bristol: University Press, 187–204.

Earle, Alison; Raub, Amy; Sprague, Aleta & Heymann, Jody (2023). Progress towards gender equality in paid parental leave: an analysis of legislation in 193 countries from 1995–2022.

Community, Work & Family, 1–21.
<https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1080/13668803.2023.2226809>

ECO Austria (2023). Ökonomische Bewertung und Effekte von vermögensbezogenen Steuern. Online verfügbar unter: https://ecoaustria.ac.at/wp-content/uploads/2024/03/20231031_Endbericht_Vermögensbezogene_Steuer.pdf (21.11.2024)

Elsässer, Lea; Fastenrath, Florian & Rehm, Miriam (2023). Making the rich pay? Social democracy and wealth taxation in Europe in the aftermath of the great financial crisis. *European Political Science Review*, 15(2), 194–213.
<https://doi.org/10.1017/S1755773922000510>

eMagnetix (2019). 1 Jahr #30sindgenug – Zahlen, Fakten & Tatsachen. Online verfügbar unter: <https://www.emagnetix.at/stories/1-jahr-30sindgenug-zahlen-fakten-tatsachen/> (09.12.2024)

Esping-Andersen, Gøsta (1990). The three worlds of welfare capitalism. Cambridge: Polity
Esping-Andersen, Gøsta (1999). Social Foundations of Postindustrial Economies. Oxford: Oxford University Press. doi: 10.1093/0198742002.001.0001

Euler, Johannes (2018). Conceptualizing the Commons: Moving Beyond the Goods-based Definition by Introducing the Social Practices of Commoning as Vital Determinant. *Ecological Economics*, 143, 10–16. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2017.06.020>

Europäische Kommission (2024). Winter 2024 Wirtschaftsprognose: Verzögerte Erholung des Wachstums bei schnellerer Inflationsverlangsamung. Online verfügbar unter: https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/winter-2024-economic-forecast-delayed-rebound-growth-amid-faster-easing-inflation_en?prefLang=de&ettrans=de (18.03.2024).

Ewringmann, Dieter & Kohlhaas, Michael (2004). Perspektiven der ökologischen Steuerreform in Deutschland. *WSI Mitteilungen*, 57(12), 683–689.

fair sorgen! Wirtschaften für's Leben (o.D.) fair sorgen! Wirtschaften für's Leben. Online verfügbar unter: <https://fairsorgen.at/> (04.06.2024)

fair sorgen! Wirtschaften für's Leben (2021). fair sorgen! Das Konjunkturpaket. Online verfügbar unter: <https://fairsorgen.at/konjunkturpaket/> (29.12.2023)

FEM.A (o.D.). Equal Care Day. Online verfügbar unter: <https://verein-fema.at/event/equal-care-day/2025-03-01/> (16.12.2024)

FeministAttac (o.D.). FeministAttac. Online verfügbar unter: <https://www.attac.at/gruppen/querschnittsgruppen/feministattac> (29.12.2023)

Fessler, Pirmin & Schürz, Martin (2020). Inheritance and equal opportunity – it is the family that matters. *Public sector economics*, 44(4), 463-482.

Fisher, Benerice & Tronto, Joan C. (1990). Towards a feminist theory of caring. In: Abel, Emily K. & Nelson, Margaret K. (Hrsg.). *Circles of care. Work and identity in women's lives*. New York: State University of New York Press, 36-54.

Fitzpatrick, Jasmin & Mayer, Sabrina J. (2022). Fokusgruppen. In: Borucki, Isabelle; Kleinen-von Königslöw, Katharina; Marschall, Stefan & Zerback, Thomas (Hrsg.) *Handbuch Politische Kommunikation*. Springer Fachmedien Wiesbaden, 703–711. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26233-4_50

Flick, Uwe (2022). Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. In: Baur, Nina & Blasius, Jörg (Hrsg.) *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Springer VS, Wiesbaden, 533–547. https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1007/978-3-658-37985-8_34

Foissner, Franziska; Glassner, Vera & Theurl, Simon (2021). Krisengewinner Patriarchat? Wie die COVID-Arbeitsmarktkrise Frauen trifft. In: Filipič, Ursula & Schönauer, Annika (Hrsg.). *Ein Jahr Corona: Ausblick Zukunft der Arbeit*. Wien: ÖGB-Verlag, 56-68. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-72645-2>

Folbre, Nancy (2006). Measuring Care: Gender, Empowerment, and the Care Economy. *Journal of Human Development*, 7(2), 183–199. <https://doi.org/10.1080/14649880600768512>

Folbre, Nancy (2018). The Care Penalty and Gender Inequality. In: Averett, Susan L.; Argys, Laura M. & Hoffman, Saul D. (Hrsg.). *The Oxford handbook of women and the economy*. New York: Oxford University Press, 749-766.

Foley, Geraldine & Timonen, Virpi (2015). Using Grounded Theory Method to Capture and Analyze Health Care Experiences. *Health Services Research*, 50(4), 1195–1210. doi: 10.1111/1475-6773.12275

Fraser, Nancy & Gordon, Linda (1994). “Dependency” Demystified: Inscriptions of Power in a Keyword of the Welfare State. *Social Politics*, 4-31. doi: 10.1093/sp/1.1.4.

Gago, Verónica; Gutiérrez Aguilar, Raquel; Draper, Susana; Menéndez Díaz, Mariana; Montanelli, Marina; Bardet, Marie & Rolnik, Suely. 8M - Der grosse feministische Streik: Konstellationen des 8. März. transversal texts.

Glaser, Barney G., & Strauss, Anselm L. (1967). *The discovery of grounded theory: strategies for qualitative research*. Chicago, Ill.: Aldine.

Gläser, Jochen & Laudel, Grit (2010). Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse: als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen (4. Auflage). Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften

Gottschild, Daniela (2019). Kommende Nachhaltigkeit. Wirtschaften und Arbeiten neu denken und gestalten. In: Knobloch, Ursula (Hrsg.). *Ökonomie des Versorgens: feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum (1. Auflage)*. Weinheim: Beltz Juventa, 331-355.

Gubitzer, Luise (2017). Wirtschaft ist und kann mehr. Das 5-Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft. *Kurswechsel*, 2, 6-19.

Gubitzer, Luise & Mader, Katharina (2011). Care Ökonomie. Ihre theoretische Verortung und Weiterentwicklung. *Kurswechsel*, 4, 7-21.

Habermann, Friederike (2010). Hegemonie, Identität und der homo oeconomicus Oder: Warum feministische Ökonomie nicht ausreicht. In: Bauhardt, Christine & Caglar, Gülay

(Hrsg.) *Gender and Economics*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 151-173.
https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1007/978-3-531-92347-5_7

Haidinger, Bettina (2016): Flexibilität, Absicherung und Interessenvertretung in der 24-Stunden-Betreuung ... grenzenlos? In: Weicht, Bernhard & Österle, August (Hrsg.). *Im Ausland zu Hause pflegen. Die Beschäftigung von MigrantInnen in der 24-Stunden-Betreuung*. Wien: LIT, 87–114.

Haidinger, Bettina & Knittler, Käthe (2016). *Feministische Ökonomie. Eine Einführung*. Wien: Mandelbaum.

Haraldsson, Guðmundur D.; Kellam, Jack & Trickett, Rowan (2024). On firmer ground: Iceland's ongoing experience of shorter working weeks. Online verfügbar unter: https://autonomy.work/wp-content/uploads/2024/10/Iceland_-2.pdf (09.12.2024)

Harding, Sandra (2012). Feminist standpoints. In: Hesse-Biber, Sharlene (Hrsg.). *The handbook of feminist research: Theory and praxis* (2. Auflage). Thousand Oaks, CA: Sage, 46–64.

Haug, Frigga (2014). Die Vier-in-Einem-Perspektive und Hegemoniekämpfe um Arbeit. In: Konzeptwerk neue Ökonomie (Hrsg.). *Zeitwohlstand*. München, 33-38. Online verfügbar unter: <https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2018/06/Zeitwohlstand.pdf> (06.12.2024)

Heck, Ines; Kapeller, Jakob & Wildauer, Rafael (2020). Vermögenskonzentration in Österreich - Ein Update auf Basis des HFCS 2017. *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 206. Working Paper-Reihe der AK Wien*. Online verfügbar unter: https://gala.gre.ac.uk/id/eprint/30683/7/30683_WILDAUER_Verm%C3%B6genskonzentration_in_%C3%96sterreich_2020.pdf (21.11.2024)

Helfferrich, Cornelia (2022). Leitfaden- und Experteninterviews. In: Baur, Nina & Blasius, Jörg (Hrsg.) *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Springer VS, Wiesbaden, 875–892. https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1007/978-3-658-37985-8_55

Henninger, Annette (2014). Von der exklusiven Emanzipation zur selektiven Partizipation: Demokratiepoltische Folgen wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterpolitik. In: Brand, Ortrun, Dierkes, Mirjam & Jung, Tina (Hrsg.) *In Arbeit: Demokratie. Feministische Perspektiven auf Emanzipation und Demokratisierung*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 115-131.

Hesse-Biber, Sharlene & Flowers, Hilary (2019). Using a Feminist Grounded Theory Approach in Mixed Methods Research. In: *The SAGE Handbook of Current Developments in Grounded Theory*. SAGE Publications Ltd, <https://doi.org/10.4135/9781526436061>

Hettich, Frank; Killinger, Sebastian & Winker, Peter (1996). Die ökologische Steuerreform auf dem Prüfstand: Zur Kritik am Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Konstanz: Universität Konstanz

Himmelweit, Susan (2007). The prospects for caring: Economic theory and policy analysis. *Cambridge Journal of Economics*, 31(4), 581–599. doi: 10.1093/cje/bem011

Hitzler, Ronald; Honer, Anne & Maeder, Christoph (1994). *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag

Hochschild, Arlie R. (2000). Global care chains and emotional surplus value. In: Giddens, Anthony & Hutton, Will (Hrsg.) *On the edge. Living with global capitalism*. London: Jonathan Cape, 130–146.

Hochschild, Arlie R. (2003). The commercialization of intimate life: notes from home and work. Berkeley, California: Univ. of California Press.

Hochschild, Arlie R. (2014). Global Care Chains and Emotional Surplus Value. In: Metz, Tamara & Engster, Daniel (Hrsg.) *Justice, Politics, and the Family*. New York: Routledge, 249–261. <https://doi.org/10.4324/9781315633794-21>

Hoekstra, Rutger (2019). Replacing GDP by 2030: Towards a Common Language for the Well-being and Sustainability Community. Cambridge: Cambridge University Press.

Howell, Kerry E. (2013). *An introduction to the philosophy of methodology*. SAGE Publications Ltd, <https://doi.org/10.4135/9781473957633>

IG24 & FORBA (2024). Das Unsichtbare sichtbar machen. Datenerhebung zu 24h-Betreuer_innen. Online verfügbar unter: <https://www.24h-unsichtbar.at/documents/3/Umfrageergebnisse.pdf> (20.11.2024)

IG Metall (2021). Sicherheit im Wandel. Instrumente für die Gestaltung der Transformation. Online verfügbar unter: https://www.igmetall.de/download/20210201_20210128_Arbeitspapier_5_Sicherheit_im_Wandel_GP_2021_a52888dfb9c27a18a382cfa0db4517b6235dcf98.pdf (09.12.2024)

Jochimsen, Maren A. (2019). Die Gestaltungskraft des Asymmetrischen. Asymmetrie und Abhängigkeit als Ausgangspunkt ökonomischen Denkens und Handelns. In: Knobloch, Ursula (Hrsg.). *Ökonomie des Versorgens: feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum (1. Auflage)*. Weinheim: Beltz Juventa, 68-88.

Kaiser, Robert (2014). *Qualitative Experteninterviews: Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden : Imprint: Springer VS.

Kalimeris, Panos; Bithas, Kostas; Richardson, Clive & Nijkamp, Peter. (2020). Hidden linkages between resources and economy: A “Beyond-GDP” approach using alternative welfare indicators. *Ecological Economics*, 169, 1-14. doi: 10.1016/j.ecolecon.2019.106508

Klatzer, Elisabeth; Ruth Fartacek & Sven-David Pfau (2023). Caring for Future: Klima- und Care-Krise gemeinsam verstehen und angehen. In: Meier-Gräwe, Uta, Praetorius, Ina & Tecklenburg, Feline (Hrsg.) *Wirtschaft neu ausrichten: Care-Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Verlag Barbara Budrich, 259–266. <https://doi.org/10.2307/jj.1011757.27>.

Klatzer, Elisabeth & Strickner Alexandra (2023). fair sorgen! Wirtschaften fürs Leben: Der Aufbau einer Care-Bewegung in Österreich. In: Meier-Gräwe, Uta, Praetorius, Ina & Tecklenburg, Feline (Hrsg.) *Wirtschaft neu ausrichten: Care-Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Verlag Barbara Budrich, 89-99.
<https://doi.org/10.2307/jj.1011757.27>.

Knobloch, Ulrike (2013). Versorgen - Fürsorgen - Vorsorgen. Normative Grundlagen einer Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie und die Ethik des Vorsorgenden Wirtschaftens. In: Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hrsg.). *Wege vorsorgenden Wirtschaftens*. Marburg: Metropolis-Verl., 21-42.

Konzeptwerk Neue Ökonomie (2023). Bausteine für Klimagerechtigkeit. Arbeitszeitverkürzung. Leipzig. Online verfügbar unter:
https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2023/01/Dossier_Arbeitszeitverkuerzung_KNOE2023.pdf (06.12.2024)

Kornhauser, Marjorie E. (2011). Gender and Capital Gains Taxation. In: Brooks, Kim; Gunnarson, Åsa; Philipps, Lisa & Wersig, Maria (Hrsg.). *Challenging gender inequality in tax policy making: comparative perspectives* (1st ed.). Hart Publishing.

Lo Iacono, Valeria; Symonds, Paul & Brown, David H. K. (2016). Skype as a Tool for Qualitative Research Interviews. *Sociological Research Online*, 21(2), 103–117.
<https://doi.org/10.5153/sro.3952>

Lutz, Helma (2015). Globale Care Chains. In: Boatca, Manuela; Fischer, Karin & Hauck, Gerhard (Hrsg.). *Handbuch Entwicklungsforschung. Springer NachschlageWissen*. Springer VS, Wiesbaden, 1-4. doi: 10.1007/978-3-658-05675-9_30-1

Lutz, Helma & Palenga-Möllnbeck, Ewa (2014). Care-Migrantinnen im geteilten Europa – Verbindungen und Widersprüche in einem transnationalen Raum. In: Aulenbacher, Brigitte; Riegraf, Birgit & Theobald, Hildegard (Hrsg.) *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime*. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 221–236. doi: 10.5771/9783845255545_221

Madörin, Mascha (2010). Care Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In: Bauhardt, Christine & Caglar, Gülay (Hrsg.) *Gender and Economics*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 81-104. doi: 10.1007/978-3-531-92347-5_4

Madörin, Mascha (2011). Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten: Eine feministische Sicht. In: *Jahrbuch Denknetz 2011. Gesellschaftliche Produktivität jenseits der Warenform*, 56–70.

Madörin, Mascha (2019). Zählen, was zählt. Sorge- und Versorgungswirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft. In: Knobloch, Ursula (Hrsg.). *Ökonomie des Versorgens: feministisch-kritische Wirtschaftstheorien im deutschsprachigen Raum (1. Auflage)*. Weinheim: Beltz Juventa, 89-119.

Mahon, Rianne & Robinson, Fiona (2011). *Feminist ethics and social policy: towards a new global political economy of care*. Vancouver: UBC Press.

Maier, Friederike (2019). Wirtschaftswissenschaften: Entwicklungen der feministischen Ökonomik. In: Kortendiek, Beate; Riegraf, Birgit & Sabisch, Katja (Hrsg.). *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung*. Springer Fachmedien Wiesbaden, 643–650. https://doi.org/10.1007/978-3-658-12496-0_129

Mairhuber, Ingrid (2014). Vereinbarkeitsprobleme mit Zukunft? Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung und Angehörigenpflege in Österreich. In: Aulenbacher, Brigitte, & Dammayr, Maria (Hrsg.). *Für sich und andere sorgen: Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*. Weinheim Basel: Beltz Juventa, 183-193.

Marshall, Catherine, & Rossman, Gretchen. B. (2011). *Designing qualitative research* (5. ed.). Los Angeles: SAGE.

Marshall, Catherine; Rossman, Gretchen B., & Blanco, Gerardo L. (2022). *Designing qualitative research* (7th edition.). Thousand Oaks: SAGE Publications, Inc

Massarrat, Mohssen (2006). Kapitalismus, Machtungleichheit, Nachhaltigkeit: Perspektiven zu revolutionären Reformen. Hamburg: VSA-Verl.

Meichenitsch, Katharina (2014). Care-Ökonomie - Sektorale Verschiebungen und Qualitätsmessung von Pflegeleistungen. In: Aulenbacher, Brigitte & Dammayr, Maria (Hrsg.). *Für sich und andere sorgen: Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*. Weinheim Basel: Beltz Juventa, 217-226.

Meier-Gräwe, Uta; Praetorius, Ina & Tecklenburg, Feline (2023). Wirtschaft neu ausrichten! Eine Einleitung. In: Meier-Gräwe, Uta; Praetorius, Ina & Tecklenburg, Feline (Hrsg.), *Wirtschaft neu ausrichten: Care-Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, 11–30. Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.2307/jj.1011757.4>

Mellor, Mary (2015). Gender and Sustainability – A Material Relation. In: Katz, Christine; Heilmann, Sebastian; Thiem, Anja; Moths, Katharina; Koch, Lea M. & Hofmeister, Sabine (Hrsg.) *Nachhaltigkeit anders denken*. Springer VS, Wiesbaden, 61-76. https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1007/978-3-658-08106-5_6

Meuser, Michael & Nagel, Ulrike (2009). The Expert Interview and Changes in Knowledge Production. In: *Interviewing Experts*. London: Palgrave Macmillan UK, 17–42. doi: 10.1057/9780230244276_2

Minstrom, Michael (2019). New Zealand's Wellbeing Budget Invests in Population Health. *The Milbank Quarterly*, 97(4), 893–896. <http://www.jstor.org/stable/45237115>

Nagl-Cupal, Martin; Kolland, Franz; Zartler, Ulrikke; Mayer, Hanna; Bittner, Marc; Koller, Martina; Parisot, Viktoria; Stöhr, Doreen & Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (Hrsg.) (2018): Angehörigenpflege in Österreich. Einsicht in die Situation pflegender Angehöriger und in die Entwicklung informeller Pflegenetzwerke. Universität Wien. Online verfügbar unter: https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=536&attachmentName=Endbericht_Situation_pfleger_Anggeh%C3%B6riger_B.pdf (13.03.2024)

Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (2013). *Wege vorsorgenden Wirtschaftens*. Marburg: Metropolis-Verl.

Nolan, Brian (2013). What use is 'social investment'? *Journal of European Social Policy*, 23(5), 459-468.

Nussbaum, Martha C. (2011). *Creating capabilities: the human development approach*. Cambridge, Mass.: Belknap Press of Harvard University Press.

Oberndorfer, Elisabeth (2024). Welche Pläne die Parteien für die Wirtschaft haben. *Wiener Zeitung*. Online verfügbar unter: <https://www.wienerzeitung.at/a/welche-plaene-die-parteien-fuer-die-wirtschaft-haben> (09.12.2024)

OECD (2018). The Role and Design of Net Wealth Taxes in the OECD. *OECD Tax Policy Studies*, No. 26. OECD Publishing: Paris. <https://doi.org/10.1787/9789264290303-en>.

OECD (2021a). Inequalities in household wealth and financial insecurity of households. *OECD Policy Insights on Well-being, Inclusion and Equal Opportunity*, No. 2. OECD Publishing: Paris. <https://doi.org/10.1787/b60226a0-en>

OECD (2021b). Inheritance Taxation in OECD Countries. *OECD Tax Policy Studies*, No. 28. OECD Publishing: Paris. <https://doi.org/10.1787/e2879a7d-en>.

oesterreich.gv.at. (2024). Arbeiterkammer. Online verfügbar unter: <https://www.oesterreich.gv.at/lexicon/A/171924.html#:~:text=Die%20Kammer%20f%C3%B4r%20Arbeiter%20und,zu%20vertreten%20und%20zu%20f%C3%B6rdern>. (04.06.2024)

ÖGB (2022). 34-Stunden-Woche bei vollem Gehalt. Online verfügbar unter: <https://www.oegb.at/themen/arbeitsrecht/arbeitszeit/34-stunden-woche-bei-vollem-gehalt-> (09.12.2024)

Orloff, Ann (1996). Gender in the Welfare State. *Annual Review of Sociology*, 22(1), 51–78. doi: 10.1146/annurev.soc.22.1.51

Österle, August; Friedl, Daniela & Leitner, Astrid (2010). Wohlfahrtsstaat und informelle Pflege. Eine geschlechtersensible Betrachtung. In: Appelt, Erna; Heidegger, Maria; Preglau,

Max & Wofl, Maria A. (Hrsg.). *Who cares? Betreuung und Pflege in Österreich. Eine geschlechterkritische Perspektive*. Studienverlag: Innsbruck/Wien/Bozen, 69-76.

Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF) (2022). Analyse des Fachkräftepotenzials von Migrant/innen in Österreich. Online verfügbar unter: https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/Forschungsbericht_OEIF_Economica.pdf (14.03.2024)

Oxfam (2024). Inequality Inc. How corporate power divides our world and the need for a new era of public action. Oxfam: Oxford. doi: 10.21201/2024.000007

Palenga-Möllnbeck, Ewa (2014). Globale Versorgungsketten: Geschlecht, Migration und Care-Arbeit. In: Aulenbacher, Brigitte & Dammayr, Maria (Hrsg.). *Für sich und andere sorgen : Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*. Weinheim Basel: Beltz Juventa, 138-148.

Peterson, Spike V. (2003). A critical rewriting of global political economy: integrating reproductive, productive, and virtual economies (1st ed.). London: Routledge.

Pfau-Effinger, Birgit (2005a). Wandel der Geschlechterkultur und Geschlechterpolitiken in konservativen Wohlfahrtsstaaten – Deutschland, Österreich und Schweiz. *gender...politik...online*. 1-10.

Pfau-Effinger, Birgit (2005b). WELFARE STATE POLICIES AND THE DEVELOPMENT OF CARE ARRANGEMENTS. *European Societies*, 7(2), 321–347. doi: 10.1080/14616690500083592

Pfau-Effinger, Birgit (2009): Wohlfahrtsstaatliche Politiken und ihre kulturellen Grundlagen. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 34, 3–19.

Pfau-Effinger, Birgit (2019). Kulturelle Ideen als Grundlage der Wohlfahrtsstaatsforschung. In: Obinger, Herbert & Schmidt, Manfred G. (Hrsg.) *Handbuch Sozialpolitik*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 217–234. doi: 10.1007/978-3-658-22803-3_12

Piketty, Thomas (2013). *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.

Pintelon, Olivier (2020). Schweden. In: De Spiegelaere, Stan & Piasna, Agnieszka (Hrsg). *Arbeitszeitverkürzung: Wieso, weshalb – und wie*, 84-86. Online verfügbar unter: https://www.etui.org/sites/default/files/2020-07/Arbeitszeitverk%C3%BCrzung-Wieso%20weshalb%20und%20wie_2020-WEB-2.pdf (09.12.2024)

Praetorius, Ina (2015). *The Care-Centered Economy*. Rediscovering what has been taken for granted. *Publication Series Economy + Social Issues*, 16.

Premrov, Tamara (2022). Budget für Wohlstand. SDG Budgeting in Österreich. Online verfügbar unter: <https://www.awblog.at/Soziales/budget-fuer-wohlstand-sdg-budgeting-in-oesterreich> (04.11.2024)

Przyborski, Aglaja & Wohlrab-Sahr, Monika (2021). *Qualitative Sozialforschung: ein Arbeitsbuch* (5., überarbeitete und erweiterte Auflage). Berlin: De Gruyter Oldenbourg.

Punch, Keith (2016). *Developing effective research proposals (3rd edition.)*. London: SAGE Publications.

Rädiker, Stefan & Kuckartz, Udo (2019). *Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA: Text, Audio und Video*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: Imprint: Springer VS.

Razavi, Shahra (2007). *The Political and Social Economy of Care in a Development Context*. Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options. Geneva: UNRISD.

Riegraf, Birgit (2014). Care, Geschlecht, Gerechtigkeit. Von der Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit zur Entdeckung der Leistungsgerechtigkeit. In: Aulenbacher, Brigitte, & Dammayr, Maria (Hrsg.). *Für sich und andere sorgen: Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*. Weinheim Basel: Beltz Juventa, 160-170.

Riesenfelder, Andreas & Danzer, Lisa (2021). Wiedereinstiegsmonitoring. Ein Überblick über die Ergebnisse der fünften Fassung des Wiedereinstiegsmonitorings zu den Kohorten 2006 bis 2018 in Österreich und in den Bundesländern. AK Wien: Wien.

Rerrich, Maria S. (2010) Care und Gerechtigkeit. Perspektiven der Gestaltbarkeit eines unsichtbaren Arbeitsbereichs. In: Apitzsch, Ursula & Schmidbaur, Marianne (Hrsg.) *Care und Migration*. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, 77-93.

Rippatha, Erika & Woltran, Iris (2014). Zur zukunftsfähigen Gestaltung von Care: Gesellschaftliche Erfordernisse, zentrale Problemlagen, sozialpolitische Herausforderungen und Lösungsansätze. In: Aulenbacher, Brigitte, & Dammayr, Maria (Hrsg.). *Für sich und andere sorgen: Krise und Zukunft von Care in der modernen Gesellschaft*. Weinheim Basel: Beltz Juventa, 240-252.

Rubin, Marks M. & Bartle, John R. (2023). Gender-responsive budgeting: A budget reform to address gender inequity. *Public Administration*, 101(2), 391–405. doi: 10.1111/padm.12802

Saave-Harnack, Anna (2019). Die Care-Abgabe. Ein Instrument Vorsorgenden Wirtschaftens? In: Petersen, David J.; Willers, Daniel; Schmitt, Esther M.; Birnbaum, Robert; Meyerhogg, Jan H. E.; Gießler, Sebastian & Roth, Benjamin (Hrsg.) *Perspektiven einer pluralen Ökonomik*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 367–393. doi: 10.1007/978-3-658-16145-3_15

Saave, Anna (2023). Die Care-Abgabe: Vorsorgend wirtschaften mit sorgezentrierter Umverteilungspolitik. In: Meier-Gräwe, Uta; Praetorius, Ina & Tecklenburg, Feline (Hrsg.) *Wirtschaft neu ausrichten: Care-Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, 267-276.

Sagmeister, Maria (2019). Mutterschutz, Papa-Monat und heteronormative Familienorganisation. *GENDER - Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 11(3), 116-131. doi: 10.3224/gender.v11i3.08

Scheller, David (2019). Demokratisierung der Postdemokratie: Städtische soziale Bewegungen in Berlin und New York City. Transcript-Verlag.

Schmidt, Colette M. (2023). Die Väterkarenz wird Frauen wenig bringen. In: *derStandard*. Online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/3000000187980/die-verpflichtende-vaeterkarenz-wird-frauen-wenig-bringen> (13.03.2024)

Schmitt, Sabrina; Mutz, Gerd & Erbe, Birgit (2018). Care economies—feminist contributions and debates in economic theory. *ÖZS. Österreichische Zeitschrift Für Soziologie*, 43(1), 7–18. doi: 10.1007/s11614-018-0282-1

Schumacher, Katja; Wolff, Franziska; Cludius, Johanna; Fries, Tilman; Hünecke, Katja; Postpischil, Rafael & Dr. Steiner (2019). Arbeitszeitverkürzung – gut fürs Klima? Treibhausgasminderung durch Suffizienzpolitiken im Handlungsfeld „Erwerbsarbeit“. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2019-09-05_texte_105-2019_energieverbrauchsreduktion_ap1_erwerbszeitreduzierung_final.pdf (06.12.2024)

SDG Watch Austria (o.D.). Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum. Online verfügbar unter: <https://www.sdgwatch.at/de/ueber-sdgs/8-menschenwurdige-arbeit-und-wirtschaftswachstum/> (11.11.2024)

Sellach, Brigitte (2017). Lohn für Hausarbeit – Utopie oder Wirklichkeit? In: Häußler, Angela; Küster, Christine; Ohrem, Sandra & Wagenknecht, Inga (Hrsg.). *Care und die Wissenschaft vom Haushalt*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 109–119. doi: 10.1007/978-3-658-19362-1_9

Sen, Amartya (2001). *Development as freedom*. Oxford: Oxford Univ. Press.

Shire, Karen (2015). Family Supports and Insecure Work: The Politics of Household Service Employment in Conservative Welfare Regimes. *Social Politics*, 22(2), 193–219. doi: 10.1093/sp/jxv005

Smith, Adam (1776). *An Inquiry Into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* (Cannan ed.) Methuen.

Soiland, Tove; Müller, Ina; Mauer, Monika; Amsler, Silvia; Johannsen, Susanna & Dohrmann, Susanne (2013). Das Theorem der Neuen Landnahme: Eine feministische Rückeroberung. *Denknetz Jahrbuch*. Zürich, 99-118.

SPÖ (o.D.) Fragen & Antworten zu Bablers Millionärsteuer-Modell. Online verfügbar unter: <https://www.spoe.at/fragen-antworten/> (21.11.2024)

Statistik Austria (2023a). Gender-Statistik. Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/361/Infotext_Vereinbarkeit_von_Beruf_und_Familie.pdf (08.03.2024)

Statistik Austria (2023b). Migration & Integration. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/MIG2023.pdf (14.03.2024)

Statistik Austria (2023c). Statistik über die elementare Bildung und das Hortwesen 2022/23. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/KTH-2022-23.pdf (14.03.2024)

Statistik Austria (2023d). Zeitverwendung 2021/22. Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/ZVE_2021-22_barrierefrei.pdf (12.09.2024)

Statistik Austria (2024a). Kindertagesheime, Kinderbetreuung. Online verfügbar unter: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bildung/kindertagesheime-kind-erbetreuung> (14.03.2024)

Statistik Austria (2024b). Pflegegeld. Online verfügbar unter: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/sozialleistungen/bundespflegegeld> (13.03.2024)

Statistisches Bundesamt (o.D.). Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen. Online verfügbar unter: <http://sdg-indikatoren.de/5/> (10.10.2024)

Stephan, Mark; Marshall, Graham & McGinnis, Michael (2019). An Introduction to Polycentricity and Governance. In: Thiel, Andreas; Blomquist, William & Garrick, Dustin (Hrsg.) *Governing Complexity*. Cambridge University Press, 21–44. <https://doi.org/10.1017/9781108325721.002>

Stewart, Miranda (2022). Sharing the Wealth: Tax, Justice, Gender and Care. *Australian Feminist Studies*, 37(114), 404–423. <https://doi.org/10.1080/08164649.2023.2269607>

Stiegler, Michael & Schönwälder-Kuntze, Tatjana (2017). Wie subsidiär ist (der) ‚Care‘(-Diskurs)? *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 2, 19-33.

Tálos, Emmerich & Fink, Marcel (2001). Der österreichische Wohlfahrtsstaat: Entwicklung und Herausforderungen. Online verfügbar unter: https://www.demokratiezentrum.org/wp-content/uploads/2022/10/talos_wohlfahrtsstaat.pdf (18.03.2024)

Tálos, Emmerich & Obinger, Herbert (2020). Sozialstaat Österreich (1945-2020): Entwicklung - Maßnahmen - internationale Verortung. Innsbruck Wien: StudienVerlag.

Tronto, Joan C. (1993). *Moral Boundaries. A Political Argument for an Ethic of Care*. New York: Routledge

Unternehmensservice Portal (2024). Körperschaftsteuer. Online verfügbar unter: <https://www.usp.gv.at/steuern-finanzen/koerperschaftsteuer-ueberblick.html#:~:text=Die%20K%C3%B6rperschaftsteuer%20betr%C3%A4gt%2023%20Prozent,ausgestaltet%2C%20sondern%20als%20linearer%20Tarif> (20.11.2024)

Vanner, Catherine (2015). Positionality at the Center. *International Journal of Qualitative Methods*, 14(4), 1-12. doi: 10.1177/1609406915618094

Van Parijs, Philippe & Vanderborght, Yannick (2017). *Basic Income: A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy*. Harvard University Press.

Waring, Marilyn (1988). *If women counted: a new feminist economics*. San Francisco: Harper & Row.

Watts, Jacqueline (2006). 'The outsider within': dilemmas of qualitative feminist research within a culture of resistance. *Qualitative Research*: QR, 6(3), 385–402. doi: 10.1177/1468794106065009

Weicht, Bernhard (2014). 'As long as care is attached to gender, there is no justice'. An Interview with Joan C. Tronto. *Tijdschrift voor Genderstudies*, 17(3), 259-271. Online verfügbar unter: <https://www.aup-online.com/docserver/fulltext/13883186/17/3/s5.pdf?expires=1731576993&id=id&accname=guest&checksum=7C64CE4FD9450F0DDD4CC2F5E23971D6> (14.11.2024)

Withers, Matt & Hill, Elizabeth (2023). Migration and development, without care? Locating transnational care practices in the migration-development debate. *Population Space and Place*, 29(3), 1-12. n/a–n/a. doi: 10.1002/psp.2648

Winker, Gabriele (2015). *Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript Verlag.

Winker, Gabriele (2021). *Solidarische Care-Ökonomie: Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima*. Bielefeld: transcript Verlag.

Wirtschaftskammer Österreich (o.D.) Die Wirtschaftskammer Österreich. Online verfügbar unter: <https://www.wko.at/oe/wko/wirtschaftskammer-oesterreich> (04.06.2024)

Wirtschaftskammer Österreich (2024). Bedingungsloses Grundeinkommen – unnötig, unfinanzierbar und schädlich. Online verfügbar unter: <https://www.wko.at/oe/news/bedingungsloses-grundeinkommen> (06.12.2024)

Wrohlich, Katharina (2021). Gender Care Gap: Sorgearbeit gerecht verteilen. *Wirtschaftsdienst (Hamburg)*, 101(10), 748–748. doi: 10.1007/s10273-021-3016-0

Zacharenko, Elena & Elomäki, Anna (2022). Constructions of Care in EU Economic, Social, and Gender Equality Policy: Care Providers and Care Recipients versus the Needs of the Economy? *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, 29(4), 1314–1335, <https://doi.org/10.1093/sp/jxac014>

Anhang

Interviewleitfaden 1

Kontext:

Es gibt sowohl auf Seiten der sozialen Reproduktion im Care Bereich als auch in der natürlichen Reproduktionssphäre, der Natur/Umwelt, starke Krisensymptome. Feministische Ökonom:innen machen dafür unter anderem die profitorientierte Ausrichtung der Wirtschaft verantwortlich, anstelle der Bedürfnisbefriedigung aller und Priorisierung von Care. Das Netzwerk “Vorsorgendes Wirtschaften” hat drei Handlungsprinzipien für eine Neuausrichtung der Wirtschaft konkretisiert, nämlich Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für das Gute Leben Notwendigen (Stichwort capabilities/Verwirklichungschancen)¹⁸. Dadurch soll Care anstelle von BIP-Wachstum als das Ziel von Wirtschaften gelten, wodurch reproduktive Arbeiten ins Zentrum rücken und die Organisation von Care gerechter verteilt werden soll.

Einführung

- Können Sie bitte Ihre Expertise und Erfahrung in den Bereichen Wirtschaft, Care und Care-zentriertes Wirtschaften vorstellen?

Chancen, Herausforderungen und Grenzen

- Welche Chancen sehen Sie für die Abwendung von der Orientierung am Wirtschaftswachstum und stattdessen eine Neuausrichtung der Wirtschaft anhand der Kriterien Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für das Gute Leben Notwendigen in Österreich?
- Im Rahmen des Care-zentrierten Wirtschaftens soll die künstliche Trennung der reproduktiven und produktiven Sphäre aufgebrochen werden, da immerhin alles Produktive auf zuvor geleisteter reproduktiver Arbeit (meistens von Frauen und der Natur) basiert. Wie kann diese Trennung überwunden werden und wie können reproduktive Arbeiten als Bestandteile produktiver Prozesse sichtbar werden?
- Care-zentriertes Wirtschaften fordert durch die Neu-Definition von Produktivität auch ein Umdenken in Bezug darauf, was wir als Arbeit und

¹⁸Im Gegensatz zu den Paradigmen der neoklassischen Mainstream-Ökonomik der eigenen Nutzenmaximierung, Rationalität und Individualität, die sich im Leitbild des Homo oeconomicus manifestieren.

Leistung verstehen, sowie ihren gesellschaftlichen Stellenwert. Hier wird z.B. eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit oder eine generelle Entkopplung von Lohn und Arbeit und ein bedingungsloses Grundeinkommen diskutiert. Wie stehen dazu die Chancen in Österreich?

- Welche politischen, wirtschaftlichen und/oder kulturellen Herausforderungen könnten sich bei der Umsetzung dieser Modelle ergeben?
- Wo liegen Ihrer Meinung nach die Grenzen einer erfolgreichen Umsetzung von Care-zentrierten Wirtschaftsmodellen in Österreich?

Rolle der Care Abgabe

- Die Care Abgabe zielt in Anlehnung an die Ökosteuer auf staatliche Umverteilung, indem Unternehmen mit hoher Produktivität besteuert werden und die finanziellen Mittel dann zugunsten des vergleichsweise wenig produktiven Care Sektors verteilt werden. Wo sehen Sie Chancen und Herausforderungen einer Umsetzung der Care Abgabe in Österreich?
- Welche politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Faktoren könnten den Erfolg oder Misserfolg der Care Abgabe beeinflussen?
- Welche Maßnahmen müssten ergriffen werden, um eine erfolgreiche Implementierung der Care Abgabe zu gewährleisten?
- Wie schätzen Sie das Risiko ein, durch die Care Abgabe Care Arbeit zu monetarisieren und im jetzigen kapitalistischen Wirtschaftssystem zu verankern? Ist das Ihrer Ansicht nach ein Problem?

Einfluss auf das österreichische Care Regime

- Das österreichische Care Regime ist immer noch sehr stark von familiärer und großteils unbezahlter Care Arbeit abhängig. Welche potenziellen Veränderungen im Bereich der Organisation von Care könnten bzw. müssten durch die Einführung von Care-zentrierten Wirtschaftsmodellen erfolgen?
- Wie könnten die neu geschaffenen finanziellen Mittel durch die Care Abgabe am besten eingesetzt werden?
- Welche Auswirkungen hätte die Einführung einer Care-zentrierten Wirtschaft in Österreich auf die migrantische Arbeitskraft im Care Sektor bzw. auf Global Care Chains?

- Wie schätzen Sie einen kulturellen Wertewandel bezüglich Care 1. top-down vonseiten der politischen Eliten und 2. bottom-up vonseiten der Bevölkerung ein?

Anpassungsbedarf und Umsetzungsstrategien

- Welche spezifischen Anpassungen müssten in bestehenden institutionellen Strukturen vorgenommen werden, um Care-zentrierte Wirtschaftsmodelle inkl. der Care Abgabe erfolgreich umzusetzen?
- Welche Strategien könnten zur Überwindung potenzieller Hindernisse bei der Implementierung von Care-zentrierten Wirtschaftsmodellen in Österreich eingesetzt werden?
- Welche geldpolitischen Maßnahmen könnten Care-zentriertes Wirtschaften begünstigen?

Zukunftsperspektiven und Empfehlungen

- Wie sehen Sie die Zukunft von Care-zentrierten Wirtschaftsmodellen in Österreich?
- Haben Sie Empfehlungen für politische Entscheidungsträger:innen oder weitere Forschungsbereiche, um die Umsetzung von Care-zentrierten Wirtschaftsmodellen zu unterstützen?

Abschluss

- Gibt es noch etwas, das Sie zu diesem Thema hinzufügen möchten?

Interviewleitfaden 2

Kontext:

Es gibt sowohl auf Seiten der sozialen Reproduktion im Care Bereich als auch in der natürlichen Reproduktionssphäre, der Natur/Umwelt, starke Krisensymptome. Feministische Ökonom:innen machen dafür unter anderem die profitorientierte Ausrichtung der Wirtschaft verantwortlich, anstelle der Bedürfnisbefriedigung aller und Priorisierung von Care. Das Netzwerk “Vorsorgendes Wirtschaften” hat drei Handlungsprinzipien für eine Neuausrichtung der Wirtschaft konkretisiert, nämlich Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für das Gute Leben Notwendigen

(Stichwort capabilities/Verwirklichungschancen)¹⁹. Zusammengefasst soll dadurch Care anstelle von BIP-Wachstum als das Ziel von Wirtschaften gelten, wodurch reproduktive Arbeiten ins Zentrum rücken und die Organisation von Care gerechter verteilt werden soll.

Einführung

Können Sie bitte Ihre Expertise und Erfahrung in den Bereichen Wirtschaft, Care und Care-zentriertes Wirtschaften vorstellen?

Chancen, Herausforderungen und Grenzen

- Welche Chancen sehen Sie für die Abwendung von der Orientierung am Wirtschaftswachstum und stattdessen eine Neuausrichtung der Wirtschaft anhand der Kriterien Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für das Gute Leben Notwendigen in Österreich?
- Im Rahmen des Care-zentrierten Wirtschaftens soll die künstliche Trennung der reproduktiven und produktiven Sphäre aufgebrochen werden, da immerhin alles Produktive auf zuvor geleisteter reproduktiver Arbeit (meistens von Frauen und der Natur und unbezahlt) basiert. Wie kann diese Trennung überwunden werden und wie können reproduktive Arbeiten als Bestandteile produktiver Prozesse sichtbar werden?
- Care-zentriertes Wirtschaften fordert durch die Neu-Definition von Produktivität auch ein Umdenken in Bezug darauf, was wir als Arbeit und Leistung verstehen, sowie ihren gesellschaftlichen Stellenwert. Hier wird z.B. eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit oder eine generelle Entkopplung von Lohn und Arbeit und ein bedingungsloses Grundeinkommen diskutiert. Wie stehen dazu die Chancen in Österreich?
- Welche politischen, wirtschaftlichen und/oder kulturellen Herausforderungen könnten sich bei der Umsetzung dieser Modelle ergeben?
- Wo liegen Ihrer Meinung nach derzeit die Grenzen einer erfolgreichen Umsetzung von Care-zentrierten Wirtschaftsmodellen in Österreich?

¹⁹Im Gegensatz zu den Paradigmen der neoklassischen Mainstream-Ökonomik der eigenen Nutzenmaximierung, Rationalität und Individualität, die sich im Leitbild des Homo oeconomicus manifestieren.

Rolle der Care Abgabe

- Das Modell der Care Abgabe zielt in Anlehnung an die Ökosteuer auf staatliche Umverteilung, indem Unternehmen mit hoher Produktivität besteuert werden und die finanziellen Mittel dann zugunsten des vergleichsweise wenig produktiven Care Sektors verteilt werden. Wo sehen Sie Chancen und Herausforderungen einer Umsetzung der Care Abgabe in Österreich?
- Welche politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Faktoren könnten den Erfolg oder Misserfolg der Care Abgabe beeinflussen?
- Welche Maßnahmen müssten ergriffen werden, um eine erfolgreiche Implementierung der Care Abgabe zu gewährleisten?
- Wie schätzen Sie das Risiko ein, durch die Care Abgabe Care Arbeit zu monetarisieren und im jetzigen kapitalistischen Wirtschaftssystem zu verankern? Wie könnte dies verhindert werden?
- Welche Unternehmensbereiche könnten durch die Care Abgabe besteuert werden?

Anpassungsbedarf und Umsetzungsstrategien

- Welche spezifischen Anpassungen müssten in bestehenden institutionellen Strukturen vorgenommen werden, um Care-zentrierte Wirtschaftsmodelle inkl. der Care Abgabe erfolgreich umzusetzen?
- Welche Strategien könnten zur Überwindung potenzieller Hindernisse bei der Implementierung von Care-zentrierten Wirtschaftsmodellen in Österreich eingesetzt werden?
- Welche geldpolitischen Maßnahmen könnten Care-zentriertes Wirtschaften begünstigen?

Zukunftsperspektiven und Empfehlungen

- Wie sehen Sie die Zukunft von Care-zentrierten Wirtschaftsmodellen in Österreich?
- Haben Sie Empfehlungen für politische Entscheidungsträger:innen oder weitere Forschungsbereiche, um die Umsetzung von Care-zentrierten Wirtschaftsmodellen zu unterstützen?

Abschluss

- Gibt es noch etwas, das Sie zu diesem Thema hinzufügen möchten?

Interviewleitfaden 3

Kontext

Die Care Krise ist zunehmend ein Thema öffentlicher Debatten, nicht zuletzt verstärkt durch die Covid Pandemie. Feministische Ökonom:innen machen dafür unter anderem die profitorientierte Ausrichtung der Wirtschaft verantwortlich, anstelle der Bedürfnisbefriedigung aller und Priorisierung von Care. Das Netzwerk “Vorsorgendes Wirtschaften” (Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013) hat drei Handlungsprinzipien für eine Neuausrichtung der Wirtschaft konkretisiert, nämlich Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für das Gute Leben Notwendigen. Dadurch soll Care anstelle von BIP-Wachstum als das Ziel von Wirtschaften gelten, wodurch Care Arbeit gerechter verteilt werden soll. Die Care Abgabe (Saave-Harnack 2019, Saave 2023) ist ein Care-zentriertes Instrument, das in Anlehnung an die Ökosteuer auf staatliche Umverteilung zielt, indem Unternehmen mit hoher Produktivität besteuert werden und die finanziellen Mittel dann zugunsten des vergleichsweise wenig produktiven Care Sektors verteilt werden.

Einführung

- Können Sie bitte Ihre Expertise und Erfahrung im Bereich Care vorstellen?
- Welche Entwicklungen bemerken Sie in der kulturellen Werthaltung gegenüber Care in Österreich?
- Wo sehen Sie Missstände in der aktuellen Care Situation in Österreich?

Das österreichische Care Regime

- Inwiefern müssten wohlfahrtsstaatliche Leistungen und Strukturen angepasst werden, um Care-zentriertem Wirtschaften gerecht zu werden?
 - Welche potenziellen Veränderungen im Bereich der institutionellen Kinderbetreuung könnten bzw. müssten erfolgen, um Care gerechter zu gestalten?
 - Welche Maßnahmen müssten ergriffen/angepasst werden, damit familiäre Kinderbetreuung fairer aufgeteilt wird?

- Welche Veränderungen sind in der familiär-organisierten Pflegeversorgung und der institutionellen Pflegeinfrastruktur notwendig, um Care gerechter zu gestalten?
- Welche Rolle spielt die EU bei einer gerechten Verteilung von Care?
- Welche Auswirkungen hätte eine gerechte Organisation von Care auf die migrantische Arbeitskraft im Care Sektor bzw. auf Global Care Chains?
- Die Care Abgabe hat als Ziel, die aktuellen Missstände in der Organisation von Sorgearbeit durch nachhaltige Finanzierung und gerechte Umverteilung zu beheben. Wo sehen Sie Chancen und Herausforderungen einer Umsetzung der Care Abgabe in Österreich?
- Wie soll die Umverteilung am besten organisiert werden und wie könnten die neu geschaffenen finanziellen Mittel durch die Care Abgabe am besten eingesetzt werden?

Zukunftsperspektiven und Empfehlungen

- Wie sehen Sie die zukünftige Organisation von Care in Österreich?
- Wie schätzen Sie einen kulturellen Wertewandel bezüglich Care 1. top-down vonseiten der politischen Eliten und 2. bottom-up vonseiten der Bevölkerung ein?
- Haben Sie Empfehlungen für politische Entscheidungsträger:innen oder weitere Forschungsbereiche, um die Aufwertung und gerechte Verteilung von Care zu unterstützen?

Abschluss

- Gibt es noch etwas, das Sie zu diesem Thema hinzufügen möchten?